



# Plenarprotokoll

## 74. Sitzung

Kiel, Montag, 21. Dezember 1998

### „Pallas“-Untersuchungsausschuß

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.  
Drucksache 14/1844

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1854

Martin Kayenburg [CDU] .....	5393, 5407, 5413
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	5395, 5406
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] .....	5397
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	5401, 5408
Anke Spoorendonk [SSW] .....	5403, 5409
Lothar Hay [SPD] .....	5409
Holger Astrup [SPD] .....	5410
Thorsten Geißler [CDU] .....	5411
Klaus Schlie [CDU] .....	5412

### Gemeinsame Beratung

#### a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

##### (Haushaltsbegleitgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1590

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Finanzausschusses  
Drucksache 14/1843

Änderungsantrag der Fraktionen von  
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1851

Änderungsantrag der Fraktionen von  
SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN, F.D.P. und der Abgeordneten des  
SSW

Drucksache 14/1852

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1853

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1858

Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
Drucksachen 14/1859 und 14/1860

#### b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Ge- setzes zur Änderung des Finanzaus- gleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1643

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 14/1825

#### c) Deregulierung und Standardabsen- kung - Keine Kürzung der FAG-Mit- tel

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1789

Änderungsantrag der Abgeordneten des  
SSW  
Drucksache 14/1855

Ursula Kähler [SPD] .....	5413
Heinz Maurus [CDU] .....	5417
Lothar Hay [SPD] .....	5417
Martin Kayenburg [CDU] .....	5421
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	5427
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	5433

Anke Spoorendonk [SSW].....	5441	3. Annahme der Anträge Drucksache 14/1843 - Anlagen 17 und 18.	5476
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	5447		
<b>„Pallas“-Untersuchungsausschuß</b>		Günter Neugebauer [SPD].....	5480
Martin Kayenburg [CDU] .....	5452	<b>Beendigung der Schießübungen im „Nationalpark Wattenmeer“</b>	
Beschluß: Annahme .....	5452	Antrag der Abgeordneten des SSW	
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Einbeziehung von Flächen in Schleswig-Holstein für erforderliche Maßnahmen zur Sicherung des Zusammenhangs des Europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ bei der koordinierten Durchführung von notwendigen Planfeststellungsverfahren für die geplante Erweiterung des Geländes der Daimler-Benz Aerospace Airbus GmbH in Hamburg-Finkenwerder</b>		Drucksache 14/1817	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Drucksache 14/1794		Drucksache 14/1841	
Bericht und Beschlußempfehlung des Umweltausschusses		Anke Spoorendonk [SSW].....	5480
Drucksache 14/1829		Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD] .....	5482
Frauke Tengler [CDU],		Thorsten Geißler [CDU].....	5483
Berichterstatteerin .....	5453	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5484
Beschluß: Verabschiedung.....	5453	Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	5485
<b>Fortsetzung der Haushaltsberatungen 1999</b>		Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten.....	5487
Thomas Stritzl [CDU] .....	5453	Beschluß: Annahme .....	5487
Günter Neugebauer [SPD].....	5456, 5471	* * * *	
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5460, 5473	<b>Regierungsbank:</b>	
Peter Lehnert [CDU] .....	5463	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Roswitha Strauß [CDU] .....	5464	Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten	
Klaus Schlie [CDU] .....	5465	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Anke Spoorendonk [SSW].....	5466	Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister	
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	5467	Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau	
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	5468	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Gero Storjohann [CDU] .....	5473	Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
Martin Kayenburg [CDU] .....	5474	Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus	
Beschluß: 1. Ablehnung des Antrages		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Drucksache 14/1789		Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
2. Verabschiedung der Gesetzentwürfe Drucksachen 14/1590 und 14/1643		* * * *	

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Präsident Heinz-Werner Arens**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 29. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Ich habe diese Tagung gemäß § 46 Abs. 2 der Geschäftsordnung auf Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als außerordentliche Tagung einberufen.

Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Das Haus ist beschlußfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Küstner und Frau Schmitz-Hübsch; beiden wünsche ich von dieser Stelle aus gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Puls und Saxe.

Erfreulich ist: Frau Aschmoneit-Lücke hat heute Geburtstag. Frau Kollegin, allerherzlichste Glückwünsche von dieser Stelle aus!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich dahin verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung ist eine Aussprache nicht geplant.

(Unruhe)

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 4, 2 und 5: Haushaltsbegleitgesetz 1999, Änderung des Finanzausgleichsgesetzes sowie der Antrag zu Deregulierung und Standardabsenkung.

(Anhaltende Unruhe)

- Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie etwas aufmerksamer sein könnten.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 6 - Kostensteigernde Wirkungen der Politik der Bundesregierung - und 9 - Konsequenzen des Steuerentlastungsgesetzes für die Landwirtschaft.

Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden neuen Übersicht über den Ablauf und die Beratungszeiten der 29. Tagung.

Wir werden unter Einschluß einer einstündigen Mittagspause - ich unterstreiche: einstündigen Mittags-

pause! - heute längstens bis 18:00 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht; dann werden wir so verfahren.

Ich möchte jetzt einige Besucher auf der Tribüne begrüßen; es sind Schüler und Schülerinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen der Theodor-Heuss-Realschule Preetz. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Es sind offenbar mehr Lehrer als Schüler.

Ich rufe jetzt Punkt 8 der Tagesordnung auf:

**„Pallas“-Untersuchungsausschuß**

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.

Drucksache 14/1844

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1854

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Ich erteile dem Oppositionsführer, Herrn Kollegen Kayenburg, das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kaum ein Ereignis hat die Gemüter der Menschen in diesem Jahr so erregt wie die **Havarie des Holzfrachters „Pallas“** im Nationalpark Wattenmeer. Die interministerielle Arbeitsgruppe aber wurde inzwischen aufgelöst - mit der Begründung des Umweltministeriums, daß sie nicht mehr erforderlich sei. Das Feuer an Bord am 25. Oktober 1998, die mißlungenen Bergungsversuche danach und die Strandung des brennenden, führerlosen Schiffes vor Amrum am 30. Oktober haben nachdrücklich die Frage aufgeworfen, ob seitens der zuständigen Behörden und seitens der politisch Verantwortlichen wirklich alles getan wurde, was geeignet gewesen wäre, entweder das Schiff zu retten oder zumindest die danach aufgetretenen Ölverschmutzungen des Meeres und des Landes sowie das Vogelsterben selbst zu verhindern oder einzuschränken.

Ohne die Antwort vorwegzunehmen - in der Öffentlichkeit, aber auch unter Fachleuten herrscht der Eindruck vor, daß es nicht so war. Der „Stern“ vom 19. November 1998 titelte zum Beispiel: „Eine Chronik des Versagens“. Öffentlich wird nicht nur der unzureichende Schleppereinsatz, sondern ganz besonders der „Reiz der Langsamkeit“ kritisiert, mit der die sich für die Inseln entwickelnde **Katastrophe**

(Martin Kayenburg)

abgewendet werden sollte. Nicht immer liegt in der Ruhe auch die Kraft, Herr Umweltminister!

Heute wissen wir: Es gelang den Handelnden nicht, präventiv tätig zu werden; sie waren offensichtlich in den Reaktionen gefesselt und liefen den Ereignissen immer hinterher.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist das nun mal!)

Waren es eigentlich nur unglückliche Umstände, die zu diesem Eindruck führten, Herr Minister? Sind es allein das schlechte **Wetter**, der hohe Seegang gewesen, die eine frühzeitige Bergung des Schiffes verhinderten? Waren es allein die **Verhältnisse am Ort** der Strandung, die ein schnelles Löschen des **Feuers** verhinderten? Oder lag dies alles auch daran, daß zum Beispiel das Feuerlöschschiff „Kiel“ zu spät an die Unglücksstelle befohlen wurde, daß zu lange Spezialisten gesucht wurden, statt erst einmal einheimische, sofort greifbare Fachleute wie zum Beispiel die Feuerwehren vor Ort zum Einsatz zu bringen?

Es sind Fragen über Fragen, die uns die Öffentlichkeit stellt. Wir, die Parlamentarier, haben nach Artikel 10 der Landesverfassung die Aufgabe, die vollziehende Gewalt - also die Landesregierung - zu kontrollieren. Wir sind zur Klärung aufgefordert.

Die Landesregierung hat sich aber ohne Zweifel Blößen bei der Bekämpfung des Unglücks gegeben. Damit meine ich nicht, daß der grüne **Umweltminister** Steenblock von der **Ministerpräsidentin** erst „gebeten“ werden mußte, sich einmal vor Ort umzuschauen und Gespräche mit den Betroffenen zu führen. Übrigens: Sie sollen ja auch einmal vor Ort gewesen sein - das heißt am Ufer, Herr Minister -, sind aber nicht zur Unglücksstelle gekommen, weil kein Schiff da war. Ich denke, dies ist ein Management, wie es diesem Vorfall wirklich nicht angemessen war.

(Beifall bei der CDU)

So beschämend eine solche Aufforderung der Ministerpräsidentin ist - mit der Lösung des Problems stand sie nur in einem indirekten Zusammenhang.

Wenn ich von „Blößen“ rede, meine ich damit auch nicht die Äußerung der Ministerpräsidentin Simonis gegenüber dem Sender R.SH am 19. November 1998, in der sie auf die Frage, ob sie etwas falsch gemacht habe, kundtat: „Ich hätte es schneller an mich reißen sollen“ und „Ich hätte noch mehr mit der Faust auf den Tisch hauen sollen“. Abgesehen davon, daß solche Äußerungen alles andere als ein Vertrauensbeweis gegenüber Herrn Steenblock sind - Ihrem Stellvertreter, Frau Simonis, und dem Fachminister -, Ihre Faust hätte in der Sache wohl wenig gebracht.

Ich meine damit vielmehr die eigentlichen Fragen, die offensichtlichen Fehler, das mangelhafte Krisenmanagement. Sie betreffen vor allem die allgemeine Unterschätzung der Lage durch das zuständige Ressort, die mangelhafte Kommunikation, sei es zu der Einsatzleitgruppe, die übrigens - das möchte ich an dieser Stelle sagen - nach meinem Eindruck gut gearbeitet hat, oder sei es sogar zum Innenminister. Sie betreffen weiter das für einen Notfall viel zu lange Verfahren der Vergabe des Auftrags an die Bergungsfirma und vieles andere mehr. Meine Redezeit wird nicht reichen, hier alle Punkte im einzelnen aufzuzählen. Dies alles läßt sich nach unserer Auffassung nur durch einen Untersuchungsausschuß klären.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Weil dieser ganze Vorgang also einer intensiven Untersuchung bedarf, Frau Kähler, haben wir uns gemeinsam mit der F.D.P. auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geeinigt.

Neben den Ermittlungen des Seeamtes, neben der von der Landesregierung beschlossenen Expertenkommission, neben der Einrichtung einer eben solchen Kommission durch die Bundesregierung verfügt insbesondere der **Untersuchungsausschuß** über die rechtlichen Möglichkeiten, **Versäumnisse** und **Fehler** aufzudecken, die im Zusammenhang mit der Strandung der „Pallas“ und den damit verbundenen Folgen stehen und die zumindest auch in die Zuständigkeit der Landesregierung fallen.

Wenn ich hier den Zwischenruf von Frau Kähler mit dem Hinweis auf die **Expertenkommission** höre, möchte ich darauf hinweisen, daß heute in der Presse zu lesen ist, daß der WWF feststellt, daß von vielen dieser Expertenkommission zugestimmt worden sei, sie aber bis heute nicht gegründet ist. Wenn da ein Vorsitzender benannt ist, der sich insbesondere mit der Katastrophenforschung befaßt, stelle ich die Frage, um was es hier eigentlich geht: Geht es um technischen Katastrophenschutz? Geht es um Organisationsmanagement? Oder geht es um die sozialen Probleme und die soziologischen Fragen einer Katastrophe? Solange hier die personelle Besetzung nicht klar ist, lediglich Zeitvorgaben in der Öffentlichkeit sind, können wir nicht erkennen, daß diese Expertenkommission allein und ohne Untersuchungsausschuß die sachgerechten Ergebnisse liefern könnte.

Ich gestehe aber freimütig ein, daß wir es uns mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses nicht leichtgemacht haben. Denn nach den beiden letzten Untersuchungsausschüssen tragen diese ein wenig den Makel in sich, entweder voreilig zu falschen Schlüssen zu kommen oder langwierige Prozeduren

(Martin Kayenburg)

mit etlichen politischen Verletzten bestehen zu müssen. Beides - das möchte ich an dieser Stelle betonen - wollen wir nicht.

Wir wollen eine vorurteilsfreie, sorgfältige, jederzeit an der **Sachlage** orientierte **Untersuchung** mit dem Ziel, auf der einen Seite die Verantwortlichkeiten deutlich zu machen und auf der anderen Seite für zukünftige Vorfälle zu Verbesserungen zu kommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen, wie es in § 1 des Untersuchungsausschußgesetzes allgemeinverständlich festgelegt ist, einen Sachverhalt, der im öffentlichen Interesse liegt, untersuchen und dem Landtag darüber berichten. Dies kann nach meiner Auffassung ohne große Emotionen so geschehen, daß es im Ergebnis allen, vor allem aber der Umwelt nützt, und es sollte auch so geschehen als Aufgabe des Parlaments gegenüber der Exekutive, unabhängig von Fraktionen, allein dem Wohle des Landes verpflichtet.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein Untersuchungsausschuß nützt der Umwelt nichts!)

- Wir kommen darauf zurück, Frau Fröhlich. - Vielleicht gelingt es uns dann nämlich, in Zukunft etwas unbefangener mit Untersuchungsausschüssen umzugehen.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Dieses Instrument wollen wir in Zukunft in der parlamentarischen Kontrolle wieder anwenden, es als ein **Instrument der parlamentarischen Kontrolle** verstehen, und zwar dann, wenn die Fachausschüsse nicht die erwarteten und erforderlichen Arbeiten leisten können.

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Ich jedenfalls würde es als ein Stück **Normalisierung** betrachten, wenn auch dieses parlamentarische Instrument wieder vorurteilsfrei angewendet würde, Herr Nabel.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir hoffen, rechtzeitig vor den Sommerferien 1999 - ich betone: 1999 - einen Bericht verabschieden zu können, der mit Unterstützung aller Beteiligten offen darstellt, was passiert ist, und das müßte auch möglich sein, wenn Sie da mitziehen, Herr Nabel! Wir jedenfalls werden nicht auf Zeit spielen, wir wollen aber

auch keine übereilten und schlampigen Ergebnisse. Ich jedenfalls würde mich freuen, wenn auch die Koalitionsmehrheit im Landtag - -

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ach, Frau Fröhlich, reden Sie doch nicht immer dazwischen!

(Beifall der Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU] und Thorsten Geißler [CDU])

Ich würde mich freuen, wenn sich die Koalitionsmehrheit im Landtag dieser Zielrichtung anschließen könnte. Das wäre den **Folgen**, die aus dem „**Pallas**“-**Unglück** zu erwarten sind, dienlich. Dann würden wir nach außen gemeinsam deutlich machen, welche Konsequenzen sachgerecht sind und wie wir derartige Vorfälle vermeiden oder verhindern können. Frau Fröhlich, wenn Sie dieser Zielrichtung nicht zustimmen können, weiß ich nicht, warum Sie hier überhaupt im Parlament sitzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

(Zurufe)

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Ein Untersuchungsausschuß des Landtages hat die Aufgabe, Sachverhalte, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt, zu untersuchen und dem Landtag darüber zu berichten.“

Ich habe diese Worte aus dem **Untersuchungsausschußgesetz**, den Wortlaut von § 1 Abs. 1, ganz bewußt an den Anfang meiner Rede gestellt, weil er kurz und prägnant darstellt, warum sich die F.D.P.-Fraktion gemeinsam mit der C.D.U.-Fraktion dazu entschlossen hat, einen Untersuchungsausschuß in Sachen „Pallas“ einzusetzen. Denn wenn es in den letzten Wochen und Monaten einen Anlaß gegeben hat, der in so hohem Maße das öffentliche Interesse für sich in Anspruch genommen hat und gleichzeitig so viel Aufklärungsbedarf hat entstehen lassen, war es die **Havarie des Holzfrachters „Pallas“**. Der Fall „Pallas“ ist damit geradezu ein Paradebeispiel dafür, für das es nach dem Gesetz einen Untersuchungsausschuß einzusetzen gilt.

Lassen Sie mich zu Beginn aber noch auf einen anderen Aspekt hinweisen. Der Aufklärungsbedarf, den die F.D.P.-Fraktion in Sachen „Pallas“ sieht, hat seinen Auslöser selbstverständlich in den ganzen Ver-

(Wolfgang Kubicki)

säumnissen, Pannen und Widrigkeiten bei der Bewältigung des konkreten Unglücksfalls.

(Konrad Nabel [SPD]: So, so!)

Vor allem geht es uns mit dem Untersuchungsausschuß darum, für die Zukunft ein System zu entwickeln, das einen Unglücksfall, wie wir ihn mit der „Pallas“ erleben mußten, vermeiden hilft. Ein **Schutzkonzept für die Zukunft**, eine systematische Schadensbegrenzung ist das Ziel, das wir mit diesem Untersuchungsausschuß erreichen wollen.

Es versteht sich von selbst, daß dafür der gesamte Unglücksfall in seinen Details hinterfragt werden muß. Für meine Fraktion ist dabei klar, daß diese Fragen selbstverständlich vom Parlament gestellt werden müssen. Herr Kollege Nabel, wer sonst als das oberste Organ der politischen Willensbildung sollte für diese Fragen besser befugt sein?

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Daß sich die Landesregierung unabhängig davon dazu entschieden hat, auch eine **Expertenkommission** zur Aufklärung des Sachverhalts einzusetzen, ändert an dieser Auffassung nichts. Die F.D.P.-Fraktion hat nichts gegen diese Kommission, im Gegenteil! Dem alten Sprichwort zufolge, wonach Einsicht der erste Weg zur Besserung ist, leben wir sogar in der Hoffnung, daß auch die Landesregierung aus ihren Fehlern klüger wird.

Sehr verehrte Frau **Ministerpräsidentin**, erlauben Sie mir jedoch die Frage, welche Experten Sie eigentlich in diese Kommission setzen wollen, die Sie im konkreten Unglücksfall noch nicht um Beistand gebeten haben. Waren es denn keine Experten, von denen Sie und der **Umweltminister** sich haben beraten lassen, als es darum ging, des havarierten Frachters endlich wieder Herr zu werden?

(Konrad Nabel [SPD]: Das können keine gewesen sein!)

Oder anders gefragt: Wo waren denn Ihre Experten, als die Sache ernst war, als etliche Tonnen Öl ausliefen und Tausende Seevögel jämmerlich zugrunde gingen?

Ich will keinen Hehl daraus machen: Wir alle hier im Parlament sind mit Sicherheit nicht die besseren Kapitäne, die in den aktuellen Stunden der Gefahr all die Entscheidungen getroffen hätten, die wir heute als versäumt rügen.

(Konrad Nabel [SPD]: Daran werden wir Sie messen!)

Ich möchte alles andere als auch nur ansatzweise den Einsatz und den Verdienst all derjenigen schmälern, die sich zum Teil unter erheblicher Gefahr für Leib und Leben dafür eingesetzt haben, die Gefahren und Schäden, die von der „Pallas“ ausgegangen sind, zu reduzieren. Ihnen allen möchte ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion sehr herzlich danken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann aber auch nicht sein, daß der Einsatz dieser Menschen umsonst war und wir für die Zukunft keine Lehren aus dem Unglücksfall „Pallas“ ziehen. Wenn ich „wir“ sage, meine ich ganz besonders die Verantwortungsträger in Schleswig-Holstein. Leider ist Umweltminister Steenblock bis heute nicht müde geworden, weitschweifig auf Cuxhaven, auf die Einsatzleitgruppe, auf Bund-Länder-Vereinbarungen und Bonn zu verweisen, wenn es darum ging, das eigene, ein schleswig-holsteinisches **Notfallkonzept** aufzuzeigen. Heftig den Finger nach Süden zeigend, scheint er völlig übersehen zu haben, daß es ihm nach § 5 Abs. 11 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen völlig unbenommen gewesen wäre, selbständig ordnungsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen - Katastrophenfall hin oder her.

Bemerkenswert sind auch die Widersprüche zum Einsatz der Hamburger Berufsfeuerwehr. Während Ministerpräsidentin Simonis kaum etwas von der Existenz dieser Einheit gewußt haben will - jedenfalls von mir im Rahmen der November-Tagung das erste Mal davon gehört hat, daß die Hamburger Berufsfeuerwehr auch Schiffsbrände löschen kann -, erklärt uns ihr Stellvertreter Steenblock in der letzten Tagung, daß selbstverständlich ein Angebot dieser Wehr existiert habe, das allerdings als nachrangig zu behandeln gewesen sei.

Was stimmt denn nun: Gab es kein Angebot, oder gab es nur ein vermeintlich schlechtes? Gab es zwischen Umwelt- und Innenministerium **Kompetenzgerangel**, Profilierungszwänge und Gebaren, die selbst die Grünen auf ihrem letzten Parteitag als „administrative Katastrophe“ bezeichnet haben?

Im Untersuchungsausschuß werden wir diesen und den vielen anderen Fragen nachgehen können. In diesem Ausschuß werden zwar nicht die Experten der Landesregierung sitzen, aber dafür werden wir die Fragen stellen, die diese Experten nicht stellen.

Wie wichtig und dringend die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist, ergibt sich - das wird vielleicht auch Sie überzeugen - aus

**(Wolfgang Kubicki)**

der Stellungnahme des WWF, heute allen übermittelt:  
„WWF entsetzt über neues ‘Pallas’-Öl.“

Ich zitiere aus der Pressemitteilung, die heute herausgegeben worden ist, einen Absatz:

„Um ein besseres Sicherheitskonzept zu erreichen, forderte der WWF gleich nach dem ‘Pallas’-Unfall die Bildung einer unabhängigen Expertenkommission für die Untersuchung der Pannen und Schwachstellen. Doch obwohl dem auf mehreren politischen Ebenen zugestimmt wurde, wurde die Kommission immer noch nicht gegründet. Heftig kritisierte der WWF heute auch, daß das Bundesverkehrsministerium offenbar plant, sie überwiegend mit den beteiligten Beamten aus Bund und Ländern zu besetzen.“

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

„Es ist doch ziemlich unwahrscheinlich, daß diese ein großes Interesse haben, ihre eigenen Pannen aufzuklären. Die Expertenkommission muß unabhängig sein“, forderte Hans-Ulrich Rösner.“

Dem stimmen wir zu.

Wer, wenn nicht dieses Parlament in aller Öffentlichkeit, kann Pannen und Versäumnisse aufklären und Lehren für die Zukunft daraus ziehen?

(Holger Astrup [SPD]: Bergungsexperten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „ein Untersuchungsausschuß des Landtages hat die Aufgabe, Sachverhalte, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt, zu untersuchen und dem Landtag darüber zu berichten“ - so § 1 unseres Untersuchungsausschußgesetzes. Auf Antrag auch meiner Fraktion nimmt sich der Landtag dieser Aufgabe an. Wir müssen verhindern, daß ähnliche Schäden, wie wir sie bei der Havarie des Frachters „Pallas“ erleben mußten, künftig noch einmal vorkommen. Das ist das Ziel des Untersuchungsausschusses.

Erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung zu dem Gerangel über die Frage, ob der SSW nun ein „geborenes Mitglied“ im Untersuchungsausschuß stellen darf. Von Verfassung und Geschäftsordnung aus gesehen ist dies nicht geboten. Wir wehren uns nicht dagegen, daß der SSW einen entsprechenden Sitz stellt, wenn wir nach dem entsprechenden Verfahren nach d’Hondt - -

(Lothar Hay [SPD]: Das ist eine Selbstverständlichkeit und parlamentarischer Brauch!)

- Wie bitte?

(Lothar Hay [SPD]: Das ist eine Selbstverständlichkeit und parlamentarischer Brauch!)

- Ja, aber es ist keine Selbstverständlichkeit, daß die Regierungsfractionen glauben, Herr Kollege Hay, das einseitig bestimmen zu dürfen! Darüber hätte man locker und leicht reden können!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist nicht so - -

(Lothar Hay [SPD]: Sie müssen sich mal die Äußerung vom Kollegen Schlie angucken!)

- Ich muß mir die Äußerung des Kollegen Schlie nicht zurechnen lassen! Ich rede hier für die F.D.P.-Fraktion!

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein parlamentarisches Gebaren ist das Verhalten der Mehrheitsfraktion in diesem Haus auch nicht, über die bestimmten Voten und bestimmten Regelungen hinweg festzulegen, daß ein 13er-Ausschuß gebildet werden soll, daß die Regierungsfractionen im Prinzip zwei Sitze hinzubekommen und davon einen dem SSW abgeben. Das mag alles gern so sein - aber ein parlamentarisches Gebaren ist das nicht. Wir werden uns im Interesse der Sache nicht dagegen verwahren - das sage ich ausdrücklich -, aber wir werden nicht zulassen, daß Einzug hält, daß die Mehrheitsfraktion Aufgaben und Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses einseitig bestimmt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich begrüße in der Gästeloge einen Kollegen aus dem Bundestag, den Herrn Abgeordneten Koppelin. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Reden von Herrn Kubicki und von Herrn Kayenburg, die ich eben gehört habe, erinnern mich an ein Schild, das in einer alten Kanzlei, in der ich einmal gearbeitet habe, hing. Darauf stand zu lesen: „Urteilen Sie selbst“. Und irgendein Witzbold hatte darüber geschrieben: „Verurteilen Sie selbst“. - Die nötigen Vorverurteilungen haben Sie ja eben getroffen.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ein Quatsch! - Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Beifall bei der SPD)

**(Dr. Ulf von Hielmcrone)**

Sie wissen ja schon, wer schuld ist. Es fehlt jetzt eigentlich nur noch der Satz: „Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen!“

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich habe von Ihnen schon einen besseren Einstieg gehört! - Frauke Tengler [CDU]: Wie wäre es mit Zuhören?)

Bevor ich auf die Anträge eingehe, die dem Haus vorliegen, möchte ich folgendes sagen. Als Vertreter der Westküste, als jemand, der dort geboren wurde, den Großteil seines Lebens dort verbracht hat und auch wirtschaftlich vom Wohlergehen seiner Heimat abhängig ist, bin ich froh, daß offenbar die Gefahr, die von dem **Wrack der „Pallas“** ausging, im wesentlichen gebannt erscheint.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das konnten wir heute morgen lesen!)

- Herr Kubicki, auch Sie könnten sich einmal im Zuhören üben! Es fällt Ihnen schwer; das weiß ich!

Ich bin froh darüber, daß sich die direkten **Schäden** - im übrigen kenne ich die Pressemitteilung des WWF seit gestern - anscheinend eben doch - Gott sei Dank! - in Grenzen gehalten haben.

Ich bin froh, daß sich Menschen gefunden haben, die die schwierige und gefährliche Arbeit auf sich nahmen, etwa in die Öltanks zu tauchen, um dort die notwendigen Tätigkeiten unter schwer vorstellbaren Bedingungen durchzuführen. Ich meine, ihnen schuldet das Haus Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur ihnen, sondern allen Kräften an Bord der „Barbara“, und den anderen Schiffen, die im Einsatz waren,

(Meinhard Füllner [CDU]: Schwere Begriffe!)

dem ALR Husum und den Leuten von den Inseln. Dank auch denen, die auf Föhr, Amrum und Sylt dafür gesorgt haben, daß das Öl entfernt wird oder Tiere von ihrem Leid erlöst werden.

(Beifall bei der SPD)

Wer schließlich selbst einmal auf den Inseln war und mit den Menschen auch an Bord der Schiffe gesprochen hat, weiß, daß dieser Dank ebenfalls der hervorragenden Arbeit der Einsatzstellen, der Mitarbeiter des AL Husum, des Staatlichen Umweltamtes Schleswig, auch des Umweltministeriums in Kiel und dem Umweltminister selbst gelten muß,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das wird kein Dankesausschuß, sondern ein Untersuchungsausschuß!)

der sich auf den Inseln für seinen Einsatz im Laufe der Ereignisse durchaus Respekt verschafft hat, wie man mir dort mitgeteilt hat - auch wenn Sie dies nicht hören mögen.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller gerechtfertigten Kritik muß es möglich sein, auch das Positive zu erwähnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es ist nichts passiert!)

Denn es hätte noch viel schlimmer kommen können. - Sehen Sie, so verblendet sind Sie! Es hätte alles noch viel schlimmer kommen können.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Der Kelch ist im wesentlichen an uns vorübergegangen -

(Meinhard Füllner [CDU]: Es hätte auch ein schlimmerer Redner dastehen können!)

auch, wenn wieder 2 m<sup>3</sup> Öl aus der „Pallas“ ausgetreten sind.

Sie haben sich das nicht angeguckt. Sie haben sich nicht die Vorstellung gemacht: Was kann eigentlich wirklich passieren, wenn es einmal zu dem GAU,

(Martin Kayenburg [CDU]: Erzählen Sie doch nichts! Wir waren vor Ort!)

zu dem größten anzunehmenden Unfall, kommt?

(Heinz Maurus [CDU]: Wir sollten jetzt nicht die Hände in den Schoß legen! - Widerspruch bei der SPD)

- Ach, Herr Maurus, Ihre Wortklauberei - - Das ist es ja. Gleichgültig!

(Anhaltende Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort. Bitte, fahren Sie fort!

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Es hätte trotzdem alles viel schlimmer kommen können. Und es steht zu befürchten: Es könnte auch irgendwann einmal schlimmer kommen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wenn Sie so weiterreden!)

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Gerade weil das so ist, erscheint eine **Schwachstellenanalyse** notwendig. Es erscheint richtig zu untersuchen: Was hätte besser gemacht werden können? Wo sind möglicherweise Fehler gemacht worden? Was wäre vermeidbar gewesen?

Über eines müssen wir uns aber auch im klaren sein: Das letzte Risiko wird niemals ausgeschaltet werden können, mit **höherer Gewalt** wird immer zu rechnen sein, und auch **menschliches Versagen** ist nie vermeidbar. Aber weil das so ist, müssen wir auf die Faktoren Einfluß nehmen, auf die wir Einfluß nehmen können. Das ist richtig.

Deswegen muß untersucht werden: Wie kam es zu dieser Havarie? Welche Faktoren haben zusammengewirkt? Ob und wann wäre ein früheres Eingreifen möglich gewesen? Hätte das Unglück abgewendet werden können?

Ob hierzu allerdings ein parlamentarischer **Untersuchungsausschuß** das richtige Instrument ist, das erscheint dann doch fraglich. Hier ist nautischer Sachverstand gefragt, seerechtliche Zusammenhänge müssen gesehen werden, technische Möglichkeiten erforscht und hinterfragt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist bei jedem Gesetzentwurf so!)

Es geht nicht um politische Ranküne, sondern um Parteipolitik, um die es Ihnen offenbar sehr wohl geht - darum sollte es jedenfalls nicht gehen -

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

wenn wir den Menschen vor Ort wirklich helfen wollen. Das sagen Sie ja immer. Sie wollen den Menschen helfen. Dann tun Sie es doch auch!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wollen Sie eigentlich mal ein Gesetz beschließen?)

Eines Tages werden wir uns vielleicht fragen lassen müssen: Was sollte eigentlich dieser Untersuchungsausschuß, wo es möglicherweise anderer Gremien bedurft hätte,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nämlich eines Ausschusses aus unabhängigen Fachleuten, wie er durchaus mit Recht von der Küste gefordert wird?

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Den können Sie einrichten!)

Ich kann nur hoffen, daß wir uns in diesem Haus nicht irgendwann einmal Schuld aufladen,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

weil ein politisches Gremium möglicherweise jene Sachaufklärung nicht leisten konnte und vielleicht sogar verhindert hat, was notwendig gewesen wäre, nämlich einen Unfall zu verhindern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich finde, wir sollten das Parlament jetzt abschaffen, Herr Hay!)

An der Küste haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, mit der Forderung nach einem Untersuchungsausschuß jedenfalls Unverständnis geerntet. Dort wünscht man eine unabhängige **Expertenkommission**, in der Fachleute sitzen, auch Vertreter der Insel- und Halliggemeinden, die die Sachlage sehr wohl kennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wäre der Küste geholfen. Das wird von ihr gefordert, und zwar vom WWF bis zur Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste. Was Seemannschaft angeht, Technik an Bord, internationales Seerecht, die schwierigen Verhältnisse im Wattenmeer, sind wir nicht sachkompetent - auch wenn ich gehört habe, daß wahrscheinlich die meisten Abgeordneten einen Segelschein haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kubicki, ich nehme an, daß Sie das auf Ihrer Pressekonferenz ironisch gemeint haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Deswegen halte ich persönlich den parlamentarischen Untersuchungsausschuß nur für die zweitbeste Lösung - gerade weil die Gefahr besteht, daß wir aus mangelndem Sachverstand

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir schaffen das Parlament ab und schaffen nur noch Expertengruppen!)

nicht in die Tiefe der Materie eindringen können, sondern der Gefahr erliegen, ihn politisch zu instrumentalisieren. Dafür bieten Sie das beste Beispiel.

Es bleibt dabei: Es wäre schlecht, wenn nur eine politische Suppe gekocht werden sollte, wenn mit einem Umweltminister abgerechnet werden sollte, den Sie noch nie haben leiden, dem Sie aber auch noch nie so richtig am Zeug haben flicken können,

(Martin Kayenburg [CDU]: Seine Politik ist das Problem!)

**(Dr. Ulf von Hielmcrone)**

und wenn schließlich teilweise der Boden für die nächste Runde im Kampf gegen den Nationalpark - diese steht ja auch auf der Agenda des Hauses -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es leider!)

bereitet werden sollte.

Wenn wir der **Küste**, ihren **Menschen** und ihrer **Natur** wirklich helfen wollen, müssen wir dies im Auge behalten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere Arbeit wird an den Ergebnissen gemessen werden, die in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit weisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich ist es Ihr unbestrittenes Recht, einen Untersuchungsausschuß zu fordern. Wir werden uns dem nicht verweigern,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie auch gar nicht!)

sondern aktiv mitarbeiten,

(Silke Hars [CDU]: Ja?)

damit ein sinnvolles Ergebnis dabei herauskommen kann. Das sind wir der Küste und ihren Menschen schuldig.

Ich selbst werde auch Mitglied dieses Ausschusses sein.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

- Das ist traurig, nicht wahr? - Nun habe ich allerdings keinen Segelschein. Mein Großvater war zwar bei der Kaiserlichen Marine, aber das spielt wohl eine geringere Rolle.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dafür haben Sie einen Jagdschein!)

- Ach, ja, Herr Kubicki, das ist nett! Sie meinen, wenn jemand anderer Meinung sei, habe er gleich einen Jagdschein. Das kennzeichnet Ihr demokratisches Bewußtsein!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben doch einen Dackel, oder nicht?)

- Wer hat hier wohl einen Jagdschein? - Ich bin Jurist. Sie wissen, daß Juristen eigentlich gar nichts können, außer vielleicht die richtigen Fragen stellen. Darauf wird es dann allerdings auch ankommen. Ich hoffe daher in aller Bescheidenheit, an der Aufklärung des

Sachverhaltes mitarbeiten zu können. Denn natürlich haben auch wir größtes Interesse daran festzustellen, was zur Havarie und zur Strandung der „Pallas“ geführt hat und ob dies alles möglicherweise zu verhindern gewesen wäre.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mann, Mann!)

Wir möchten aber neben den Fragen, die die Opposition gestellt hat, weitere Fragen untersuchen, so zum Beispiel die nach der Koordinierung der Maßnahmen mit den Behörden des Bundes.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Entschuldigung, Herr Abgeordneter! - Meine Damen und Herren, es ist etwas zuviel Unruhe im Hause, die ich nicht als produktiv auslegen kann.

(Meinhard Füllner [CDU]: Bei der Rede!)

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Das ist eben das Problem. Einige können Widerspruch nicht ertragen.

(Lachen bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Kann ich einen Spiegel reichen?)

Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir eine weitere Frage stellen. Es ist die nach dem **Sicherheitskonzept**: Empfiehlt es sich, daß sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine Umstrukturierung des Sicherheitskonzeptes in der Deutschen Bucht einsetzt? Ferner ist zu fragen, ob es sich empfiehlt, die Bundesregierung darum zu bitten, eine Initiative zur Änderung des internationalen Seerechts zu ergreifen.

Wir meinen, daß gerade aufgrund des „Pallas“-Unglücks auch diese Fragen gestellt werden müssen. Wir als Hauptbetroffene an der Küste sind auch berechtigt, solche Fragen aufzuwerfen. Ich denke, wir würden uns einer Unterlassung schuldig machen, wenn wir dies nicht täten.

Schließlich möchten wir, daß alle im Parlament vertretenen Parteien einen Sitz im Ausschuß haben, wie dies offenbar guter Brauch ist. Der Untersuchungsausschuß sollte daher 13 Sitze haben, damit auch der SSW einen ordentlichen Sitz erhalten kann.

(Beifall bei SPD und SSW - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Auf Kosten der Opposition natürlich!)

Wir bitten um Zustimmung und hoffen sehr, daß die

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Opposition in diesem Untersuchungsausschuß die Küste nicht im Stich läßt und sachlich mitarbeitet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer von Ihnen erinnert sich noch an die Landtagsdebatte zum letzten großen Ölalarm auf Amrum vor nicht einmal zweieinhalb Jahren? Die Strandung der „Pallas“ hat uns nun wieder vor Augen geführt, wie gefährdet das **Ökosystem Nordsee** ist. Leider wird uns dies immer nur dann bewußt, wenn ein Unglück geschieht.

Gestatten Sie mir, bevor ich auf den Untersuchungsausschuß eingehe, einige Zitate aus einem Artikel, der erst im September dieses Jahres, kurz vor der Bundestagswahl und damit auch kurz vor dem „Pallas“-Unglück, in der Zeitschrift „Waterkant“, dem **Mitteilungsblatt der Aktionsgemeinschaft Nordsee e. V.**, veröffentlicht wurde. Dort heißt es:

„In den letzten Monaten vor der Bundestagswahl haben Bundesverkehrsminister Wissmann und seine leitenden Beamten überall in Deutschland Löcher gegraben. Hier ein 'Baubeginn' beim Wesertunnel, dort beim Transrapid, anderswo eine Autobahnstrecke ... Mit wenig Presserummel wurde dagegen ein Loch vorbereitet, das voraussichtlich ab Ende Oktober in der Deutschen Bucht entsteht. Dort ist der Hochseeschlepper „Oceanic“ noch bis Ende Oktober 1998 durch das BMV als Sicherungsschlepper gechartert ... In mehreren - vom BMV in Auftrag gegebenen - Gutachten war festgestellt worden, daß ein solcher Schlepper ... für die Sicherheit in der Deutschen Bucht notwendig ist.“

(Thomas Stritzl [CDU]: Sofern er eingesetzt wird!)

„Das BMV weigert sich aber nach wie vor, diese Gutachten anzuerkennen, und hält seine beiden Mehrzweckschiffe für ausreichend ...

Ende Juli (wurde bekannt), daß die Nordsee wieder einmal knapp dem Öl-GAU entronnen war. Am 20. Juli fiel auf dem 22 Jahre alten Tanker (Elgurdabia) mehrmals die gesamte

Maschinenanlage aus, so daß der Leviathan manövrierunfähig blieb ... Nur durch eine Notankerung bei Tonne 27 konnte eine Strandung verhindert werden ...

Der Stellvertretende Leiter der BMV-Abteilung Seeverkehr verkündete am 2. September in Cuxhaven das 'endgültige Aus' für die Charter der „Oceanic“. Aus Kiel kam zwei Tage später die Pressemitteilung, daß sich der Umweltminister von Schleswig-Holstein, Rainer Steenblock, 'erneut beim Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann für den Einsatz der „Oceanic“ über den 31. Oktober hinaus eingesetzt hat'.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Artikel schließt wie folgt:

„Wenn die Küstenländer dem BMV nicht schnell und kräftig auf die Finger hauen, schaffen die Beamten noch kurz vor der Bundestagswahl Fakten.“

Dieser Artikel erschien also einen Monat vor der Strandung der „Pallas“. Ich glaube, das sagt eine Menge. Zum Glück wurde die Kündigung der „Oceanic“ noch einmal verschoben. Jetzt sehen alle, daß etwas für die **Sicherheit der Deutschen Bucht** getan werden müsse. Aber vorher standen wir Grünen allein. Gerade Herr Steenblock kann sich zugute halten, daß er schon seit langem, sowohl als Minister als auch zuvor als Bundestagsabgeordneter, Maßnahmen zur Sicherung der Deutschen Bucht vor Ölkatastrophen regelmäßig gefordert hat.

Die Opposition hat jetzt die **Einberufung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses** zur „Pallas“ beantragt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dafür, dieses Unglück gründlich zu untersuchen. An sechs Stellen wird dieses Unglück bereits aufgearbeitet.

Die wirksamste „Untersuchungskommission“, die bereits arbeitet, ist sicherlich die internationale Presse, die seit Wochen auf Amrum und Föhr, in Kiel und Cuxhaven recherchiert. Diese „Kommission“ konnte sich nach wochenlangen Recherchen auf keinen einzigen Vorwurf einigen - außer der Tatsache, daß die Pressearbeit des Ministeriums nicht optimal war.

Zum zweiten hat die Landesregierung bereits den Katastrophenforscher Professor Clausen mit der Untersuchung aller Vorgänge beauftragt.

Zum dritten hat das Bundesverkehrsministerium angekündigt, daß eine Kommission eingesetzt werde,

**(Karl-Martin Hentschel)**

und zwar - auf Drängen von Schleswig-Holstein - eine unabhängige Kommission, also keine Kommission aus den beteiligten Beamten, wie zunächst geplant war.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Zum vierten erfolgt eine interne Aufarbeitung des Krisenstabes der Landesregierung.

Zum fünften gibt es eine interne Aufarbeitung der ELG in Cuxhaven.

Zum sechsten hat der Internationale Seegerichtshof in Hamburg mit der Untersuchung begonnen, nachdem eine Aktivität der zuständigen Behörde auf den Bahamas nicht zu erkennen war.

Nun kommt also als siebtes der Untersuchungsausschuß hier in Kiel hinzu, sicherlich das kompetenteste aller dieser Gremien. Ich hoffe nicht, daß er zu einer Versammlung von Freizeitkapitänen wird,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie ihm nicht angehören, vielleicht!)

die besser als die Fachleute wissen, wie man in einem Orkan ein Schiff abschleppt. Ich hoffe statt dessen, daß der Untersuchungsausschuß dazu genutzt wird - ich hoffe dabei auf Sie, Herr Kayenburg -, **Fakten** festzustellen und zu gemeinsamen, parteiübergreifenden **Konsequenzen** zu kommen, die dann auch umgesetzt werden. Dann hätte er Sinn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, wie kurzlebig das Gedächtnis in der Politik ist. Ist etwas aktuell passiert, dann rufen alle nach Konsequenzen. In der alltäglichen Politik wird Umweltschutz dagegen meist nur als lästiger Kostenfaktor und als bürokratisches Hemmnis betrachtet.

Der Umweltverband BUND hat nicht umsonst am 30. November in einer Presseerklärung getitelt: „Die Havarie der „Pallas“, ein Glücksfall für das Sicherheitskonzept Deutsche Bucht“. Diese sarkastische Überschrift fließt einem Umweltverband nicht umsonst aus der Feder. Er weiß sehr gut, daß all jene, die dem Umweltminister jetzt Vorwürfe machen, weil er nicht unter den Scheinwerfern von Fernsehkameras das Feuer im Orkan persönlich ausgepinkelt hat,

(Unruhe bei der CDU)

die gleichen sind, die sich morgen gegen die Einschränkung der Schifffahrt in der Deutschen Bucht aussprechen werden. Es sind die gleichen, die sich morgen gegen die seeweitige Ausweitung des Nationalparks Wattenmeer, gegen eine Novellierung des Nationalparkgesetzes aussprechen werden.

Es sind die gleichen, die sich morgen gegen weitere Beschränkungen der Einleitungen von Schad- und Nährstoffen aus der Landwirtschaft in die Gewässer aussprechen werden, die sich morgen gegen eine Erhöhung der Benzinsteuer und damit gegen eine Reduzierung des Spritverbrauchs von Autos aussprechen werden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schröder!)

obwohl die Mehrzahl der schädlichen Einträge in die Nordsee dem Verkehr und der Landwirtschaft entspringt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jedes Jahr fließen 150.000 t Öl in die Nordsee. Die Hälfte davon kommt von Land, ein weiteres Drittel von den Ölplattformen. Dazu kommen die Stickstoffeinträge und sonstigen Schadstoffe, die noch einmal ein Vielfaches davon betragen. Wie mir ein Kapitän sagte, liegen 7.000 Wracks in der Nordsee, 4.000 Schiffshavarien passieren jährlich auf den Weltmeeren. Die Seestraße in der Deutschen Bucht ist unter Wasser durch ein zig Kilometer langes Hügel-land aus Müll markiert.

Aber die Bereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft, hier einzugreifen, ist sehr zögerlich. Dabei könnte die **Europäische Union** sehr gut Fakten schaffen. 90 % des Außenhandels der Europäischen Union werden über das Schiff abgewickelt. Es gibt für Importeure und Exporteure praktisch keine Möglichkeit, Häfen der Europäischen Union auszuweichen. Wenn sich die EU-Staaten einigen würden, könnten sie viel erreichen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie könnten sich darauf einigen, daß alle Schiffe, die Häfen in der EU anlaufen, Mindeststandards erfüllen müssen, daß alle Schiffe gegen Schäden unbegrenzt versichert sein, daß sie qualifizierte Besatzungen sowie eine geregelte Schiffsentsorgung haben müssen sowie daß alle Ölbehälter doppelte Wände haben müßten und nur noch Öl verbrannt werden darf, das bestimmte Mindestqualitätsansprüche erfüllt.

Meine Damen und Herren, insbesondere meine designierten Ausschußkolleginnen und -kollegen, ich hoffe, daß wir all dies nicht vergessen, wenn wir im neuen Jahr zusammensitzen werden, um die Fakten zu untersuchen. Wir wollen deshalb den **Untersuchungsauftrag** auf zu ziehende Konsequenzen er-

**(Karl-Martin Hentschel)**

weitem. Eine reine Auflistung der Historie erscheint uns sinnlos.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht doch drin!)

Außerdem schlagen wir vor, daß der **SSW** selbstverständlich entsprechend der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages, in denen steht, daß er als Fraktion zu behandeln sei, auch wenn er nur aus einem Abgeordneten besteht - zur Zeit besteht er ja aus zwei Abgeordneten -, als betroffene Regionalpartei - das muß hier auch einmal gesagt werden - einen Sitz im Untersuchungsausschuß bekommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe vermutet, daß das von Ihnen lediglich übersehen worden ist, weil kompetente Juristen in den Oppositionsparteien nicht griffbereit waren. Damit die CDU aber trotzdem mit vier Abgeordneten im Untersuchungsausschuß vertreten sein kann, haben wir vorgeschlagen,

(Heiterkeit bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen die Geschäftsordnung lesen, Herr Hentschel!)

den Ausschuß auf 13 Mitglieder zu erweitern.

Die **Strandung der „Pallas“** ist eine Katastrophe. Diese Katastrophe passierte, obwohl nach bisheriger Erkenntnis alle Behörden, die agiert haben, im Rahmen ihres Auftrages gut und richtig agiert haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Watt?)

Was wir nun brauchen, ist Einigkeit. Das **Konzept** muß sich offensichtlich ändern. Der Bund muß die Verantwortung wahrnehmen. Wir brauchen eine überfraktionelle Gemeinsamkeit, damit wir Sicherheit für die Deutsche Bucht bekommen, damit wir ein überfraktionell abgestimmtes Konzept bekommen, das jeder Situation standhält. - Ich komme zum Ende.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ja, bitte!

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vor zwei Jahren, als wir über die Ölanlandungen auf Amrum redeten, habe ich gesagt, wir begrüßen alle Bemühungen, die zur Verbesserung der Situation führen - ich füge aktuell ein, auch einen Untersuchungsausschuß -, auch wenn die ständigen Verzögerungen langsam nicht mehr erträglich sind. Deshalb ende ich diesmal mit einem Wort von Konfuzius: „Das Recht

zu erkennen und es nicht zu tun, ist ein Mangel an Mut.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk** [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Bemerkung vorweg machen: Es geht heute nicht darum, hier noch einmal die Havarie darzustellen und zu erläutern, was eventuell falsch gelaufen ist. Nicht die Sache steht zur Debatte, sondern die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das möchte ich nur noch einmal klar und deutlich hervorheben.

Ich habe mir vorgenommen, daß ich bei diesem Tagesordnungspunkt nicht über Geld sprechen will. „Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul“, sagt der Volksmund. Fest steht aus der Sicht des SSW, daß CDU und F.D.P. mit dem geforderten **Untersuchungsausschuß** diesem Hohen Haus ein Geschenk machen, das sich sehen läßt. Allein die Mehrkosten für den Stenographischen Dienst reichen locker aus, um den Grenzlandbeauftragten für eine weitere Legislaturperiode über die Runden zu bringen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja unglaublich! - Zuruf von der CDU)

- Darauf komme ich noch, lieber Kollege. Die CDU will bekanntlich diese Haushaltsstelle im Haushalt 1999 streichen. Das sind ganze 28.000 DM. Wenn ich die Wahl hätte, würde ich sagen: Behalten wir doch den Grenzlandbeauftragten, denn da weiß man, was man hat, und verzichten wir auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir verzichten auf die Teilnahme des SSW! Das ist auch preiswerter!)

Ich habe mir auch vorgenommen, heute nicht über die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses zu sprechen.

(Zuruf von der CDU)

Die Aussage des Kollegen Schlie, die SPD könne doch ohne weiteres einen Sitz an den **SSW** abgeben,

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

**(Anke Spoorendonk)**

da der SSW - ich zitiere aus Ihrer Pressemitteilung - und die Regierungsparteien doch stets „Seit an Seit schreiten“, sagt mehr über den Absender solcher Weisheit aus als über den SSW.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Schlie, ich möchte noch einmal ganz deutlich auch für Sie wiederholen: Der SSW denkt mit seinem eigenen Kopf und fordert das Recht auf einen Sitz im Untersuchungsausschuß ein.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte am Rande noch hinzufügen, daß der Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. nicht die Beteiligung des SSW vorsah.

(Zuruf von der CDU)

Übrigens sollte es dem Kollegen Schlie bekannt sein, daß sich die Mehrheitsverhältnisse des Parlaments im Untersuchungsausschuß widerspiegeln müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In jedem Ausschuß!)

Das heißt, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brauchen also eine gemeinsame Mehrheit ohne den SSW.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wie die Stimmen im Ausschuß im einzelnen verteilt werden sollen, überlassen wir - das habe ich schon mehrfach gesagt - dem Konsens aller Fraktionen. Zum Glück ist es zu diesem Konsens gekommen. Das finde ich gut.

(Zurufe von der CDU: Nein! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

- Ich hoffe auf jeden Fall, daß es zu diesem Konsens kommen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von der CDU: Nein! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ihr seid doch Hilfsmatrosen für die Regierung, ständig und immer! - Widerspruch des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

- Also darüber werden wir uns noch weiter unterhalten müssen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort. Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ich habe auf eine Pressemitteilung des Kollegen Schlie reagiert. Das ist mein Recht. Dazu stehe ich. Ich fand, es war unerhört, was er darin zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Worüber ich aber sprechen werde, ist die Frage nach Sinn und Unsinn von Untersuchungsausschüssen im allgemeinen und ganz konkret auf die Havarie der „Pallas“ bezogen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: An unsinnigen Ausschüssen würde ich mich auch nicht beteiligen!)

Dabei setze ich die historische Perspektive voraus, denn richtig ist natürlich, daß sich dieser Untersuchungsausschuß in eine ganz lange Reihe von Untersuchungsausschüssen einreihet. Rund 20 Untersuchungsausschüsse hat es in der Geschichte dieses Landes bereits gegeben. Das heißt, es hat mehr Untersuchungsausschüsse als Legislaturperioden gegeben.

Aus dem von Professor von Mutius herausgegebenen Kommentar zu Artikel 18 der Landesverfassung geht hervor, woran das liegen könnte. Ich zitiere:

„Untersuchungsausschüsse sollen zwar Aufklärungsarbeit leisten. Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, ihre Aufgabe sei in erster Linie Wahrheitsfindung in einem quasi-gerichtlichen Verfahren. Im Vordergrund ihrer Tätigkeit steht vielmehr die politische Auseinandersetzung zwischen Parlament und Regierung einerseits sowie zwischen Opposition und die Regierung tragenden Fraktionen andererseits. Untersuchungsausschüsse sind typischerweise politische Kampfinstrumente,“

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

„von denen insbesondere die Opposition Gebrauch zu machen pflegt.“

Soweit das kommentierte Landesrecht.

Diese Passage faßt genau das zusammen, was der SSW von einem „Pallas“-Untersuchungsausschuß erwartet. Wir können uns nicht vorstellen, daß in einem **Untersuchungsausschuß** eine objektive **Aufklärung** möglich sein wird.

(Meinhard Füllner [CDU]: Warum wollt ihr dann rein?)

(Anke Spoorendonk)

Allerdings glauben wir auch nicht, daß eine solche ernsthaft angestrebt wird. Wir wissen alle, daß 1999 zum Wahlkampfjahr wird.

Wenn Untersuchungsausschüsse, selbst zu normalen Zeiten durchgeführt, politische **Kampfinstrumente** darstellen, dann sehe ich für den geplanten „Pallas“-Untersuchungsausschuß schwärzer als schwarz.

(Zurufe von der CDU)

Eines steht doch wohl für uns alle fest. Je mehr wir uns dem Wahlkampf nähern, desto mehr wird mit dem Bauch und nicht mit dem Kopf gedacht. Der SSW hat sich deshalb in seiner ersten Reaktion auch gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ausgesprochen. Für uns spielt dabei eine Rolle, daß das Instrument des Untersuchungsausschusses nach dem Untersuchungsausschuß in der letzten Wahlperiode seine Unschuld verloren hat.

Ich bin dem Oppositionsführer dankbar, daß er in seinem Beitrag auch darauf eingegangen ist.

(Zurufe von der CDU)

Immer wieder ist mir gesagt worden, daß der Untersuchungsprozeß damals so schmerzhaft für alle Beteiligten und für das gesamte parlamentarische Leben in diesem Lande war, daß ich es mir nur psychologisch erklären kann, daß es bis jetzt keine Auseinandersetzung darüber gegeben hat, welche Lehren aus der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses gezogen werden sollten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich gucke jetzt ganz bewußt den Kollegen Kubicki an, der bei der Abschlußdebatte im Dezember 1995 eine beeindruckende Rede über politische Moral, über Verantwortung und vieles mehr hielt. Ich hörte mir die Debatte damals genau an und kann mich gut daran erinnern. Heute fordert die F.D.P. zusammen mit der CDU die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses, ohne daß nur andeutungsweise das Verfahren von damals kritisch hinterfragt wird.

Das finde ich enttäuschend. Mit anderen Worten: Sollte es so sein, daß eine objektive Aufklärung im Hinblick auf die Havarie der „Pallas“ wirklich gewollt ist, dann müssen wir aus der Sicht des SSW zunächst eine ganz andere Entscheidung treffen. Wir müssen das **Gesetz zur Regelung des Rechts der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse** ändern.

(Widerspruch bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Am besten abschaffen!)

Das Gesetz ist so zu ändern, daß es das halten kann, was sich die Bevölkerung von einem Untersuchungsausschuß verspricht.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Es soll objektive Aufklärung leisten.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Weitere Zurufe)

- So hören Sie mir doch einmal zu.

(Anhaltende Zurufe)

Wir meinen, daß eine objektive Aufklärung nur durch solche Personen erfolgen kann, lieber Kollege Geißler, die kein Interesse am Ausgang der Untersuchung haben, wie beispielsweise Berufsrichter.

(Klaus Schlie [CDU]: Das müssen Sie beweisen!)

Wir meinen, es ist höchste Zeit, das Gesetz dahin gehend zu ändern.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Unglaublich! - Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P.)

Der konkrete Anlaß macht weiterhin deutlich, wie wichtig es ist, daß uns der Zugang zu öffentlichen Informationen schnellstmöglich gesichert wird. Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik insgesamt brauchen ein **Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Nur so wird es möglich sein, die Latte für die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen künftig höherzulegen. Doch vorerst bleibt ja alles wie geplant.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Mein Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Die große Frage heißt also: Was kann ein solcher „Pallas“-**Untersuchungsausschuß** eigentlich leisten, was nicht schon in Angriff genommen ist? Uns liegt ein interfraktioneller Landtagsbeschluß in Sachen „Pallas“ vor. Die Ministerpräsidentin kündigte am 17. November eine umfassende Analyse zu den Umständen der Havarie an. Sie will eine unabhängige Expertenkommission ins Leben rufen. Der Untersuchungsausschuß beschließt einvernehmlich einen weiteren

**(Anke Spoorendonk)**

Fahrplan, wo unter anderem Gespräche vor Ort vorgehen sind. Kurzum: Es sind schon so viele Initiativen in Gang gesetzt, daß eigentlich zu befürchten ist, sie kommen einander in die Quere.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Doch nichts von alledem läßt sich mit einem Untersuchungsausschuß vergleichen. Das ist uns sehr wohl bewußt. Das erforderliche Quorum für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist erreicht. Das Untersuchungsausschußgesetz zeichnet sich eben dadurch aus, daß es auch den Minderheiten starke Rechte einräumt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für den **SSW** ist es wichtig, daß auch eine **Parlamentsminderheit** aktiv auf die Politik der Mehrheit Einfluß nehmen kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es ist ein Minderheitsrecht!)

Dieses Minderheitsrecht möchten wir unterstützen. Deshalb werden wir natürlich auch unser Recht in Anspruch nehmen, uns an dieser Arbeit zu beteiligen, und wir werden deshalb auch der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Peter Zahn [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil mir die Beiträge des Kollegen von Hiemcrone und der Kollegin Spoorendonk Anlaß geben, an die regierungstragenden Fraktionen die Bitte zu richten, über ihr **Parlamentsverständnis** nachzudenken.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das meine ich im Ernst. Ich habe in diesem Hohen Hause lange nicht mehr so antiparlamentarische Reden gehört wie diese beiden Beiträge.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut! - Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn ich beiden Überlegungen folge, Kollege Hay, dann müßten wir alle gemeinsam dafür eintreten, daß dieses Parlament abgeschafft ein Senat eingerichtet wird, der nur noch in Form von Expertenkommissionen

tagt, weil die Parlamentarier - so auch Kollege Hentschel - insgesamt zu blöd sind, einen Sachverhalt zu beurteilen und daraus rechtliche Konsequenzen zu ziehen.

(Zurufe und Widerspruch)

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, daß Sie sich als demokratische Partei mit hundertjähriger Tradition hinstellen und sagen, eigentlich sind die Mitglieder und „Mitgliederinnen“ dieses Hohen Hauses nicht in der Lage, komplexe Sachverhalte zu verstehen und zu beurteilen.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nicht ach! Was machen wir denn eigentlich bei Gesetzentwürfen, Kollege Hentschel? Da hören wir doch auch unterschiedliche Experten an, und wir sind diejenigen, die berufen sind, daraus die Schlußfolgerungen zu ziehen. Wir sind nicht die Expertenkommission, sondern wir fragen die Experten und bilden uns dann eine Meinung.

Zu sagen, das ganze Verfahren können wir uns sparen, das halte ich in der Tat für ein merkwürdiges **Demokratieverständnis**.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wovor haben Sie Angst, was da herauskommen sollte? Genauso wie ich Ihnen recht gebe, Kollege Hentschel, daß eine Vorverurteilung - von wem auch immer - nicht im Raume steht, obwohl man sich dem ja interessanterweise in einer Mediengesellschaft nicht immer entziehen kann, ist auch ein Vorfreispruch nicht der Weisheit letzter Schluß.

Ich weiß gar nicht, wie Sie sich hier hinstellen und sagen können, es sei alles optimal gelaufen, um dann gleichzeitig festzustellen: Wir brauchen neue Konzepte. Wenn es optimal gelaufen ist, brauchen wir keine neuen Konzepte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber um neue Konzepte entwickeln zu können, brauchen wir zunächst einmal das Verständnis von einem Ablauf.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Hentschel, ich frage Sie, was Sie in diesem Hohen Hause gemacht hätten, wenn Sie bei einer christlich-liberalen Regierung Oppositionsfraktion gewesen wären. Sie hätten doch hier auf dem Tisch gestanden und nach Konsequenzen gerufen,

**(Wolfgang Kubicki)**

nach Untersuchungsausschüssen und allem möglichen, um aufzuklären,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

weil Sie zu Recht zu mir gesagt hätten: Herr Kollege Kubicki, wenn Sie von mir erwarten, wir sollen der Regierung glauben -, wie naiv sind Sie eigentlich? Wir können die **Opposition** doch schlicht abschaffen, wenn wir nicht mehr kontrollieren wollen, was die **Regierung** sagt,

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

weil wir doch in der Vergangenheit immer erlebt haben, daß die Regierung stets vollständig, umfassend und wahrheitsgemäß informiert!

Ich kann mich an einen Beschluß dieses Hohen Hauses erinnern, wo wir einstimmig festgestellt haben, daß das nicht der Fall ist, und zwar in einem vergleichsweise geringen Komplex, nämlich dem des Erbschaftsteuerfalls. Da hat sich der Finanzminister hier hingestellt und gesagt, er gebe im nachhinein zu, daß er nicht umfassend, ausreichend und vor allen Dingen nicht wahrheitsgemäß informiert habe.

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

- Ja, er gibt zu, daß er nicht differenziert genug informiert hatte.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Das ist etwas ganz anderes!)

- Frau Kollegin Kähler, er hat auch nicht wahrheitsgemäß informiert.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich fertig, Herr Präsident! Zur objektiven Wahrheit hätte die umfassende Information dazugehört. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Es ist aber völlig wurscht.

Es ist dankenswerterweise von Verfassungen wegen ein originäres Recht der Opposition zu hinterfragen. Das können Sie zwar politisch bestreiten, aber Sie können es dankenswerterweise rechtlich nicht aus dem Weg räumen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Oppositionsführer.

(Konrad Nabel [SPD]: Oh! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warten Sie mal ab, ob es Ihnen im Jahre 2000 auch noch so geht!)

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesem Beitrag von Frau Spoorendonk sehe ich keine Chance mehr, einen 13er-Ausschuß zu bilden, und ich sehe überhaupt keine Chance mehr, von dem vorgesehenen Verfahren nach § 4 abzuweichen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir wollen keine Ausschlußüberweisung, weil dies der Sache schaden würde - wie übrigens Ihr Debattenbeitrag auch.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist das! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir wollen eine sachgerechte Aufklärung.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe hier deutlich gemacht, um was es uns geht. Wenn das von Ihnen und vom Kollegen Hielmcrone ins Gegenteil verkehrt wird, dann hat das mit Parlamentarismus wirklich nichts mehr zu tun.

Uns ging es darum, die Untersuchungsausschüsse wieder auf den eigentlichen Auftrag zurückzuführen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Daß Sie das nicht wollen, Frau Spoorendonk, das haben Sie doch nur zu deutlich gemacht. Wie kann man eigentlich den Untersuchungsausschuß mit dem Grenzlandbeauftragten in Verbindung bringen?

(Zurufe von der CDU: So ist es! Unglaublich! - Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sparen die 800.000 DM, wenn wir den SSW nicht mehr als Fraktion haben!)

Wie kann man sich eigentlich hier hinstellen und sagen, Sie erwarteten überhaupt keine Sachaufklärung?

Sie sind der Auffassung, daß es - wie es im Kommentar stehe - nur um politische Auseinandersetzungen gehe. Glauben Sie uns dann nicht mehr, wenn wir in dieser Form einen Untersuchungsausschuß an Sie herantragen? Wenn das so ist, dann gibt es mit Ihnen in diesem Punkt wirklich keine Zusammenarbeit.

(Konrad Nabel [SPD]: Wir glauben das auch nicht, Herr Kayenburg!)

- Herr Nabel, was ich glaube, das überlassen Sie mir! Ich gehe davon aus, daß hier ordnungsgemäß vorge-

**(Martin Kayenburg)**

arbeitet wurde und daß es uns allen gemeinsam um die Sachaufklärung ging. Wenn hier aber in dieser Form das Tischtuch zerschnitten wird, dann sehe ich wirklich große Schwierigkeiten, an dieser Stelle mit dem SSW zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Spooendonk, wenn Sie uns unterstellen, daß Sie nicht glauben - wörtlich -, daß „Wahrheitsfindung ernsthaft angestrebt“ sei -

(Klaus Schlie [CDU]: Unverschämt ist das!)

verdammst noch einmal, wofür machen wir denn solch einen Untersuchungsausschuß? Wie wollen wir denn in Zukunft zusammenarbeiten? Deswegen, Frau Spooendonk: keine Ausschußüberweisung, Abstimmung in der Sache! Wo Sie Ihren Ausschußsitz herbekommen, das machen Sie bitte mit den Koalitionsfraktionen dieses Hohen Hauses aus. Wir weichen jedenfalls kein Jota von der Verfassung ab.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich zitiere § 1 Abs. 2 des Fraktionsgesetzes:

(Meinhard Füllner [CDU]: Das Untersuchungsausschußgesetz müssen Sie ansehen!)

„Der, dem oder den Abgeordneten der dänischen Minderheit stehen die Rechte einer Fraktion zu.“

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Dann zitiere ich weiterhin aus Artikel 18 Abs. 2 der Landesverfassung:

„Im Untersuchungsausschuß sind die Fraktionen und die Antragstellenden mit mindestens je einem Mitglied vertreten.“

Nach § 22 Abs. 4 stehen dem SSW „die Rechte einer Fraktion zu“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fraktionen! - Davon verstehen Sie wirklich nichts!)

- Herr Kubicki, ich gebe zu, ich bin leider nur ein völlig blöder Mathematiker, kein Jurist und kein Höhenflieger wie Sie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht man doch!)

Das ist völlig klar. Ich werde auch niemals ein Höhenflieger wie Sie sein, der ununterbrochen abhebt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht man auch!)

Ich kann nur lesen, und das ist leider manchmal nicht ausreichend. Aber wenn ich lese, dann stelle ich fest, daß aus diesen Dingen erstens zu entnehmen ist, daß der SSW vertreten sein soll,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da steht nicht drin, der SSW ist eine Fraktion!)

zweitens, Herr Kubicki, daß es auch einen inhaltlichen Grund gibt. Wenn Sie den Regierungsfractionen vorgeworfen hätten, daß wir das Untersuchungsausschußgesetz kritisieren, dann hätte ich Ihre Empörung verstanden. Daß Sie aber ausgerechnet der kleinsten Gruppe mit dem Fraktionsstatus hier im Landtag, die in vielen, vielen politischen Fragen ihre Unabhängigkeit bewiesen hat, vorwerfen, daß sie aufgrund der Erfahrung, daß hier in dieser Angelegenheit ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird, die Gelegenheit nutzt, um auch eine kritische Anmerkung zum Untersuchungsausschußgesetz zu machen, die - ich kann es nicht beurteilen - gerechtfertigt sein mag oder nicht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann denn?)

und dann in dieser Art und Weise darüber herfallen, hat mich - ich muß schon sagen - sehr erstaunt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auch noch etwas zu den Vorwürfen mir gegenüber sagen, Herr Kubicki, denn auch dort haben Sie offensichtlich nicht zugehört. Ich habe gesagt, daß wir für eine Untersuchung und auch für einen Untersuchungsausschuß sind. Ich habe gesagt, daß wir uns wünschen, daß dieser Untersuchungsausschuß dazu genutzt wird, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag dahin kommt, gemeinsam und überfraktionell die notwendigen Forderungen gegenüber dem Bund, gegenüber sich selber mit der Ziehung der notwendigen Konsequenzen gegenüber der Landesregierung, gegenüber der Europäischen Union und in Verhandlungen über das internationale Seerecht zu formulieren, um die Deutsche Bucht maximal zu schützen und alles zu tun, was möglich ist, damit solche Unfälle verhindert oder die Schäden eingegrenzt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Karl-Martin Hentschel)**

Wenn wir das hinkriegen, gemeinsam, überfraktionell zu solchen Konsequenzen zu kommen, tatsächlich zu fragen, was notwendig ist, damit unsere Küste möglichst sicher ist, dann wird der Untersuchungsausschuß ein Erfolg. Das ist das, was ich formuliert habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hay.

**Lothar Hay [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man muß der SPD-Fraktion nicht vorwerfen, sie schwäche die Rechte des Parlaments. Das weise ich mit Empörung zurück.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr Kubicki und Herr Kayenburg, ich habe vielmehr den Eindruck, daß diese Debatte mit den hochgegangenen Wogen auch etwas davon ablenken soll, daß nachher beim nächsten Tagesordnungspunkt von Ihnen nicht mehr soviel Substanz zu erwarten ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Seitdem Sie im Fraktionsvorsitz sind, haben Sie versagt!)

- Herr Schlie, Ihre Äußerungen zum SSW zeigen für mich deutlich, welches Parlamentsverständnis Sie gegenüber Minderheiten haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion hat im November - unmittelbar nach dem „Pallas“-Unglück - die Einsetzung einer Expertenkommission, die die ganze Geschichte aufarbeitet - unabhängig von Person, Ansehen, Funktion und parteipolitischer Zugehörigkeit -, gefordert.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig! - Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Wer sitzt denn da drin?)

Wir werden der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses selbstverständlich zustimmen. Wir sehen zur Zeit auch keine Notwendigkeit einer Novellierung des Untersuchungsausschußgesetzes, bitten aber die Oppositionsfraktionen, darüber nachzudenken, daß bisher in diesem Hohen Hause ein Umgang miteinander herrschte, der sicherstellte, daß der SSW an wichtigen parlamentarischen Gremien beteiligt war. An diesem Anspruch sollten wir uns messen lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für erforderlich, daß wir in diesem Punkt zu einer Einigung kommen, weil dies einfach meinem Grundverständnis von Parlamentarismus entspricht, daß die Fraktionen des Landtages auch im Untersuchungsausschuß vertreten sein müssen.

Herr Kayenburg und Herr Kubicki, ich appelliere nochmals an Sie, diese Brücke doch gemeinsam mit uns zu betreten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich klar, daß ich mich nach diesen letzten Beiträgen noch einmal zu Wort melden muß. Es ist mir auch sehr wohl bewußt, daß man in diesem Land - vielleicht gilt das nur für einige - den SSW am liebsten mag, wenn er klein und niedlich ist, wenn er nicht gegenangeht, wenn er nicht polemisiert und wenn er nicht seinen eigenen Standpunkt deutlich macht. Dann mag man uns am liebsten!

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Dann merken wir die Sympathie. Mir ist sehr wohl bewußt, daß wir auf der einen Seite eine rechtliche Grundlage haben, die vielleicht gar nicht so eindeutig ist. Wir haben in diesem Hohen Hause aber eine parlamentarische Praxis. Der SSW ist bis jetzt in allen Untersuchungsausschüssen vertreten gewesen.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß in dem Antrag von CDU und F.D.P. nicht vorgesehen war, daß sich der SSW an der Untersuchungsausschußarbeit beteiligen sollte. Da war Ihnen ja noch nicht einmal bekannt, daß ich heute vielleicht polemisieren wollte. Sie wollten uns nicht dabei haben!

Uns geht es natürlich um Sachaufklärung und um Wahrheitsfindung. Aber ich muß doch heute - wo es um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geht - die Frage stellen können, ob wir es mit diesem Instrument eigentlich am besten hinkriegen. Man muß doch auch die Frage stellen können, ob wir nicht abwarten müssen, wie diese unabhängige Kommission arbeitet, was im Ausschuß läuft. Auch der Umweltausschuß muß sich hintergangen fühlen, daß jetzt so urplötzlich ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird.

**(Anke Spoorendonk)**

Und noch etwas: Wenn hier etwas über die Rechte des Parlaments gesagt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen - -

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment bitte! Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Lieber Kollege Kubicki, mir kommen die Tränen, wenn ich so etwas höre. So nicht und so erst recht nicht, und dann soll der SSW auf keinen Fall - -

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir stehen für die Rechte des Parlaments ein. Wir sind uns der Kontrollfunktion des Parlamentes sehr wohl bewußt.

Daß wir aber nicht - wie ich vorhin sagte - alles in Beton gegossen haben wollen, daß wir sagen, Oppositionsarbeit muß auch konstruktiv zwischen den Blöcken laufen können, dazu stehe ich allemal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte doch darum, daß man sich das vor Augen hält, wenn es darum geht, jetzt über die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses zu beschließen. Ich appelliere noch einmal an alle hier, das doch einvernehmlich hinzukriegen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Astrup.

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand, wir waren schon einmal ein kleines Stückchen weiter als jetzt, und ich versuche, eine Brücke zu bauen, über die dann möglicherweise alle gehen können. Wir sind in der Tat in einem Zwiespalt. Dieser Zwiespalt wird durch das Untersuchungsausschußgesetz beschrieben, in dem in der Tat nur das Wort „Fraktionen“ erwähnt ist und nicht die Wörter „Status von Fraktionen“ stehen. Gleichwohl ist es so, wie von Frau Kollegin Spoorendonk beschrieben, daß der SSW auch in anderen Gremien dieses Hohen Hauses vertreten ist, obwohl er nicht Fraktion ist.

Ich erinnere daran, daß der SSW natürlich im Parlamentarischen Einigungsausschuß vertreten ist; auch dort steht nur das Wort „Fraktionen“. Ich erinnere

daran, daß der SSW selbstverständlich, wie ich es auch empfinde, im Ältestenrat vertreten ist, obwohl auch dort plötzlich nicht von „Fraktionen“ gesprochen werden kann. Insofern glaube ich, daß wir eine pragmatische Lösung finden sollten.

Ich will für die Öffentlichkeit auch noch auf ein weiteres Dilemma aufmerksam machen. Wenn wir nach dem Untersuchungsausschußgesetz eine Mehrheit der Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Untersuchungsausschuß gewährleisten wollen und müssen, dann müßten wir nach d'Hondt - so ist es auch vom Wissenschaftlichen Dienst ausgerechnet worden - einen Ausschuß in der Größenordnung von 25 Mitgliedern besetzen.

(Unruhe)

Ich glaube, niemand in diesem Hohen Haus wird ernsthaft die Forderung aufstellen - so hoffe ich jedenfalls -, daß man bei 25 Mitgliedern landen sollte, einem Drittel des Parlaments.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann könnten wir gleich eine Plenartagung machen!)

- Dann könnten wir gleich eine Plenartagung daraus machen.

Deshalb möchte ich Sie um Verständnis bitten, daß wir jetzt mit meinem Vorschlag versuchen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, und zwar die Anzahl der Ausschußmitglieder so niedrig wie möglich zu halten und dadurch auch die Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Die niedrigste Anzahl wäre elf - so auch im Untersuchungsausschußgesetz vorgesehen -, dann allerdings ohne den SSW, was ich aus den Gründen, die hier schon genannt worden sind, nicht in Ordnung fände.

Die nächste Zahl, die man dort anwenden könnte, wäre plus SSW gleich zwölf. Da bitte ich um Verständnis, meine Damen und Herren von der Opposition, daß wir als Koalitionsfraktionen keinerlei Interesse daran haben, das von Ihnen gezeichnete Bild des SSW so zu vereinnahmen, daß wir einen Gleichstand riskieren.

(Zurufe von der CDU: Aha, Aha! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Natürlich nicht, Herr Kollege Schlie; das ist doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

**(Holger Astrup)**

Nehme ich dann die nächste Zahl - das ist dann die vorgeschlagene 13 -, hätte diese 13 den Charme, den ich versuche, hier zu beschreiben, daß eine Koalitionsmehrheit eine Mehrheit hätte - ohne SSW -, daß gleichzeitig aber der SSW natürlich im Untersuchungsausschuß vertreten wäre.

Um diesen Vorschlag, meine Damen und Herren, jetzt sacken zu lassen, bitte ich darum, die Beschlußfassung, nur die Beschlußfassung über diesen Punkt „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses“, auf heute nachmittag zu vertagen. Ich bin sicher, daß wir bis heute nachmittag zwischen den Fraktionen die Einigung erzielen können, die wir am Ende der vergangenen Woche per Telefon zumindest mit den Spitzen der CDU-Fraktion schon einmal hatten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Spoorendonk, ich erinnere mich noch sehr gut an den Beratungsprozeß zum Untersuchungsausschußgesetz, und ich kann mich sehr gut erinnern, daß der SSW, damals in Vertretung durch den Kollegen Karl Otto Meyer, diesem Gesetz ausdrücklich zugestimmt hat, obwohl darin ausdrücklich eine Vertretung des SSW in Untersuchungsausschüssen nicht automatisch vorgesehen ist. Das gehört doch zur Ehrlichkeit dazu, wenn man heute Rechte annimmt, die einem damals mit der eigenen Stimme nicht zugebilligt worden sind.

Daher eignet sich diese Debatte überhaupt nicht dazu, Frau Kollegin Spoorendonk, jetzt eine Grundsatzproblematik über Fragen der Beteiligung von Minderheiten aufzuwerfen. Aber diese Debatte eignet sich sehr wohl dazu, in eine Grundsatzdebatte über parlamentarische Rechte einzutreten, und es hat mich schon entsetzt, Frau Kollegin Spoorendonk, daß Sie das einzige wirksame Instrument, das dieses Parlament hat, um Sachverhaltsaufklärung zu betreiben, abschaffen und durch ein Richterremium ersetzen wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, das ist antiparlamentarisch, und das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Herr Kollege Astrup, ich kann mich ja wirklich nur wundern: Sie machen uns Vorwürfe, weil wir eine Schwächung unseres Stimmenanteils im Untersuchungsausschuß proportional nicht gern hinnehmen wollen!

(Holger Astrup [SPD]: Dann müssen Sie 25 Mitglieder beantragen!)

Dann kommen Sie hier nach vorn und machen einen Vorschlag und sagen, für Sie sei es völlig unzumutbar, in einem Untersuchungsausschuß Gleichstand akzeptieren zu sollen. So kann man auch mit zweierlei Maß messen, Herr Kollege Astrup,

(Beifall bei der CDU - Widerspruch des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

und da mahne ich Ihnen gegenüber doch ein bißchen mehr parlamentarische Fairneß an.

Meine Damen und Herren, ich bin dem Kollegen Hay in einem Punkt für die Äußerung dankbar, die er mit viel Empörung zu Protokoll gegeben hat. - Herr Kollege Hay, Sie wirkten gar nicht so furchtbar empört. Sie hatten auch keinen Anlaß dazu, denn Sie hatten einiges richtigzustellen, was der Kollege von Hielmcrone heute morgen zu Protokoll gegeben hat.

(Konrad Nabel [SPD]: Was?)

Da gebe ich dem Kollegen Kubicki völlig recht: Das war eine schlimme antiparlamentarische Rede, meine Damen und Herren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie hier als Parteipolitiker auf Parteipolitik schimpfen und meinen, das sei mit Sachaufklärung überhaupt nicht in Übereinstimmung zu bringen, dann kann ich Ihnen nur sagen, Kaiser Wilhelm läßt grüßen; der kannte auch keine Parteien mehr, der kannte nur Deutsche.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Gott!)

Wenn Sie hier ein solches Parlamentarismusbild bemühen wollen, dann kann ich nur sagen: Zurück ins 19. Jahrhundert und gute Reise dabei!

(Konrad Nabel [SPD]: Und das aus Ihrem Mund? Das ist ja unglaublich!)

Nein, meine Damen und Herren, wir wollen diesen Ausschuß für eine dringend erforderliche Sachaufklärung nutzen, und Sie, Herr Kollege von Hielmcrone, haben in einem durchaus beachtenswerten Beitrag vor einigen Wochen eine Reihe von Fragen gestellt, die es in diesem Untersuchungsausschuß parteiübergreifend zu klären gilt.

**(Thorsten Geißler)**

Wenn ich mir Ihr Fazit ansehe, es hätte ja noch schlimmer kommen können, meine Damen und Herren, dann sage ich Ihnen, daß das ja für jede Katastrophe unterhalb des Weltunterganges gilt. Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Das kann ja wohl ein Parlament nicht hindern, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, damit dann auch wirklich Konsequenzen gezogen werden,

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

damit wir in Zukunft nicht wieder hilflos davorstehen, wie es diesmal der Fall war. Nein, meine Damen und Herren, dieses Instrument setzen wir ein. Wir werden es nutzen, und wenn Sie sich daran beteiligen wollen, dann arbeiten Sie konstruktiv im Untersuchungsausschuß mit!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Schlie.

(Zuruf von der SPD: Ach, nein! - Weitere Zurufe von der SPD)

**Klaus Schlie [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann an dieser Stelle die Aufregung bei den Regierungsfractionen überhaupt nicht nachvollziehen. Es ist gutes Recht, und ich glaube, daß das Untersuchungsausschußgesetz ja insgesamt in einer Situation in diesem Parlament entstanden ist, Herr Kollege Astrup, in der es wirklich darum ging, das Verhältnis zwischen der Regierungsmacht auf der einen Seite und der Macht des Parlaments auf der anderen Seite insgesamt auszubalancieren und dabei speziell auch die Rolle der Opposition neu zu bestimmen und zu definieren. Genau an diesem Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen, kommt es jetzt entscheidend darauf an, daß natürlich dann, wenn die Oppositionsfractionen hier Anlaß sehen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, sie auch das gute Recht haben müssen, mit entsprechender Präsenz und Anzahl in diesem Untersuchungsausschuß arbeiten zu können.

Es ist Ihnen übrigens völlig unbenommen, verehrte Frau Kollegin Spoorendonk, Ihre Oppositionsrolle hier in diesem Haus wahrzunehmen. Wir laden Sie herzlich ein, sich insgesamt auch unserer Oppositionsrolle anzuschließen, die wir hier wahrnehmen,

(Holger Astrup [SPD]: Dann hätten wir wenigstens noch eine!)

und auch zu sagen, Sie wollten in diesem Fall die Sachverhalte aufklären. Vielleicht begreifen Sie es dann ja einmal, was Opposition bedeutet.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Es könnte ja sein, daß es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, was Opposition ist!)

Opposition bedeutet nämlich, sehr verehrte Frau Kollegin Spoorendonk, die Kontrolle der Regierung - und nichts anderes. Das ist das Verständnis von Opposition, das diese Verfassung auch vorsieht.

Herr Kollege Astrup, ich will noch einmal auf das eingehen, was Sie angesprochen haben: Es ist natürlich völlig legitim zu sagen, daß wir nach einem gemeinsamen Weg suchen, um auch den SSW hier zu beteiligen. Das finde ich auch nach wie vor völlig in Ordnung. Diesen Weg sollte man auch versuchen zu finden. Doch das darf doch nicht nur auf Kosten der Oppositionsfractionen gehen - Herr Kollege Astrup, dieses Mißverständnis ist zwischen uns überhaupt nie auf den Punkt gebracht worden, als es darum ging, hier die Zahl von elf auf 13 zu erhöhen -, die hier als Minderheit in ihrem Recht als Minderheit einen Untersuchungsausschuß beantragt haben, und ihnen gesagt werden: Da müßt ihr einen Sitz abgeben, weil wir sonst eine gewisse Gefahr sehen.

Ich weiß gar nicht, welche Gefahr Sie eigentlich sehen. Das kann ich nun am Anfang dieses Untersuchungsausschusses, bei seiner Einsetzung überhaupt nicht begreifen, daß Sie hier irgendwelche Gefahren sehen, wo doch die Opposition wirklich ganz klar und deutlich gemacht hat, daß es ihr um Sachaufklärung geht.

(Holger Astrup [SPD]: Das haben wir ja gehört!)

Gibt es denn tatsächlich so viele schwierige Positionen in diesem ganzen Fall, daß Sie es jetzt wirklich an dieser Stelle darauf ankommen lassen müssen, hier die Mehrheit zu haben, weil Sie Sorge davor haben, daß das Parlament insgesamt in der Widerspiegelung im Untersuchungsausschuß nicht in der Lage ist, diesen verzwickten Fall aufzuklären?

(Holger Astrup [SPD]: Gucken Sie doch einmal ins Gesetz, Herr Kollege! Ein bißchen Sachverstand kann nicht schaden!)

Das, glaube ich, Herr Kollege Astrup, ist ein etwas verqueres Bild von Parlamentsarbeit.

Ich bin trotzdem der Auffassung, daß es richtig ist, nach einem Weg zu suchen. Aber es ist auf jeden Fall nicht so, wie Sie meinen, daß Sie uns das Parlamentsverständnis aufdrücken müssen, daß Sie bei diesem

**(Klaus Schlie)**

Tatbestand auf jeden Fall die Mehrheit haben müssen. Ich glaube, da liegen Sie völlig falsch.

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Solch einen verlogenen Beitrag habe ich selten gehört, so verlogen!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Oppositionsführer, war das eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung?

(Martin Kayenburg [CDU]: Ja!)

- Dann haben Sie das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Debatte ist in eine Richtung gelaufen, die der Sache nicht zuträglich ist.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vor dem Hintergrund - das Klatschen möchte ich überhaupt nicht werten - schlage ich vor, daß wir die Debatte an dieser Stelle beenden und daß wir so, wie Herr Kubicki und ich das für CDU und F.D.P. abgesprochen haben, mit dem Ziel aufzuklären, den Untersuchungsausschuß einrichten. Wir haben eben zeitgleich mit dem Vorschlag von Herrn Astrup miteinander abgestimmt - -

(Holger Astrup [SPD]: Ich überlege mir das gleich noch einmal, wenn das so weitergeht!)

- Na gut. Ich denke, wir müssen da nicht das Erstgeburtsrecht für uns in Anspruch nehmen.

Wir sollten heute in der Mittagspause noch einmal darüber beraten und diese Debatte dann nach der Mittagspause nicht mehr fortsetzen, sondern abstimmen.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Dann besteht Einigkeit über, daß wir hier die Debatte unterbrechen und den Tagesordnungspunkt nach der Mittagspause neu aufrufen? - Widerspruch sehe ich nicht, damit wird der Tagesordnungspunkt vertagt.

Ich rufe dann die Tagesordnungspunkte 4, 2 und 5 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999**

**(Haushaltsbegleitgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1590

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 14/1843

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1851

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/1852

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/1853

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1858

Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
Drucksachen 14/1859 und 14/1860

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1643

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 14/1825

**c) Deregulierung und Standardabsenkung - Keine Kürzung der FAG-Mittel**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1789

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/1855

Bevor ich das Wort erteile, möchte ich zunächst auf der Tribüne die Besuchergruppe der Ernst-Barlach-Realschule aus Ratzeburg begrüßen.

(Beifall)

Ich erteile jetzt zunächst zum Tagesordnungspunkt 4 der Berichterstatteerin des Finanzausschusses, Frau Abgeordneter Kähler, das Wort.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da im Finanzausschuß zur Halbzeit der Haushaltsberatung ein Wechsel im Ausschußvorsitz erfolgte, möchte ich an dieser Stelle noch einmal dem ehemaligen Vorsit-

(Ursula Kähler)

zenden, Herrn Lothar Hay, für seine umsichtige und offene Ausschlußführung danken.

(Beifall im ganzen Haus)

Auch in der politischen Spitze des Finanzministeriums - wie wir bemerken konnten - gab es einen Wechsel. Somit gilt natürlich von dieser Stelle aus auch dem ausgeschiedenen Staatssekretär, Dr. Joachim Lohmann, unser Dank für die gute Zusammenarbeit, von der wir überzeugt sind, daß sein Nachfolger, Staatssekretär Döring, diese fortführen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wünschen ihm dabei immer eine glückliche Hand.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Der Haushaltsentwurf 1999 wurde dem Ausschuß am 2. September 1998 überwiesen und in 18 zum Teil ganztägigen Sitzungen beraten. An der Beratung der Einzelpläne waren die jeweiligen Fachausschüsse beteiligt. Während der Beratungszeit fanden drei Plenartagungen statt. Daraus ergab sich eine zeitliche Enge, und das bei einer Vielzahl von Vorgängen, die der Finanzausschuß jedoch abschließend bis zum 11. Dezember 1998 beriet.

Es gab mehr als 150 Vorlagen, die den Haushalt 1999 oder den Haushaltsvollzug 1998 betrafen, neben diesen Vorlagen eine Vielzahl von Anträgen, zum Beispiel Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert, Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich, starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas, Schülerbeförderungskosten, Unterhaltsvorschuß und eine Reihe von Gesetzentwürfen: Finanzausgleichsgesetz, Landeshaushaltsordnung, Stiftungsgesetz, Landesdiskontsatzüberleitungsgesetz - Donnerwetter, das habe ich sogar ohne zu stottern ausgesprochen! -, Gesetz über die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater, Gebäudemanagement Schleswig-Holstein - letzteres ist noch nicht abschließend beraten. Darüber hinaus beschäftigte sich der Finanzausschuß mit diversen Berichten. So haben dem Finanzausschuß in den letzten Monaten zum Beispiel der Bericht der Investitionsbank und der Bericht über die Einkommens- und Vermögensentwicklung zur Beratung und Beschlußbefassung vorgelegen.

Seit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1999 sind eine Reihe zwangsläufiger Änderungen erforderlich geworden. Darüber hinaus hat die Landesregierung für 1999 ein Investitionsprogramm vorgeschlagen.

Diese Änderungen sind in den sogenannten Nachschiebelisten enthalten. Die Vorlagen sind zwar Gegenstand der Beratungen des Finanzausschusses in öffentlicher Sitzung gewesen, vermutlich aber einem größeren Kreis als den damit befaßten Fachleuten nicht bekanntgeworden. Deshalb möchte ich die Nachschiebelisten etwas umfassender darstellen, zumal damit gleichzeitig die wichtigsten Beratungsthemen angesprochen werden: Konsequenzen aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 1998 zum Liegenschaftsmodell, Berücksichtigung der Verschiebung der Defizitfinanzierung aus dem Jahre 1997, Bereitstellung zwangsläufiger Mehrausgaben, kostenneutrale Umschichtungen im Haushaltsplan 1999, zusätzliche investive Ausgaben, kommunaler Finanzausgleich - Finanzausschuß als mitberatender Ausschuß - und Berücksichtigung der Ergebnisse der November-Steuerschätzung.

Zu den Konsequenzen aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts: Im Haushaltsentwurf 1999 betrug die Neuverschuldung 1.100.000.000 DM. Erlöse aus dem **Liegenschaftsmodell** waren in Höhe von 300 Millionen DM eingeplant. Die Kreditaufnahmegrenze gemäß Artikel 53 Landesverfassung lag bei 1.185.000.000 DM. Nach dem Beschluß des **Bundesverfassungsgerichts**, die Einnahmen aus dem Liegenschaftsmodell bis zur endgültigen Entscheidung im Normenkontrollverfahren wie Einnahmen aus Krediten zu behandeln, wurde im Haushaltsentwurf 1999 die Kreditaufnahmegrenze um rund 215 Millionen DM überschritten. Mindestens in dieser Größenordnung mußte der konsumtive Teil des Haushalts 1999 - reguläre Einnahmen ohne Kredite, Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben, Schuldendienst und nicht investive Zuwendungen - entlastet werden.

Im Haushaltsvollzug 1997 war ein Defizit in Höhe von 103,5 Millionen DM entstanden, das nach § 25 Landeshaushaltsordnung spätestens 1999 nachfinanziert werden muß. Bisher war vorgesehen gewesen, einen Teilbetrag des Defizits in Höhe von 71,6 Millionen DM bereits 1998 zu veranschlagen. Der zweite Nachtragshaushalt 1998 sieht eine Verschiebung dieser Defizitveranschlagung nach 1999 vor. 1999 müssen deshalb weitere 71,6 Millionen DM im konsumtiven Teil des Haushalts ausgeglichen werden.

Zwangsläufige Mehrausgaben sind grundsätzlich innerhalb der jeweiligen Einzelpläne ausgeglichen worden. Zusätzliche Ausgaben waren insbesondere für folgende Bereiche erforderlich:

Im Haushaltsentwurf war als Zuschuß an die GMSH zunächst grundsätzlich der bisherige Zuschußbedarf

(Ursula Kähler)

der Landesbauverwaltung in Kapitel 0508 in Höhe von 36,2 Millionen DM - 1998 waren es 49,5 Millionen DM - veranschlagt worden. Im Zusammenhang mit dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Liegenschaftsmodell ist die Gründung der **GMSH** um ein halbes Jahr verschoben worden. Für das erste Halbjahr 1999 müssen deshalb noch Einnahmen und Ausgaben der Landesbauverwaltung entsprechend der bisherigen Veranschlagungspraxis ausgewiesen werden. Für das zweite Halbjahr 1999 ist unter Berücksichtigung des Entwurfs des Wirtschaftsplans ein Zuschlag von 18,3 Millionen DM vorgesehen.

Für die Grundstücke des Landes, die in der ersten Tranche bereits Ende 1998 auf die Investitionsbank übertragen werden sollten, waren im Haushaltsentwurf 1999 keine Mittel für die Bauunterhaltung mehr veranschlagt worden. Nachdem inzwischen die Grundstücksübertragungen um ein Jahr verschoben worden sind, müssen Bauunterhaltungsmittel in Höhe von rund 3,7 Millionen DM bereitgestellt werden.

Im Einzelplan 07 sind zusätzliche Belastungen im konsumtiven Bereich in Höhe von saldiert 3,5 Millionen DM aufgrund einer Neuberechnung der Personalkostenbudgets, zur Finanzierung der Privatschulen und für die Stiftung Schloß Gottorf sowie 2 Millionen DM für die Hochschulen erforderlich.

Mit dem GMSH-Gesetz wird sich das Land verpflichten, der GMSH eine Kapitalzuführung in Höhe von 37,6 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag ist in Kapitel 0501 veranschlagt.

Nach dem bisherigen Zeitplan für das Liegenschaftskonzept sollten 1999 dringende Baumaßnahmen mit einem Volumen von 9,4 Millionen DM bereits von der Investitionsbank durchgeführt werden. Nach der Verschiebung der Liegenschaftsübertragung müssen diese Bauvorhaben noch vom Land abgewickelt werden.

Vorgeschlagen wird, für die Sanierung des Landeshaushalts - Entschuldigung, des Landeshauses; den Haushalt könnten wir auch gern sanieren - ,

(Heiterkeit)

für den Bau einer Jugendarrestanstalt Moltsfelde, für das Polizeidienstgebäude Husum, die Internatsschule Wentorf und die Munitionsräumanlage Groß Nordsee 9,7 Millionen DM bereitzustellen. Demgegenüber wird auf den Bau der Verbindungsbrücke Landtag-Finanzministerium verzichtet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit erreichen wir zwar nur eine Einsparung von 0,5 Millionen DM, aber immerhin!

Als erste Baurate für den Neubau der Landesvertretung in Berlin sind für 1999 10 Millionen DM erforderlich.

Für den Neubau des Finanzamts Kiel-Süd ist im Jahre 1999 die letzte Finanzierungsrate in Höhe von 14,1 Millionen DM zu entrichten. Nach dem bisherigen Liegenschaftskonzept sollte dieser Betrag bereits von der Investitionsbank finanziert werden. Nach der Verschiebung der Gebäudeübertragungen ist eine Finanzierung durch das Land zwingend erforderlich.

Der **Europäische Gerichtshof** hat am 22. Oktober 1998 entschieden, daß es unzulässig ist, Gebühren für die Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik zu erheben. Das Land hat demnach die in den vergangenen Jahren in Höhe von rund 1,9 Millionen DM eingegangenen Beträge mit Zinsen zurückzuzahlen. Außerdem sind im Haushaltsentwurf 1999 noch 0,8 Millionen DM an Einnahmen aus diesen Gebühren veranschlagt, die jetzt ausfallen. Der Haushalt 1999 wird durch die Entscheidung des EuGH insgesamt mit rund 3,1 Millionen DM belastet.

Für die Städtebauförderung sind zusätzlich 1 Million DM eingeplant.

Mit der Nachschiebeliste wird eine Reihe von kostenneutralen Umschichtungen vorgeschlagen, wie zum Beispiel die Veranschlagung der Gebäudebewirtschaftungskosten - Personalkosten und sächliche Verwaltungsausgaben - für die erste Tranche der auf die Investitionsbank zu übertragenden Grundstücke - diese Grundstücke werden jetzt erst mit einjähriger Verzögerung auf die Investitionsbank übertragen -, die Einführung der sogenannten Bingo-Lotterie mit Einnahmen und Ausgaben von rund 1,8 Millionen DM, Umschichtungen zwischen den Einzelplänen und dem Einzelplan 11 beim Regionalprogramm, die Senkung der Einnahmen und Ausgaben nach dem Abwasserabgabengesetz entsprechend dem voraussichtlichen Ist-Aufkommen, die teilweise Auflösung von globalen Minderausgaben und die Übernahme von Kreisstraßenverwaltungen.

Die Landesregierung schlägt für die Jahre 1999 bis 2000 ein Investitionsprogramm mit einem Volumen von zusammen rund 129,45 Millionen DM vor. Davon sollen 42,4 Millionen DM im Jahre 1999 bereitgestellt werden. Hierin sind zusätzliche Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung des Hochschulbaus“ in Höhe von 20 Millionen DM enthalten. Diesem Vorschlag ist der Finanzausschuß auch gefolgt.

(Ursula Kähler)

Mit dem **Investitionssonderprogramm** wird die Investitionsquote 1999 auf rund 11 % erhöht - von bisher 10,3 % -; im Jahre 1998 waren es übrigens 10,7 %.

Finanzierbar sind diese zusätzlichen Ausgaben aufgrund der Einnahmen aus dem Liegenschaftsmodell in Höhe von 340 Millionen DM. Die Neuverschuldung wird von 1100 Millionen DM auf rund 950 Millionen DM gesenkt. Die Kreditaufnahmegrenze in Höhe von 1.300.100.000 DM wird unter Bewertung der Einnahmen aus der Liegenschaftsübertragung an die Investitionsbank als Kredit eingehalten. Kreditfinanzierungsquote, Zinssteuerquote und Zinsausgabenquote werden wesentlich verbessert.

Zum kommunalen Finanzausgleich - wir als Finanzausschuß waren nur mitberatender Ausschuß - wird sicherlich der Kollege Maurus nachher noch ausführlich Stellung nehmen.

In die Haushaltsberatungen spielte der sogenannte Erbschaftsteuerfall hinein. Zur Erinnerung: Mit diesem Erbschaftsteuerfall fielen dem Land 175 Millionen DM - um genau zu sein: 174,6 Millionen DM - zu. Unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs verbleiben dem Land effektiv nur rund 38 Millionen DM. In den Ausschußberatungen spielte nun die Frage eine Rolle, ob - wie die Oppositionsfractionen forderten - der Finanzminister den Finanzausschuß nach § 10 Abs. 2 LHO „über erhebliche Änderungen der Haushaltsentwicklung“ hätte unterrichten müssen, weil die in der Verwaltungsvereinbarung mit 50 Millionen DM vorgegebene Grenze durch den Erbschaftsteuerfall angeblich überschritten war. Aus Zeitgründen konnte diese Frage nicht abschließend geklärt werden; die Diskussion wird im Januar 1999 fortgesetzt.

Kritisiert wurde von der Opposition der Umstand, daß der Finanzminister weder das Bundesverfassungsgericht noch aus eigener Initiative den Finanzausschuß über den Erbschaftsteuerfall unterrichtet hat.

Bekanntlich werden alljährlich zwei **Steuerschätzungen** angestellt, im Mai und im November. Die Steuerschätzung vom November dieses Jahres machte - wie alljährlich üblich - die Vorlage einer zweiten Nachschiebeliste erforderlich.

Lebhafte Diskussionen gab es im Ausschuß auch über den Termin der Verabschiedung des Haushalts 1999. Die Oppositionsfractionen verwiesen auf die nach ihrer Sicht unklare Bonner Lage - Stichworte: 620-DM-Jobs, Kindergelderhöhung, Ökosteuer - und plädierten für eine Verabschiedung des Haushalts 1999 erst nach Vorliegen zuverlässiger Daten aus Bonn. Die Koalitionsfractionen und die Landesregierung sprachen

sich für eine zweite Lesung im Dezember und damit - aus Gründen der Berechenbarkeit der Politik und der Zuverlässigkeit für die Zuwendungsempfänger -

(Thomas Stritzl [CDU]: Aha!)

für ein Inkrafttreten des Haushalts zum 1. Januar aus. Außerdem verwiesen sie darauf, daß zuverlässige Daten erst nach Verabschiedung sämtlicher einschlägiger Gesetze in Bonn und somit nicht vor Ende März 1999 vorliegen könnten, was zwangsläufig die Verabschiedung des Haushalts 1999 nicht vor April zur Folge hätte, Herr Kollege Kubicki.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle darauf, daß für die **Sanierung des Landeshaushalts** für die nächsten Jahre insgesamt ein Betrag von 34 Millionen DM vorgesehen ist.

(Lothar Hay [SPD]: Sie meinen „Landeshaus“, nicht „Landeshaushalt“!)

- Ja richtig! - Dabei umfaßt der Begriff „Sanierung“ des Landeshauses sowohl Maßnahmen wie die Erneuerung der Fenster als auch den Ausbau des Plenarsaals. Diese Modernisierung, die neben dem räumlichen auch den technischen Bereich umfaßt, kommt im Ergebnis nicht nur den Abgeordneten und der Landtagsverwaltung, sondern letztlich auch den Vertretern der Presse zugute.

Der Finanzausschuß empfiehlt mit den Stimmen der Fractionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fractionen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Gegenüberstellung anzunehmen. Weiter schlägt der Finanzausschuß vor, den Gesamtplan - Anlage zum Gesetz - in der Neufassung, die Einzelpläne des Haushalts einschließlich der Erläuterungen mit den in den Anlagen 1 bis 15 zusammengefaßten Änderungen und Ergänzungen sowie den als Anlage 16 beigefügten Änderungsvorschlag zum Haushaltsentwurf 1999 - Stellenpläne und Stellenübersichten - anzunehmen.

Außerdem schlägt der Ausschuß mit den Stimmen aller Fractionen vor, den Entschließungsanträgen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Zielvereinbarungen zwischen Parlament und Regierung im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung“, Anlage 17, und „Bündelung der Arbeit von Technologie- und Energienstiftung“, Anlage 18, zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, die diesjährige Haushaltsberatung weist die bisher höchste Zahl an Sitzungensterminen, die höchste Zahl an Beratungsunterlagen

**(Ursula Kähler)**

und die kürzeste Zeit für die Berichterstattung der Vorsitzenden des Finanzausschusses aus.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist gut!)

Vielen Dank für die diesjährige im Gesamtergebnis doch so gute Zusammenarbeit! Da schließe ich ausdrücklich Herrn Breitkopf stellvertretend für die Landtagsverwaltung ein.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Trotz der Ausschöpfung der Redezeit von 15 Minuten für die Berichterstattung erhält nun noch der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herr Abgeordneter Maurus, das Wort. Ist das Haus damit einverstanden, daß ich dafür noch fünf Minuten Redezeit zur Verfügung stelle? - Dann werden wir so verfahren. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: FAG!)

**Heinz Maurus [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des **Finanzausgleichsgesetzes** durch Plenarbeschluß vom 2. September 1998 dem Innen- und Rechtsausschuß federführend und dem Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesen. Die im Gesetzentwurf getroffenen Regelungen haben insbesondere zum Ziel, zur Entlastung des Landeshaushalts die Finanzausgleichsmasse in den Jahren 1999 bis 2004 um jeweils 50 Millionen DM zu kürzen.

Zur Vorbereitung ihrer Entscheidung führten die mit der Beratung beauftragten Ausschüsse eine Anhörung durch. Im Mittelpunkt der im Rahmen dieser Anhörung geführten Diskussion standen folgende Bereiche: erstens die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs, insbesondere die Punkte Konnexitätsprinzip, kommunale Finanzhoheit, Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung der Kommunen, zweitens Zeitraum und Höhe des Eingriffs des Landes in den kommunalen Finanzausgleich, drittens Finanzierung der Landesfeuerwehrschule, viertens Finanzierung von Mietkostenzuschüssen bei Frauenhäusern und fünftens mögliche Einsparungen durch Standardabsenkungen und Deregulierungsmaßnahmen.

Die die Regierung tragenden Fraktionen beantragten im Laufe der Ausschußberatung folgende Änderungen: Die Kürzung des Finanzausgleichs wird auf zwei Jahre beschränkt. Jährlich sollen durch Standardabsenkung und Deregulierung erzielte Einsparungen in Hö-

he von 15 Millionen DM gegengerechnet werden. Wird dieser Einsparbetrag nicht erreicht, wird der Unterschiedsbetrag aus den Jahren 1999 und 2000 im Jahre 2001 der Finanzausgleichsmasse zugeführt.

Die Entscheidung über die Finanzierung der Landesfeuerwehrschule wird vertagt. Mietkostenzahlungen für Frauenhäuser erfolgen auf der Grundlage eines einheitlichen Platzkostensatzes und einer für jedes Frauenhaus berechneten Mietkostenerstattung über den Finanzausgleich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese vorgeschlagenen Änderungen wie auch der Gesetzentwurf als solcher wurden von den Vertretern der Opposition grundsätzlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, der Innen- und Rechtsausschuß, der seine Beratungen am 2. Dezember 1998 abgeschlossen hat, empfiehlt Ihnen mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf in der rechten Spalte der aus der Drucksache 14/1825 ersichtlichen Gegenüberstellung anzunehmen. Der beteiligte Finanzausschuß schloß sich diesem Votum in seiner Sitzung am 11. Dezember mit dem gleichen Stimmenverhältnis an.

(Beifall)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? Das ist nicht der Fall.

Wird das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der CDU gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

(Widerspruch)

- Dann hat Herr Abgeordneter Hay das Wort.

**Lothar Hay [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Finanzpolitik ist kein Selbstzweck. Finanzpolitik ist eine dienende Politik. Sie dient dazu, die Instrumente, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung der politischen Ziele zu bieten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Der Erfolg oder Mißerfolg von **Finanzpolitik** hat sich daran zu messen, inwieweit es gelingt, für die Menschen in unserem Lande etwas zu erreichen. Die Debatte über die Rahmenbedingungen und Perspektiven

(Lothar Hay)

des Landes Schleswig-Holstein, die wir vor kurzem geführt haben, hat gezeigt, daß diese Landesregierung viel erreicht hat. Ich will hier nochmals einem pädagogischen Prinzip der Wiederholung folgend einige Fakten nennen. Wir haben in Schleswig-Holstein die niedrigste Arbeitslosenquote der norddeutschen Länder,

(Zuruf von der CDU: Das war schon immer so!)

das beste Ausbildungsplatzangebot aller Bundesländer und die meisten Technologiezentren zusammen mit Nordrhein-Westfalen.

Nun gilt bekanntermaßen das Wort der Regierungsfraktion nichts im Ohr der Opposition.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann man nicht sagen!)

- Kollege Kubicki, das freut mich, ich komme gern darauf zurück. - Deshalb lassen Sie mich als Gewährsmann jemanden heranziehen, der der parteipolitischen Vorteilsnahme für die SPD unverdächtig ist,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

den Präsidenten der Unternehmensverbände Schleswig-Holstein, Professor Dr. Driftmann. Dieser hat in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Start frei“ Bemerkenswertes gesagt. Ich zitiere:

„Das Erscheinungsbild der schleswig-holsteinischen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Schleswig-Holstein ist ein moderner Unternehmensstandort. Es hat sich eine umfassende mittelständisch geprägte Industrie- und Dienstleistungsstruktur entwickelt.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Trotz SPD! - Günter Neugebauer [SPD]: Dank SPD!)

„Sie sorgt für frischen Wind in Schleswig-Holstein.“

Nun kommt der bemerkenswerte Satz, den ich Ihnen gern in aller Deutlichkeit sagen möchte:

„Die Wirtschaft des Landes ist für die kommenden Herausforderungen gerüstet.“

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Meine Damen und Herren von der Opposition, legen Sie zumindest heute einmal die politischen Scheuklappen ab, und legen Sie die Axt nicht an die politischen Erfolge dieser Regierung, sondern nutzen Sie die Axt lieber - den Tagen angemessen -, für den heimischen

Weihnachtsbaum! Da gibt es ja außer dem Lübecker Stadtforst viele Möglichkeiten, wo Sie sich austoben können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich konkret auf den vorliegenden Haushalt zu sprechen kommen! Ich bin froh, daß es gelungen ist, den Haushalt noch in diesem Jahr zu verabschieden, um so den Betroffenen, den vielen Zuwendungsempfängern, der Polizei, aber auch den Schulen frühzeitig **Planungssicherheit** zu geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Mein Respekt und meine Anerkennung gilt all jenen, die dies in teilweise akribischer Kleinarbeit und nächtlichen Sitzungen möglich gemacht haben.

Leider - das kann ich jedes Jahr sagen; ich hoffe, daß es nächstes Jahr einmal anders wird - intoniert die CDU auch in diesem Jahr wieder die Litanei von einer Verschiebung der Haushaltsberatung. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie inszenieren hier eine Politik à la Dr. Jekyll und Mr. Hyde. Während der brave Dr. Jekyll alias Martin Kayenburg hier im Lande beklagt, der Haushalt wäre ohne ausreichende parlamentarische Beratung durchgepeitscht worden,

(Holger Astrup [SPD]: Wie immer!)

wettet sein Alter ego, Mr. Hyde, alias Dietrich Austermann in Bonn, die Bundesregierung würde die Verfassung brechen und zusätzliche Arbeitslosigkeit schaffen, weil sie den Haushalt noch nicht zur Beratung vorgelegt hat.

(Thomas Stritzl [CDU]: Beides stimmt!)

Aber nicht nur die Diskussion über den Zeitpunkt, auch die von Ihnen ins Spiel gebrachten Inhalte sind an mancher Stelle abenteuerlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lieber Kollege Kubicki, es ist schon bemerkenswert, daß sich die F.D.P. von der Partei der Selbständigen und Besserverdienenden zu einer Beamtenpartei gewandelt hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Versuchen Sie uns doch in der Debatte um die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer nichts vorzumachen: Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages hat 1996 - schade, daß Dr. Klug nicht da ist - eindeutig festgestellt, daß Beamte nur für hoheitliche

(Lothar Hay)

Aufgaben wie etwa Finanzverwaltung, Polizei oder Justiz eingesetzt werden sollten. Ähnliches ist von der Enquetekommission zur Entbürokratisierung in Schleswig-Holstein festgestellt worden. Insofern weiß ich, daß ich natürlich immer auch die Unterstützung des Landesrechnungshofes habe.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Schauen wir mal, was im Jahr 2000 passiert!)

Ich habe in der laufenden Diskussion von niemandem aus der Opposition gehört, Lehrer würden hoheitliche Aufgabe wahrnehmen. Wenn das aber nicht so ist, wo wollen Sie dann die Grenze bei der Verbeamtung ziehen? Warum sollten dann nicht, wenn ich Ihrem Ansatz folge, auch alle Fahrer, Reinigungskräfte oder Pförtner im Landesdienst verbeamtet werden?

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja!)

Ihr Vorstoß hat doch allein das Ziel einer kurzfristigen **Haushaltsentlastung** ohne Rücksicht auf die Belastung durch künftige Pensionszahlungen, die wir zukünftigen Generationen überantworten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Warum folgen Ihnen andere Länder nicht? Warum folgt Ihnen Niedersachsen nicht?)

Sie können davon ausgehen, daß Schleswig-Holstein auf Bundesebene schon in vielversprechenden Gesprächen darüber ist, daß der schleswig-holsteinische Weg auch von anderen nachvollzogen werden kann. Oder glauben Sie allen Ernstes, daß Bonn nicht genauso merkt, wie drückend die Last der Pensionszahlungen ist?

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich: Wir Sozialdemokraten fordern eine Beteiligung der Beamten an den Pensionslasten. Das gilt auch für Abgeordnete und Minister.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Das machen Sie doch schon! - Thomas Stritzl [CDU]: Schröder hat den Kurs extra gewechselt!)

Wenn man das will, kann man das machen. Aber es ist aus meiner Sicht schon reichlich perfide, das - ich zitiere Sie, Herr Kayenburg und Herr Stritzl - zu bezeichnen als einen Weg, der zu Solidität zurückführen werde. Das halte ich für ein Auf-die-Spitze-Treiben der Haushaltsakrobatik. Das wollten Sie mit einer Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte und Angestellte auf 40 Stunden verknüpfen. Hieraus wollten Sie

angeblich 70 Millionen DM in die Landeskasse spülen. Da muß ich fragen: Wie gehen Sie mit Menschen um, mit der Mehrarbeit, die hier geleistet wird? Sie können doch nicht einfach Arbeitskräfte nach Hause schicken. Es gibt doch noch Kündigungsschutzbestimmungen beziehungsweise Unkündbarkeit. Herr Stritzl, dies ist kein Finanzkunststück mehr, sondern eine Clownerie.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Das zum Thema Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeiter!)

Von diesem finanzpolitischen Taschenspielertrick einmal abgesehen, zeigt dieser Vorschlag, daß Sie auch arbeitsmarktpolitisch über keinerlei Rezepte verfügen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]:  
Wir wissen, daß Sie es besser wissen!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, **Arbeitszeitverlängerungen** sind angesichts von vier Millionen Erwerbslosen sicherlich das am wenigsten geeignete Rezept.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Warum hat Simonis das bei den Beamten gemacht?)

Es war für uns eine bittere Pille, die gemachten Zusagen bei der befristeten Arbeitszeitverlängerung für Lehrerinnen und Lehrer nicht umsetzen zu können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bittere Pille nach falschem Rezept!)

Ich unterstütze ausdrücklich Ute Erdsiek-Rave, unsere neue Bildungsministerin, in Ihrem Kurs, die da sagt: Die Belastungsfähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land ist überschritten. Ich bin dankbar, daß sie Wege gehen will, diese Belastung schrittweise zurückzuführen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Sie wollte verbeamtet, oder nicht?)

Wenn Sie hinter diese Linie zurückfallen wollen, meine Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, lassen Sie sich eines gesagt sein: Die aus der Demotivation entstehenden Qualitätsverluste werden Sie durch Ihre bloße Quantitätserhöhung niemals wieder hereinholen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie demotivieren doch!)

(Lothar Hay)

Ich bin froh, daß diese Landesregierung einen sehr viel praxisnäheren Kurs fährt, mit dem es gelungen ist, zum Beispiel durch die Schaffung von Arbeitszeitkonten den Einstieg in eine größere Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu finden. Zudem werden wir gemeinsam mit den Gewerkschaften die vorhandenen Instrumente zur Altersteilzeit kontinuierlich weiterentwickeln.

Lassen Sie mich auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, den ich den Anträgen von CDU und F.D.P. entnommen habe: die Abschaffung aller Beauftragten mit Ausnahme des Datenschutzbeauftragten - dieser ist gesetzlich vorgeschrieben!

Ein solcher Vorschlag ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die sich auf dem Gebiet der Frauenförderung, der Arbeit im deutsch-dänischen Grenzgebiet oder der Minderheitenpolitik für die Ziele unserer Verfassung engagiert haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich deshalb, daß die Reaktion auf Ihren Vorschlag von eben diesen Gruppen, die betroffen sind, sehr deutlich ausgefallen ist - bis hin zu der Reaktion des Bundes deutscher Nordschleswiger, der der CDU-Fraktion gegenüber sein Unverständnis ausgedrückt hat.

Wir alle sprechen von den in Stein gehauenen Haushalten. Meine Fraktion hat sich deshalb mit ihren Anträgen auch nicht des großen Meißels bedient, sondern es beim Herausbrechen von kleinen Mosaiksteinen belassen.

Wir haben dabei den Schwerpunkt auf die Zukunft unseres Landes, auf die Vermehrung des Wissens, auf die **Bildungspolitik** gelegt. An der Bildungspolitik entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Und: Schleswig-Holstein hat eine positive Zukunft.

(Ursula Röper [CDU]: Keine Lehrerstellen mehr!)

Wir haben gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insbesondere den Mitteleinsatz zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls um eine weitere Millionen DM aufgestockt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Unsere Leitlinie heißt hier wie auch an anderer Stelle: So viel Eigenverantwortung wie möglich, insbesondere durch eine dezentrale Mittelverwaltung!

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Eigenverantwortung** gilt im übrigen auch für die Schulwahl. Wir haben in der letzten Plenartagung eine Debatte dazu geführt. Unser Ziel ist die Weiterentwicklung des viergliedrigen Schulsystems, bei dem alle Schularten gleichberechtigt sind. Wir Sozialdemokraten werden die Eltern nicht vor den geschlossenen Zugtoren eines Burgfriedens stehenlassen. Für uns ist und bleibt bei der Schulwahl der Elternwille entscheidend.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Anträge liegt in der Unterstützung des Strukturwandels, insbesondere des Wandels der ehemals vom Marineschiffbau geprägten Werftindustrie hin zu innovativen Unternehmen der Meerestechnik.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle auch ein deutliches Wort zu den Grenzen der Landesfinanzpolitik sagen. Es ist langfristig unmöglich, gegen internationale Kapitalströme, gegen massive Währungsvorteile zum Beispiel auf seiten koreanischer Werften Strukturpolitik zu machen. Hier kommt aus meiner Sicht erschwerend hinzu, daß die Regeln des internationalen Währungsfonds von Korea mißachtet werden.

Deshalb muß mit der Gewährung weiterer **Wettbewerbshilfen** die Erarbeitung eines Strukturkonzeptes für eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung der maritimen Industrie einhergehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wenig Finanzpolitik an den Grenzen haltmacht und wie weit Schleswig-Holstein bei der Akquisition auch auswärtiger Finanzmittel ist, zeigt das wachsende Engagement europäischer Institutionen in unserem Land.

Es ist ein großer Erfolg der Landesregierung, daß sich nunmehr auch die **Europäische Investitionsbank** mit 10 Millionen DM am gemeinsamen Risikokapitalfonds von Hamburg und Schleswig-Holstein beteiligen wird. Damit wird in die öffentliche Seite dieses Public Private Partnership erstmals auch die europäische Ebene eingebunden. Diese internationale Kooperation ist vor dem Hintergrund der anstehenden Infrastrukturmaßnahmen aus meiner Sicht entscheidend. Entscheidungen wie jene über die Querung des Fehmarnbells kann ein Landshaushalt niemals allein tragen. Deshalb brauchen wir Partner. Die mögliche Bereitschaft der Europäischen Investitionsbank, hier

(Lothar Hay)

als Partner zur Verfügung zu stehen, ist für mich ein wichtiges Signal und ein weiterer Schritt hin zur Realisierung der Fehmarnbeltquerung.

Noch ein Wort zu den Zukunftsinvestitionen! Frau Kähler hat in ihrem Bericht bereits darauf hingewiesen: 130 Millionen DM schwer ist das Programm „Arbeit, Bildung und Innovation“, ein Paket, durch das die Zukunftschancen des Landes Schleswig-Holstein für das kommende Jahrhundert verbessert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es sind nur Umschichtungen!)

Dieses Programm wird einer der schleswig-holsteinischen Bausteine für ein regionales „**Bündnis für Arbeit**“ sein, denn damit werden die vorhandenen Beschäftigungsimpulse zum Beispiel im Bereich der regenerativen Energien wie Solartechnik und Biomasse weiter verstärkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Unterschiede zwischen den Oppositionsfraktionen und den Sozialdemokraten werden außer bei regenerativen Technologien auch bei anderen Technologien sichtbar, auf die Sie setzen. Noch in ihrem Antrag zur Zukunft Schleswig-Holsteins im 21. Jahrhundert fordert die CDU eine stärkere Förderung der wehrtechnischen Industrie. Meine Damen und Herren, darauf wissen Sozialdemokraten eine klare Antwort: Die einzigen Panzer, auf die wir setzen, sind diejenigen der heimischen Krabben, wenn wir sie in Büsum zur Chitosan-Gewinnung einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den Bayern das Zusammenspiel von Laptop und Lederhose ist, das ist bei uns der Mix von Plattdeutsch und High-Tech. Und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur Entnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich sagen. Dies ist den Sozialdemokraten schwergefallen. Wir haben uns nunmehr auf einen Kompromiß verständigt, der die ursprüngliche Entnahme von 300 Millionen DM auf zweimal 50 Millionen DM begrenzt, 1999 und 2000. Danach ist für die SPD definitiv damit Schluß!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt, das stimmt!)

Sicherlich tut den Kommunen auch die Entnahme von zweimal 50 Millionen DM weh. Aber da sich erstens die **Steuereinnahmen der Kommunen** gegenüber denen des Landes überproportional entwickelt haben und, wie wir gerade den letzten Meldungen entnehmen konnten, weiter entwickeln werden und da sich zweitens der Anteil der Leistungen an die Kommunen aus dem Landeshaushalt seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD von 22,8 % auf 27,7 % erhöht hat, bitten wir die Kommunen hierfür um Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer etwas abgewandelten alten Bauernregel abschließen

(Thomas Stritzl [CDU]: Oh!)

- sie ist auch für einen Städter interessant, Herr Stritzl -: Um zu säen, muß man Gräben ziehen; um zu ernten, muß man die Gräben wieder zuschütten.

Ich würde mir wünschen, wir würden dieser Regel auch bei den Haushaltsdebatten etwas mehr Beachtung schenken.

(Beifall bei SPD und F.D.P. sowie des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ich glaube, dann würden wir mehr ernten als nur - dies war in der Vergangenheit in erster Linie der Fall - Worthülsenfrüchte.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Oppositionsführer Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Hay, eines haben Sie kapiert: Angriff ist die richtige Verteidigung. Nur, bei Ihnen ist vieles danebengegangen. Und sich nur auf nette Bilder zu stützen, scheint mir doch zu wenig zu sein.

(Unruhe bei der SPD)

- Sie wissen genau, daß diese Sitzung heute kein Weihnachtsgeschenk ist; im Gegenteil, sie hat auch keine Überraschungen gebracht. Aber die tauben Nüsse, die wir erwartet haben, sind in der Tat vorgelegt worden.

Am vergangenen Freitag hat der Bundesrat dem

(Martin Kayenburg)

**Steuerentlastungsgesetz 1999**, einem ersten Vorläufergesetz, zugestimmt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch Schleswig-Holstein!)

Damit ist doch das richtig, was hier in der letzten Debatte gesagt wurde: Der Haushalt ist zunächst verfassungswidrig. Ob er am 19. März geheilt werden wird, bleibt abzuwarten. Wir gehen jedenfalls davon aus, daß heute mit der Mehrheit von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und - ich vermute das einmal - auch des SSW einem **Haushalt** zugestimmt wird, von dem bereits vor der Beschlußfassung bekannt ist, daß er nicht ausgeglichen sein wird. Damit kommen Sie Ihren parlamentarischen Pflichten nicht nach.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Grundsatz der Vollständigkeit ist zumindest verletzt. Denn Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 der Landesverfassung fordert: Der Haushalt ist in Einnahme und Ausgabe auszugleichen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ist er doch!)

- Daß Sie das nicht kapieren, Herr Neugebauer, ist nichts Neues. - Dies stimmt seit dem 18. Dezember nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen hätten Sie sich einmal bei Ihrem Finanzminister erkundigen sollen. Der weiß das nämlich längst. Wenn Sie in der Finanzausschußsitzung am 10. Dezember zugehört hätten, wäre das für Sie auch nichts Neues gewesen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ich war dabei! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nur physisch!)

Der Haushalt 1999 bietet alles andere als eine Zukunftsperspektive für unser Land. Dabei hat Frau Simonis doch erst vor wenigen Tagen über Perspektiven gesprochen. Nur, damals gab es schon, bis auf ganz wenige Punkte, keine positiven Ansätze. Und dieser Haushalt heute beweist: Die Landesregierung hat auch keine Perspektiven.

Wegen der Bedeutung des Haushalts für die Zukunft unseres Landes haben wir eine langfristige Strategie entwickelt und gemeinsame Problemlösungen vorgeschlagen. Wir wissen, daß dieser Weg richtig war. Frau Simonis hat dem nichts weiter entgegenzusetzen, als für das Jahr 2000 Problemlösungen anzubieten, weil sie genau weiß, daß ihre Regierungspolitik inzwischen gescheitert ist.

Wir schaffen mit unseren Vorschlägen Grundbedingungen für mehr Arbeitsplätze. Ihre Parteien, Frau

Simonis, Herr Hay und auch Frau Fröhlich, haben während der letzten Jahre durch Ihre Blockadepolitik im Bundesrat verhindert, daß die bundespolitischen **Rahmenbedingungen** für mehr **Arbeitsplätze** besser wurden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nun wirklich der letzte Quatsch!)

Die CDU/CSU- und die F.D.P.-Fraktion hatten Vorschläge zur Abstimmung gestellt, die überwiegend auch die Anerkennung der Experten fanden. Dies hat Sie damals aber nicht von Ihrer **Blockadepolitik** abgehalten. Somit haben Sie die schlechte Ausbildungsplatzsituation mit zu vertreten. Auch heute sind Sie, nachdem Sie in Bonn die Regierung stellen, offenbar nicht bereit, auf den Sachverstand der Steuer- und Wirtschaftsexperten der Bundesrepublik zu hören. Jedenfalls sind Vorschläge einer Regierung, was den Haushalt und die Steuerpolitik angeht, noch niemals so verrissen worden wie die von Schröder und Lafontaine.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch dies, meine Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben: Der Wähler beginnt langsam zu begreifen, daß Sie das, was Sie den Familien über das Kindergeld geben, über die Ökosteuer, über die Abschaffung des Ehegattensplitting, über die Halbierung des Sparerfreibetrages und wahrscheinlich auch über die Änderung bei den 620-DM-Jobs wieder nehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wenn Sie mir nicht glauben, Frau Fröhlich, dann schauen Sie doch in die „FAZ“. Dort wird es Ihnen vorgerechnet: Der Entlastung von 280 DM steht eine Belastung von 301 DM gegenüber. Nach Adam Riese ist das ein Minus von 21 DM und kein Plus. Und das muten Sie dem Wähler zu!

(Beifall bei der CDU)

Die Regelung ist unausgewogen, sie ist zum Schaden der Arbeitnehmer, zum Schaden der Wirtschaft und zum Schaden der Staatsfinanzen. Es ist sicher: Der Bürger wird am Ende des nächsten Jahres weniger in der Tasche haben als heute. Das heißt: Es wird nichts mit der Kaufkraft. Im übrigen ist der Ansatz ja auch wirtschaftspolitisch falsch, wonach Sie eine Kaufkraftanhebung gegen die Meinung der meisten Fachleute für stark konjunkturwirksam halten. Was werden denn die Wenigen tun, bei denen eine Kaufkraftanhebung zu verzeichnen sein wird? Sie werden

(Martin Kayenburg)

nach Mallorca reisen. Sie werden Importprodukte kaufen,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie werden wieder ihre Häuser renovieren!)

das heißt, das Geld geht in den Export, und es ist wieder nichts mit der Ankurbelung der **Konjunktur** im Binnenland. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Nicht nur auf den Bürger, sondern auch auf die Unternehmen des Landes kommen zunächst höhere Lasten zu. Das Steuerentlastungsgesetz ist ein Programm für weniger Investitionen und mehr Arbeitslosigkeit. Ihre Absicht, Ansparabschreibungen, Teilwertabschreibungen und anderes jetzt zu streichen, die Entlastungen in den Steuertarifen aber erst 2002 einzuführen, ist doch das Hinterhältige der Verfahrensweise. Dies wird die Unternehmen sehr belasten. Deswegen sind die Proteste begründet, sowohl, was die Gefährdung der Arbeitsplätze anbelangt, als auch, was die Belastungen aus den Steuern und schließlich auch was die der Belastungen der Ökosteuer anbelangt. Aber da ist mit Ihnen ohnehin nicht zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Unausgegoren ist außerdem der Plan zur **Senkung der Einkommen- und Körperschaftsteuer**. An einer Stelle steht in dem Gesetzentwurf, daß die Unternehmenseinkünfte höchstens mit 35 % besteuert werden sollen; an anderer Stelle werden 43 % genannt, und 35 % sind nur noch eine Zielvorgabe. Wie Sie das ganze zusammen mit Ihrer Absicht, die privaten Einkünfte mit 48,5 % zu besteuern, verfassungskonform gestalten wollen, müssen Sie mir erst noch einmal erklären. Zumindest werden Sie erhebliche Abgrenzungsprobleme beispielsweise im Bereich der freien Berufe bekommen.

Glauben Sie wirklich, Herr Möller, daß ein solches System verfassungskonform ist? Im Bundesrat müßten Sie nämlich auch für Schleswig-Holstein zustimmen. Wollen Sie wirklich die **Grenze der Verfassungsmäßigkeit** testen? Sie haben oft genug gemerkt, wie das ist, und Sie sollten wenigstens hierbei klug sein und sich zurückhalten.

Die von Bonn ausgehenden Verunsicherungen führen außerdem - auch das sollten Sie bestätigen - zu einer Zurückhaltung inländischer und ausländischer Unternehmer bei **Investitionen in Deutschland** und auch in Schleswig-Holstein. Hinzu kommt, daß deutsches Kapital massenhaft ins Ausland abwandert. Die Lei-

stungsträger sind verunsichert. In den Steuerkassen dürften Ihnen, Herr Möller, dauerhaft Milliarden fehlen, und wir in Schleswig-Holstein sind an diesen Steuerausfällen beteiligt.

Was ist eigentlich mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Clement, der genau zu diesem Komplex gesagt hat: Alles, was jetzt passiert, kostet mich 400.000 Jobs? Ich frage Sie, Frau Simonis: Wie sehen die Konsequenzen aus dem Chaosladen Bonn für Schleswig-Holstein aus? Wieviel Jobs kostet das das Land Schleswig-Holstein? So gut rechnen wie Herr Clement sollten Sie allemal können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will versuchen, die Katastrophe für den Haushalt wenigstens stichwortartig zu quantifizieren.

Der Wegfall der Pauschalbesteuerung bei den **620-DM-Jobs** wird einen Ausfall von 60 Millionen DM für den Haushalt erbringen. Die Erhöhung des **Kindergeldes** bedeutet nach Ihren eigenen Aussagen, Herr Möller, 87 Millionen DM weniger.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Absenkung der Steuersätze bei der **Einkommensteuer** belastet uns im Entstehungsjahr mit mindestens 40 Millionen DM. Alles zusammen bedeutet dies ein Haushaltsloch von 180 Millionen DM für Schleswig-Holstein, das Herr Möller am letzten Freitag im Bundesrat mit beschlossen hat, Frau Heinold. Die möglichen Kompensationen sind mehr als vage, Herr Möller. Das wissen Sie genau. Sie sind bis heute auch nicht quantifiziert worden. Wir warten noch immer auf Ihre Zahlen. Erklären sie mir doch einmal, wie Sie das neue Haushaltsloch noch ohne eine Überraschungsschenkungs-Steuer stopfen wollen?

Wir jedenfalls sehen keine Möglichkeit. Ich frage Sie wirklich, wo denn da Ihre Verantwortung für dieses Land bleibt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber auch im Lande selbst tun der Minister und die Regierung nichts, um den Haushalt nachhaltig zu sanieren. Seit langem fordern wir eine strikte Zurückführung der **Nettoneuverschuldung**. Gelegentlich haben wir dabei sogar - das möchte ich überhaupt nicht verschweigen - verbale Zustimmung bekommen. Aber als es dann um Taten ging, war mal wieder nichts mehr.

Wir brauchen aber nicht nur die Senkung der Nettoverschuldung, Herr Minister, sondern den **Schuldenabbau** insgesamt. Da haben Sie bis heute nichts

**(Martin Kayenburg)**

vorgelegt, was dem dienen könnte. Daß das möglich ist, machen uns ja andere Staaten Europas vor. Schauen Sie doch nur einmal nach Irland. Insofern ist das keine utopische Forderung, sondern nur Ausfluß einer sachgerechten Haushaltspolitik.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wer hat denn in Deutschland bis vor einem Monat regiert? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bis vor zwei Monaten!)

Die Rückführung der Verschuldung, Herr Neugebauer, ist eine wesentliche Bedingung für neue Handlungsspielräume. Das wissen Sie doch genau. Wo sind denn die Handlungsspielräume bei Zinszahlungen von 1,8 Milliarden DM und bei einer Nettoneuverschuldung von 1,3 Milliarden DM!

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das bedeutet doch im Klartext: Wir leben von der Substanz. Das ist die Wahrheit in diesem Land.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun wollen wir doch auch nicht verschweigen, daß Sie dabei ja noch ein Riesenglück haben. Die **Zinsen** sind so niedrig wie nie. Das ist auch der Grund dafür, daß die Finanzierungslücke zur Zeit nur eine halbe Milliarde DM beträgt. Sie selbst aber rechnen doch schon im Jahr 2000 mit einem Zinsanstieg, da sich die Entlastungseffekte aus der Umschuldung von Altschulden schrittweise verringern werden. Auch rechnen Sie mit einem Anstieg der Gesamtverschuldung bis zum Jahr 2002 auf 33,7 Milliarden DM. Auch dies wird steigende Zinsausgaben bringen, Herr Minister.

Die Schere zwischen Nettoneuverschuldung, die ja verfassungsrechtliche Grenzen hat - was Ihnen vom Bundesverfassungsgericht auch aufgezeigt worden ist -, und den Zinsausgaben wird immer weiter auseinanderklaffen. Das zementiert unseren Haushalt für die Zukunft und beschneidet jeglichen Handlungsspielraum.

Wir haben deswegen die Überprüfung aller Ausgaben auf ihre Notwendigkeit gefordert. Dabei wird es sicherlich für manchen - das gestehe ich zu - schmerzhafte Eingriffe geben. Wir können aber nicht so weiter konsumieren, weil wir uns damit unsere Zukunft verbauen.

(Beifall bei der CDU)

Sicherlich ist vielen vieles lieb geworden, aber nicht alles muß sein. Immer wieder argumentieren Sie mit gebundenen Ausgaben, Herr Möller, die keine freie Finanzspitze mehr zuließen. Aber haben Sie diese sogenannten gebundenen Ausgaben jemals einzeln auf

den Prüfstand gestellt? Haben Sie die Struktur der Bindung analysiert? Haben Sie hinterfragt, wie diese sogenannte Bindung gelöst werden kann? Wir fordern Sie seit langem dazu auf. Geschehen ist jedoch wieder einmal nichts.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Dazu gehört, Herr Neugebauer, auch die gesamte **Strukturreform**. Wenn Sie einmal in Ihren mittelfristigen Finanzplan schauen, werden Sie feststellen, daß auch da bisher so gut wie nichts passiert ist.

Was ist eigentlich mit der vielgepriesenen **grenzüberschreitenden Zusammenarbeit** zwischen Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern? Dabei könnten Sie nun wirklich kostensparende Synergieeffekte herbeiführen. Wir haben Ihnen in unserem Antrag einige Vorschläge gemacht. Wir haben sie bisher - das gestehe ich ein - nicht quantifiziert

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja!)

- nun warten Sie doch einmal ab -, da es bei einigen Organisationen auch zu früh wäre. Ich erinnere dabei nur an die Wasserschutzpolizei - übrigens auch ein Vorschlag von der CDU, der jetzt von Herrn Wienholtz, was die Coast-Guard angeht, übernommen wurde.

Synergieeffekte im zweistelligen Prozentbereich sind durch die aufgeführte Zusammenarbeit zum Beispiel der Statistischen Landesämter, der Verfassungsschutzbehörden, der Katasterverwaltungen, des Datenschutzauftrags, der Denkmalpflege möglich. Darüber hinaus würden diese Einsparungen aus Synergieeffekten mindestens 10 Millionen DM für den Haushalt möglich machen. Bei Ihnen gibt es aber keinen Ansatz, keine Prüfung, nichts dergleichen.

Vergleichbare Einsparpotentiale gibt es bei einer verstärkten Zusammenarbeit von Einrichtungen innerhalb des Landes, wie bei Laboren, Stiftungen, dem Landesbesoldungsamt als Dienstleister für andere Träger öffentlicher Verwaltung. All dies läßt diese Regierung ungenutzt.

Darüber hinaus gibt es Aufgaben, die das Land ausübt, die aber nicht zu den originären Verwaltungsaufgaben gehören und deren Defizite bei einem privatwirtschaftlichen Betrieb wohl kaum entstehen würden, wie zum Beispiel die Verwaltung des Kieler Schlosses mit dem Veranstaltungsmanagement, wie der Munitionsräumdienst, das Amt für Eichwesen und die Eichämter. Warum nutzen Sie diese Einsparpotentiale eigentlich nicht, Herr Möller?

(Martin Kayenburg)

Weiter möchte ich an dieser Stelle sagen: Auch alle Beauftragten gehören auf den Prüfstand. Nur wenige haben ein eigenständiges Existenzrecht. Ich möchte hier aber gern unterstreichen, daß gerade die Arbeit des **Minderheitenbeauftragten** eine hervorragende Arbeit ist, daß wir aber aus grundsätzlichen Erwägungen - auch wenn hier das Ehrenamt im Vordergrund steht - alle Beauftragten überprüfen wollen und müssen. Dies ist konsequent und gerecht auch gegenüber den anderen erwähnten Beauftragten.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Allerdings kann man diese Aufgaben auch anderweitig zuordnen, man kann sie auflösen und den puren Wildwuchs beschneiden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Nein, Herr Hentschel, ich gestatte keine Zwischenfrage. Einen besonderen Beweis für die Wirkung des Parkinsonschen Gesetzes, Herr Hentschel, finden wir ja nun beim **Datenschutz**. Damit ich da nicht mißverstanden werde: Wir halten den Datenschutz für wichtig, und wir wollen ihn. Aber eine Steigerung im Personalhaushalt um 6,1 % ist bei einem so engen Haushalt nach meiner Auffassung jedenfalls unvertretbar und nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Hier muß Ihre Aufgabenkritik ansetzen, Herr Neugebauer.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie doch gewollt!)

Auf die Gutachtenflut möchte ich überhaupt nicht hinweisen, auch nicht im Hinblick auf die **Leukämie-studie**, bei der Herr Möller ja schon selbst Rückzugsgefechte führt. Im übrigen müßte diese Arbeit in den Ministerien und nicht außerhalb der Ministerien geleistet werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier ist ebenso versagt worden wie im Personalmanagement, wo Einsparpotentiale, die wir in der Vergangenheit vorgeschlagen haben, nicht genutzt wurden. Ich denke da an die Kosten für **Informationstechnik**. Wir haben die Ansätze für zu hoch und den Einkauf für zu teuer gehalten. Sie haben das bestritten. Heute kürzen Sie aber eben um diese 5 %, die wir immer gefordert haben.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das gleiche gilt für Kürzungen bei den **Sachausgaben** der Hauptgruppe 5 oder für die **Zuweisungen und Zuschüsse** mit Ausnahme der Investitionen in der Hauptgruppe 6. Dort bleiben 1,35 Milliarden DM, die auf ihre Effektivität hin überprüft werden müßten. Daß Sie in Ihrer Auffassung ähnlich liegen, Herr Möller, haben Sie nach meiner Meinung deutlich gemacht. Ich zitiere aus Ihrem Umdruck 14/2805, in dem Sie sagen: „Die 1999 vorgesehenen sächlichen Verwaltungsausgaben sind unter Berücksichtigung der Deckungsfähigkeiten deshalb trotz der Ökosteuern auskömmlich.“ Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Sie haben also die Chance gehabt einzusparen, und Sie haben es nicht gemacht. Das ist doch die Wahrheit.

Im übrigen sollten Sie auch einmal die Ausgaben für **Sozialhilfe** kritisch hinterfragen. Durch Programme wie „Arbeit statt Sozialhilfe“, durch strengere Mißbrauchsprüfungen, durch restriktive Bewilligungen einmaliger freiwilliger Leistungen und durch weitere Maßnahmen haben die Kommunen ja gezeigt, was an Einsparungen möglich ist. Ich vermisste aber Ihre Aufforderungen, die des Landes, an die Kommunen, daß alle so handeln, denn Sie sind ja immerhin mit 39 % an diesen Kosten beteiligt. Auch hier gäbe es nach meiner Meinung ein hohes Einsparpotential, das von Ihnen nicht wahrgenommen worden ist.

Der größte Bereich an Einsparungen ist natürlich dort, wo Sie Ihre größten Ausgaben haben, ich meine die **Personalkosten**. Mit 40 % ist die Quote der Personalkosten viel zu hoch. Personalausgaben kann man auf vielfältige Weise einsparen. Deswegen möchte ich noch einmal auf die **Entbeamtung** zurückkommen, Herr Hay! Wir haben entsprechende Vorschläge gemacht. 50 Millionen DM sind einzusparen. Dafür können wir 300 neue Lehrerstellen einsetzen, unberührt bleiben davon die 135 Lehrerstellen, die aus dem Gesamtschulbereich kommen müssen. Aber wir haben die Chance, 20 Millionen DM nachhaltig in die vorgeschriebene Pensionsrücklage einzubringen, verpaßt. Damit wäre die Finanzierung sichergestellt. Damit hätten wir eine Entlastung für die Zukunft herbeigeführt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und wir hätten vor allem ab dem Jahr 2016, wenn Sie vor dem Chaos stehen, in der Tat einen Fonds, über den wir den Haushalt nachhaltig entlasten könnten.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie haben doch unseren Vorschlag bekämpft!)

- Im übrigen, Herr Neugebauer, könnten wir zum Beispiel auch die **Eingangsbesoldung der Lehrer**

(Martin Kayenburg)

senken und dadurch zusätzliche Mittel erwirtschaften. Wir können aber auch - auch das haben wir gefordert - zusätzliche Ministerien zusammenlegen, überflüssige Stellen von Staatssekretären abschaffen, Abteilungen zusammenlegen, Reduzierungen in Ministerbüros vornehmen. Es gibt einen ganzen Strauß an Möglichkeiten.

Wenn ich darüber hinaus die **40-Stunden-Woche** noch einmal anspreche, so ist dies für uns nur eine Frage der Gerechtigkeit, Herr Hay. Es gibt doch inzwischen bei den Angestellten und Arbeitern eine andere Stundenzahl als bei den Beamten. Hier geht es darum, daß wir gleich und gerecht behandeln. Das heißt, hier müssen wir zunächst einmal für Gleichheit sorgen.

Wenn wir darüber hinaus die 40-Stunden-Woche fordern, dann ist es Ihre Aufgabe, mit den Gewerkschaften darüber zu reden, daß auch in diesem Bereich ein Gleichgewicht zustande kommt.

(Beifall bei der CDU)

Bisher wurde nichts dergleichen getan.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit einer Initiative der CDU-regierten Länder in der Tarifkommission? - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Die Initiative können Sie haben, Herr Hentschel; aber leider liegt die Verhandlungsführung bei Ihnen. Ich bin gespannt, wie Sie diese Initiative dann umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Unabhängig davon haben wir Mittel eingestellt, die arbeitsrelevant sind für die Förderung von **Baumaßnahmen** im Schul- und Sportstättenbereich.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Das gleiche gilt bei der Dorferneuerung, bei der Altlastensanierung und beim Bau eines Innovations- und Gründungszentrums für Biotechnologie. Das alles sind ganz konkrete Maßnahmen, die mit diesem Haushalt zu finanzieren sind und die Arbeitsplätze schaffen würden. Das ist der entscheidende Punkt.

Im übrigen lehnen wir die Schwächung der **Technologie** ab, die in den vergangenen Jahren als Vermittler von Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen hervorragend gewirkt hat.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine gute Idee! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese

Forderung haben wir doch bereits durchgesetzt!)

- Ich komme darauf noch zurück, liebe Frau Fröhlich. 7,5 Millionen DM sind irgendwo verschwunden; es gibt eine gute Idee dabei, das will ich gern sagen: Sie stecken 3 Millionen DM in die Förderung der Clusterbildung in der Mikroelektronik. Ich verstehe gar nicht, daß Sie da zugestimmt haben; einen solchen Vorschlag hätten wir immer mittragen können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Endlich!)

Das Hinterletzte bei der Geschichte aber ist das, was Sie, Herr Hentschel, mit der Rückführung machen. Sie führen zweimal 7,5 Millionen DM zurück; ich halte es für eine Frechheit, daß das dann im Programm „Innovation schafft Arbeit“ steht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist was dran! - Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Erst nehmen Sie 15 Millionen DM heraus, und dann führen Sie zweimal 7,5 Millionen DM zurück. Das genau ist Ihr Programm „Innovation schafft Arbeit“!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Durch einen solchen Umwegverkehr werden Sie keine Haushaltssanierung zustande bringen.

Ich darf im Ergebnis zusammenfassen, Herr Möller: Sie haben im Grunde versucht, mit diesem Haushalt vor Weihnachten Geschenke zu machen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und das nicht zu knapp!)

aber die Finanzierung überlassen Sie dem Osterhasen. Das ist Ihre Haushaltspolitik, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir dagegen haben sachgerechte Vorschläge zum Beispiel im **Bildungsbereich** gemacht, wo es um **Investitionen** geht. Wir wollen die Informationstechnik bei den Hochschulen ausbauen, und wir wollen im Schulbereich das Programm „Schulen ans Netz“ forcieren, und zwar nicht nur für die Schüler, sondern auch mit einer spezifischen Weiterbildung für die Lehrkräfte.

Wir wollen mit diesen Positionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Jugend investieren.

Auch im Bereich der **inneren Sicherheit** handeln Sie nicht; auch da bleibt es nur bei Ankündigungen. Das Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger ist subjektiv und objektiv hoch. Deswegen sind wir für Investitionen in

(Martin Kayenburg)

diesem Bereich, für Personal und für Aufklärung und Prävention.

(Holger Astrup [SPD]: Und deshalb haben wir auch unsere guten Ideen!)

Herr Astrup, wir stellen Mittel bereit zur Stärkung unserer **Justiz**. Wir fordern nicht nur den Erhalt des **Amtsgerichts Bad Bramstedt**, sondern wir stellen auch Mittel ein, um die Gerichte und den Justizvollzugsdienst zu stärken. Dort finden sich Mängel.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **organisierte Kriminalität** stellt uns vor neue Herausforderungen, denen wir angemessen begegnen müssen. Da haben Sie bisher keine Konzepte.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was machen Sie mit der Drogenpolitik?)

Und wie gehen Sie eigentlich mit den **kommunalen Gebietskörperschaften** um? Das ist schlichtweg eine Unverschämtheit, auch wenn Herr Hay es gesundbeten wollte.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir lehnen die Kürzung von 50 Millionen DM ab.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr richtig! - Beifall bei der CDU)

Ich verstehe überhaupt nicht, daß Sie das riskieren, zumal ja auch in diesem Fall in einem Gutachten die Grenze der Verfassungsmäßigkeit erörtert worden ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber die testen Sie wohl an jeder beliebigen Stelle aus.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

Nun will ich gern noch eine Teilkompensation nennen. Als Kompensation sind Sie - nachdem Sie 50 Millionen DM auf der einen Seite genommen haben - auf der anderen Seite bei der **Jugendhilfe** Ihren gesetzlichen Erstattungspflichten nicht mehr nachgekommen. Das ist Ihre Finanzpolitik.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut! - Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Abschließend will ich darauf hinweisen, daß nach unseren Vorschlägen zum Haushalt weitere Mittel in die Senkung der **Nettoneverschuldung** fließen sollen; das bringt neue Impulse für unser Land. Wir haben diese Vorschläge durchgerechnet. Sie halten Ihrer Nachrechnung stand. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir, Herr Astrup, auch wenn Sie jetzt so süffisant lächeln, daß es kein Jahr dauert, bis

Sie genau unsere Vorschläge als Ihre Haushaltspolitik übernehmen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Klaus Schlie [CDU]: So ist das!)

Ich will ja gar nicht sagen, daß Sie ein neues Etikett daraufkleben und die Vorschläge dann als Ihre eigenen präsentieren, aber im Volksmund heißt das schlicht „Etikettenschwindel“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ideenklau! - Ursula Röper [CDU]: Ja, Ideenklau!)

Seien Sie doch einmal kooperationsbereit. Begehen Sie diesmal keinen Etikettenschwindel, stimmen Sie unseren Vorschlägen zu. Dann werden wir für dieses Land die Zukunftsperspektive eröffnen, die dieses Land wirklich verdient hat.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Zugabe!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Politik ist die Kunst des Möglichen“ - so war unsere rot-grüne Pressemitteilung überschrieben, nachdem wir uns über die gemeinsamen Änderungsanträge zum Haushalt 1999 mit den Sozialdemokraten verständigt hatten. Ich meine, wir haben mit hohem Energieeinsatz wieder vieles möglich gemacht. Der größte Brocken ist der Nachzügler „**Werftenhilfe**“, für die wir in den kommenden Jahren 30 Millionen DM bereithalten werden. Aber auch hier gilt, was für die Zuschußempfänger und Zuschußempfängerinnen des Landes im sozialen und kulturellen Bereich bei deutlich kleineren Summen schon lange Realität ist: Geschenkt gibt es nichts, und schon gar nicht solche Summen. Wir müssen und dürfen als verantwortliche Landespolitiker und Landespolitikerinnen verlangen, daß uns ein plausibles **Strukturkonzept** vorgelegt wird. Subventionen sind im Wortsinne als Unterstützung anzusehen, die die Empfänger und Empfängerinnen in die Lage versetzen sollen, sich mittelfristig selbst am Markt behaupten zu können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, Hilfe zur Selbsthilfe auch an dieser Stelle!

Wir haben ein großes Interesse daran, die Werften unseres Landes zu erhalten, aber an den Dauertropf wollen wir sie nicht legen. Erstaunlicherweise sieht das die sonst als Subventionskillerin auftretende

(Irene Fröhlich)

F.D.P. in diesem Fall anders. Da kann man sich schon einmal wundern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

Wahlen werfen eben manchmal weite Schatten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie da für Probleme?)

Auch die CDU macht es sich wieder einmal leicht. Zur Deckung ihrer Haushaltsvorschläge präsentieren Sie, Herr Kollege Kayenburg und Herr Stritzl, unter anderem den Vorschlag, daß mit Ausnahme des Datenschutzbeauftragten alle **Beauftragten** ihre Arbeit einstellen sollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

War da nicht noch etwas? Ist es nicht gerade erst wenige Wochen her, daß die CDU vehement für die Erhaltung des **Sektenbeauftragten** in der Öffentlichkeit gestritten hat?

(Ursula Röper [CDU]: Für die Arbeit! - Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen bei der Wahrheit bleiben! Keine Beiträge schneiden, die nicht stimmen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da haben wir Ihnen einen ordentlichen Vorschlag unterbreitet!)

- Nur ruhig, Sie kommen ja auch gleich dran. Es ist dies nur ein kleines Beispiel dafür, daß die Vorschläge der Opposition einen eher theoretischen Charakter haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes Beispiel ist der Vorschlag, 135 **Lehrer- und Lehrerinnenstellen** von den **Gesamtschulen** des Landes abzuziehen. Haben Sie sich schon einmal damit beschäftigt, wie der Alltag an Gesamtschulen wirklich aussieht, welche Betreuungs- und Integrationsarbeit im Rahmen von Ganztagschulen dort geleistet wird?

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann verstehe ich die schlechten Ergebnisse in den Gesamtschulen nicht!)

Das ist zum Teil eine familienergänzende schulische Ausbildung, die unsere Gesellschaft braucht und die die Kinder unseres Landes dringend brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gesamtschulen arbeiten nicht besser und nicht schlechter als andere Schulen, aber sie arbeiten in jedem Fall anders.

(Jost de Jager [CDU]: Dazu sagt der Rechnungshof ja einiges!)

Die Qualitätsdebatte also so holzschnittartig zu führen, wie es die Opposition tut,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sonst verstehen Sie das nicht! Das muß so sein!)

geht an der Realität der jeweiligen Einzelschule vorbei. Ideologie pur ist aber ein schlechter Ratgeber, um praktische und sinnvolle Politik zu betreiben.

(Jost de Jager [CDU]: Sie machen doch die Holzschnitte! - Weitere Zurufe von der CDU)

Der schon 1997 vorgelegte und abgelehnte Entschließungsantrag der Opposition zur generellen Einführung der **40-Stunden-Woche** im Landesdienst ist auch so ein Beispiel für Oppositionspopulismus in fortgeschrittenem Stadium. Wo bleibt das Herz der CDU für die all die Lehrer und Lehrerinnen, mit denen Sie gegen das KLAUS-Konzept demonstriert haben? Immerhin sind Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, so ehrlich zuzugeben, daß auch Sie nicht nur Kamellen verteilen können, wenn mit Ruhe womöglich der Ernstfall eintritt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir nie gemacht - im Gegensatz zu Ihnen!)

Die erneute pauschale Forderung, 67 Millionen DM an Zuweisungen und Zuwendungen an Vereine und Verbände zu streichen, ohne dies zu konkretisieren, spricht allerdings nur dafür, daß es manchmal in der Opposition doch sehr viel gemütlicher ist als in der Regierung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vielleicht schaffen Sie es ja 1999, Ihre alte Vorlage einmal zu überarbeiten.

(Martin Kayenburg [CDU]: 2000 werden wir dies wieder einbringen!)

Trotz aller Kritik will ich aber nicht verschweigen: Die Opposition hat auch Vorschläge erarbeitet, die grünen Vorstellungen nahe sind. So fordern auch wir eine **verstärkte Zusammenarbeit norddeutscher Behörden** - wie etwa beim Statistischen Landesamt oder anderen. Hier würde es sich lohnen, im Finanzausschuß ein geschlossenes und auf Machbarkeit zu prüfendes Konzept zu entwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings sollten - wenn es um die norddeutsche Zusammenarbeit geht - nicht nur Hamburg und

**(Irene Fröhlich)**

Schleswig-Holstein zusammenarbeiten, sondern wir sollten auch Mecklenburg-Vorpommern einbinden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das habe ich ja gesagt!)

- Wunderbar! Das hätte zum einen den Vorteil des weiteren Zusammenwachsens von Ost und West, zum anderen würde es aber auch den ländlichen Bereich stärken und den schnell aufkommenden Alleinvertretungsanspruch von Hamburg bei einer Zweier-Kooperation eindämmen. Herr Kayenburg, deswegen haben wir genau das auch in unserem Koalitionsvertrag festgelegt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nur tun Sie es nicht!)

Auch die Forderung der Union, mehr Stellen für Lehrer und Lehrerinnen zu schaffen, ist nicht nur berechtigt - sie entspricht und sie entsprach auch unseren Vorstellungen. Wir hätten die im Rahmen des KLAUS-Konzeptes zugesagten 450 Stellen - wie angekündigt - gern in jährlichen Raten erbracht. Noch einmal langsam und zum Mitschreiben: Wir haben dies seit Bekanntwerden des Haushaltes in mehreren Presseerklärungen wie ein „ceterum censeo“ deutlich gemacht.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das reicht aber nicht!)

Wir stehen auch dazu, über diese Frage einen Koalitionskrach angezettelt zu haben. Es mag ja taktisch nicht immer geschickt sein, sich öffentliche Debatten zu liefern, aber ehrlich ist es - und das währt bekanntlich am längsten. Es tut auch der Demokratie gut, wenn alle Leute genau wissen, wie Meinung auch in einer Regierung gemacht wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sonst bleiben Sie weg! - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

**Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nein.

Wir können von den Schulen manche notwendige Reform nur erwarten - das sagt ja auch die neue Bildungsministerin -, wenn wir ihnen in Zeiten wachsender Schülerzahlen auch eine tragfähige Personalausstattung liefern.

(Ursula Röper [CDU]: Die ist aber nicht in Sicht!)

Sowieso sollte man an öffentlich gemachten Zusagen nicht immer wieder herumdeuteln. Für mich sage ich hier: Wir müssen sehen, wie wir den Haushalt 2000 ausbalancieren. Spätestens im Frühsommer werden die Eckwerte stehen. Dann muß deutlich werden, wie die Landesregierung ihre Zusage aus dem Konzept für die **langfristige Unterrichtssicherung** einlöst.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die Kinder dieses Landes hoffe ich, daß wir die größten Lücken in der Unterrichtsversorgung erst einmal mit dem gesteigerten Betrag werden schließen können.

(Ursula Röper [CDU]: Das reicht doch vorn und hinten nicht!)

- Frau Röper, klar ist allerdings immer noch, daß wir uns im Ländervergleich nicht zu verstecken brauchen, denn jede freiwerdende Stelle im Schulbereich ist wiederbesetzt worden, so daß die Erneuerung des Kollegiums allmählich vollzogen wird.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ihre Gegenfinanzierung hat leider nur einen eingeschränkten Charme.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist leider wahr!)

Sie spekulieren dabei auf **Verkäufe**, genauso wie es die Landesregierung tut. Sie unterscheiden sich allerdings in dem, was Sie verkaufen wollen. Grundstücke - das wollen wir auch. Wohnungen - hier ist die Landesregierung zu Recht sehr vorsichtig, da ihr und uns die Verantwortung für bezahlbaren Wohnraum sehr viel wert ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Und der Verkauf des Nordwestlottos? - Das ist doch nur ein Notnagel, der schon spätestens zehn Jahre später bereut werden würde.

Und dann - the same procedure as every year, Mister Kayenburg - der Vorschlag, die **Entbeamtungspolitik** im Schulbereich zu stoppen! Dazu ist schon viel gesagt worden, aber ich möchte es Ihnen nicht ersparen, auch noch einmal unsere Argumentation dazu zu hören. Natürlich ist das kein Sparvorschlag; es wäre aber zweifellos eine Möglichkeit, kurzfristige Kosten umzuschichten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

(Irene Fröhlich)

Das Problem dabei ist, daß diese sehr kurzfristige Finanzpolitik die Lasten in die Zukunft verschiebt und sowohl die Länder als auch den Bund bereits ziemlich tief in die Misere hineingerissen hat. So wurde über Jahrzehnte versäumt, für **Beamtenpensionen** auf Länderebene **Vorsorge** zu treffen. Hier ist der Versuch gemacht worden, wir haben das bedauerlicherweise nicht durchhalten können. Der Bund hat sich munter aus der Rentenkasse bedient, statt zu einem gerechten Ausgleich mit den Ländern zu kommen, die hier im wohlverstandenen Interesse eines schlanken, flexiblen Staatsapparates gehandelt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Martin Kayenburg [CDU]: Es lohnt wirklich nicht!)

Insofern war die Politik der SPD konsequent, in Schleswig-Holstein verstärkt Angestellte statt Beamte zu beschäftigen. Und wir alle wissen, daß die Gutachten, ob nun Beamte oder Angestellte günstiger sind, je nach Auftragsvergabe unterschiedlich pro oder kontra Beamte ausfallen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau, das ist beim Rechnungshof der Fall!)

- Der Rechnungshof hat sich deutlich geäußert. Allerdings sehen wir Grünen, daß Schleswig-Holstein diesen Weg langfristig nicht isoliert wird gehen können. Entweder muß - vor allem in den großen Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern - auch mit der Entbeamtungspolitik begonnen werden, damit von mehreren Ländern verstärkt in die Sozialkassen des Bundes eingezahlt wird,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

oder aber der Bund müßte Ausgleichszahlungen an diejenigen Länder leisten, die die Bundessozialkassen stabilisieren, indem sie Angestellte beschäftigen.

Die beste Möglichkeit wäre natürlich - Herr Hay hat dies bereits genannt -, das **Dienstrecht** von Angestellten und Beamten zügig **anzugleichen**, so daß die Arbeitgeber alle verpflichtet wären, auch für Beamte rechtzeitig **Vorsorge** zu treffen. Hierzu müssen aber alle Beteiligten über den eigenen Tellerrand schauen. Wenn Sie sich in dieser Auseinandersetzung mit uns für vernünftige Lösungen einsetzen würden, wäre schon viel gewonnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir mal, wenn die ersten Demonstrationen in Bonn stattfinden.

Im Rahmen der Autonomie der Schule, aber auch im Rahmen einer Finanzpolitik der **Vorsorge** befürwortet

die grüne Fraktion auch weiterhin die Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern als Angestellte. Für die Betroffenen bedeutet das allerdings erst einmal Gehaltsunterschiede zu ihren beamteten Kolleginnen und Kollegen. Ein solcher Umsteuerungsprozeß bringt leider unweigerlich Ungleichzeitigkeiten mit sich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Netto 1.000 DM im Monat!)

Das ist bedauerlich, aber unumgänglich. Es ist verständlich, daß sich die Gewerkschaft für ihre Mitglieder stark macht. Die CDU-Äußerungen zu diesem Thema sind allerdings von einer deftigen Portion Heuchelei durchsetzt.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere Fraktion hat beschlossen, die Entwicklung beim Bund mit anzuschauen und sich mit den anderen Ländern rückzukoppeln, bevor ein langfristig richtiger Weg aufgrund der akuten Finanznot verlassen wird.

Ich möchte noch auf einige Punkte des rot-grünen Haushaltspakets eingehen beziehungsweise auf das, was angeschoben worden ist. Es gibt kleinere Positionen, die gleichwohl von Bedeutung sind. So haben wir im Haushalt des Finanzministers die Gelder für **Fortbildung**, einschließlich der Reisekosten, um 50.000 DM erhöht. Wichtig dabei ist, daß wir in der Bemerkung einen neuen Zweck für diese Mittel festgeschrieben haben. Sie sollen zusätzlich für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne steuerfachliche Ausbildung - zum Beispiel Datenerfasserinnen und Datenerfasser - zur Erlangung höher qualifizierter Arbeitsplätze eingesetzt werden. Damit können gleich zwei positive Effekte erreicht werden. Im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform haben wir hier die Richtung aufgezeigt, die wir einschlagen müssen, um eine höhere Effizienz der Verwaltung zu erreichen. Zusätzlich wollen wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnen, aus dieser notwendigen Veränderung heraus eine soziale Verbesserung zu erreichen. Das ist die Richtung, in der die Verwaltungsmodernisierung allein erfolgreich sein kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hören Sie auf, die Öffentlichkeit zu belügen!)

Ein anderer Punkt, der eher im Kreis der Betroffenen diskutiert wird, sind die **Zuschüsse zum Bau deutscher Privatschulen**. Die grüne Fraktion hat sich

(Irene Fröhlich)

dafür eingesetzt, daß die Waldorfschule in Neumünster einen Zuschuß für einen zweiten Bauabschnitt erhält. Der ursprünglich für 1999 vorgesehene Betrag von 1 Million DM ist gesplittet worden, so daß 250.000 DM jetzt und - durch eine Verpflichtungsermächtigung abgesichert - 750.000 DM im Jahre 2000 zur Verfügung stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehören zu einem bunten, vielfältigen Schulsystem auch die Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besonders hervorzuheben ist das große Engagement der Eltern und die Möglichkeit für Kinder, die an anderen Schulen Probleme haben, eine neue Chance zu erhalten.

Die Erhöhung der Zuwendungen an Arbeitslosenberatungsstellen, Selbsthilfegruppen und -initiativen - auch um bescheidene 50.000 DM, aber immerhin - ist ein Beispiel dafür, daß auch in Zeiten knapper Kassen denjenigen eine Chance zur Eigeninitiative gegeben werden muß, die durch so manches Raster dieser Gesellschaft gefallen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das mußte euch abgetrotzt werden!)

- Das ist Herrn Kubicki relativ egal, aber uns nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht ein kurzes Wort zum **Finanzausgleich**. Es ist für uns Grüne - und wir sind kommunal sehr stark verwurzelt - eine bittere Pille, die wir hier verteilen müssen, und wir tun es ungern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist Heuchelei!)

Ich will nur daran erinnern - Amnesie ist ein schlechter Ratgeber -, daß die CDU-Regierung zu ihrer Zeit genau dasselbe in viel unverschämterem Maße getan hat. Gleichzeitig haben wir allerdings auch Schularbeiten gemacht, die dringend erforderlich waren. Ich komme gleich noch dazu.

Wir wollen die Kommunen nicht über Gebühr belasten,

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie tun es aber doch!)

aber wir müssen auch sagen, daß es für uns das Allerwichtigste war, die Verbundquote zu erhalten, um an dieser Stelle nicht einen unabhäbaren und womöglich langfristig Schaden anzurichten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Insofern glaube ich, daß hier zwar eine bittere Pille gegeben ist, die aber verkraftbar ist, weil die Steuereinnahmen der Kommunen zur Zeit stärker steigen als die des Landes.

Ich will an dieser Stelle betonen, daß es uns endlich gelungen ist, in Sachen Verteilung der Mittel zur **Jugendförderung** zu einer transparenteren, fachlich angemessenen und gerechteren Lösung zu kommen. Die Frauenministerin hat hier im Verein mit allen Beteiligten eine schwere Altlast abgearbeitet. Mehr möchte ich denn auch zur Notwendigkeit und zur Existenzberechtigung des Frauenministeriums nicht sagen.

Für mich als frauenbewegte Frau ist es zudem ein großer Erfolg, daß die Mietkosten für Frauenhäuser jetzt über den Finanzausgleich aufgebracht werden.

Zur Frage der sogenannten Deregulierung und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Kommunen - auch gern als **Absenkung von Standards** bezeichnet - ist aus grüner Sicht festzuhalten: Wir behalten selbstverständlich im Auge, wo mit den Standards auch die Qualität baden ginge. Dies wäre etwa der Fall, wenn in den Kindertagesstätten der Betreuungsschlüssel noch weiter verschlechtert würde. Wir wollen, daß in unseren Kindertagesstätten mehr stattfinden kann, als Kinder zu bewachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon jetzt ist die maximale Gruppengröße bei 21 Kindern angelangt. Eltern und Erzieherinnen und Erzieher haben recht, wenn sie dies als absolute Obergrenze gewahrt wissen wollen. Wir sind und bleiben an dieser Stelle völlig auf ihrer Seite.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schieben aber nicht nur Zahlen hin und her. Die beabsichtigte Änderung der Einnahme der **Kraftfahrzeugsteuer** soll dazu dienen, die Vollstreckungsstellen bei den Finanzämtern zu entlasten und - im Einvernehmen mit den Kraftfahrzeugzulassungsstellen - die Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer zu vereinfachen und zu beschleunigen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Von besonderer Bedeutung ist zudem unser Entschließungsantrag zur **Verwaltungsmodernisierung**. Hier sorgen wir dafür, daß es im Rahmen der Modernisierung, der Umstellung auf die Kosten- und Leistungsrechnung und der Budgetierung zu Zielverein-

(Irene Fröhlich)

barungen zwischen dem Parlament und der Regierung kommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben bereits im Finanzausschuß auf einen Antrag von uns hin, also von Monika Heinold hin, beschlossen, daß wir 1999 in die output-orientierte Budgetierung in einem Bereich modellhaft einsteigen wollen. Soviel vielleicht auch zur Modernisierung dieses Landes, zur Modernisierung dieser Verwaltung,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

ohne daß das Parlament dabei seine Rechte aufgibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich sage an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich: Die Verwaltungsmodernisierung darf nicht zu einer **Entmachtung des Parlaments** und der Abgeordneten führen. Es muß unser aller Interesse sein, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament konkret festzulegen. Deshalb ist uns Grünen dieser Punkt so wichtig, obwohl wir als an der Regierung Beteiligte eigentlich ein geringeres Interesse daran haben müßten als die Opposition.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir warten immer, daß wir an dieser Stelle von Ihnen unterstützt werden, aber das kommt und kommt nicht in Gang.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wer nur in schlichten Oppositions- und Regierungsverantwortungsmustern denkt, wird dem Auftrag des Parlaments auch insgesamt nicht gerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ein weiterer Antrag von uns, der die Bündelung der Arbeit der Technologie- und Energiestiftung fordert, soll dazu führen, daß eine effizientere Aufgabenwahrnehmung möglich wird, als das bisher der Fall war. Soviel vielleicht auch zur Versteinerung des Landeshaushalts; das kann man leider nur in winzig kleinen Schritten aufweichen.

Wer Landespolitik betreibt, der muß auch immer einmal den Blick Richtung Bonn werfen. Das ist uns hier in der Debatte wieder deutlich geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Deshalb noch einige Anmerkungen zu den Themen **Steuerreform** und Länderfinanzausgleich. Die Unternehmensverbände werden nicht müde zu fordern, es müsse zu Entlastungen für „die Wirtschaft“ kommen; nur dann werde es auch Arbeitsplätze geben. Dem ist die CDU/F.D.P.-Koalition in Bonn 16 Jahre lang brav gefolgt, und es hat nicht funktioniert. Im Gegenteil! Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, und die Kosten des gesellschaftlichen Strukturwandels wurden auf die Allgemeinheit umgelegt,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

spricht überwiegend über die Lohnnebenkosten mit den bekannten verheerenden Auswirkungen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Reden Sie doch einmal zu etwas, wovon Sie etwas verstehen!)

So ganz nebenbei haben die Unternehmen Riesengewinne eingefahren und wissen offenbar manchmal nicht mehr, wohin mit all dem Geld. Banken, Autokonzerne und Energieunternehmen sind allüberall und global unterwegs, um zu kaufen, was das Zeug hält, als sei es wirtschaftlicher Selbstzweck, der Größte zu sein.

Die Lasten dieses Größenwahns tragen die kleinen und mittleren Betriebe und die öffentliche Hand. Aber ein schwacher Staat ist gut für die Reichen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das scheint die Logik solcher Interessenvertreter zu sein, und dementsprechend ist auch ihre Verbandspolitik.

Die alte Bundesregierung hat nach eigenem Bekunden „immer alles getan, was die Unternehmer wollten“, so Heiner Geißler in einem presseöffentlichen Klagegedicht vom vergangenen Spätsommer. Umgekehrt hätten jedoch diese ihre Versprechen nicht eingehalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es also 16 Jahre lang nicht funktioniert hat, warum sollte es denn dann jetzt funktionieren?

Wir Grünen halten also daran fest, daß es eine möglichst wirksame **Ökosteuer** geben muß, um die Belastungen für die einzelnen und für die Wirtschaft neu und im Einklang mit dem Gedanken des Kreislaufs, dem alle unterworfen sind, zu verteilen.

Herr Kayenburg, es ist mir durchaus recht, wenn dabei **Familien mit Kindern** entlastet werden. Die Aufhebung des Ehegattensplittings dient genau die-

**(Irene Fröhlich)**

sem Zweck. Aber die Kinder in dieser Gesellschaft müssen gefördert und entlastet werden. Es kann nicht länger angehen, daß die Lasten der öffentlichen Armut und der privaten Armut die Kinder in den Familien zu tragen haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Gegenteil passiert doch!)

Also, sinkende Belastungen auf die Arbeit und steigende auf den Verbrauch

(Martin Kayenburg [CDU]: Zwischenfrage!)

- nein, danke! - unwiederbringlicher Ressourcen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Leider hat die alte Bundesregierung den sanften Einstieg in diese Logik verpaßt, als sie die ersatzlose Aufhebung des Kohlepfennigs beschloß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Solch eine Lüge! Eine schlichte Lüge!)

Damals hätten die Unternehmen und die Verbraucherinnen und Verbraucher ohne allzu große Belastungen einen ersten Schritt in die notwendige Umsteuerung machen können. Da hatten es uns übrigens Niederländer und Dänen längst vorgemacht.

Nun ist es nicht mehr so leicht, einen Anfang zu finden, schon gar nicht vor dem Hintergrund, daß seither das **gesellschaftliche Gleichgewicht** durch ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenquote zerbrechlicher geworden ist.

Zum **Länderfinanzausgleich** ist nur soviel zu sagen, daß wir eine breite politische Debatte um die Verteilung der Lasten und Aufgaben zwischen allen Beteiligten brauchen. Das leistet die in der Koalitionsvereinbarung in Bonn verabredete Enquetekommission besser als jedes andere Instrument. An den „runden Tisch“ Länderfinanzausgleich gehören auch die Kommunen. Es muß über eine völlig neue Verteilung der Rechte und Pflichten unter den öffentlichen Akteuren gesprochen werden. Deswegen bin ich auch der Meinung, daß sich nicht nur die Ministerpräsidenten dieses Themas annehmen sollten, sondern es sollte auch zu der eben schon erwähnten Kommission kommen. Wer nämlich sollte das besser können als eine solche Enquetekommission, die öffentlich tagt und deren Ergebnisse jeder Mensch nachvollziehen kann?

Ich komme zum Schluß. Ich kann abschließend zum Landshaushalt 1999 feststellen: Er ist nicht ohne Risiken, aber er ist kein Chaos und keine Kapitulation vor den Problemen, sondern er setzt klare Schwer-

punkte. Bildung, Arbeits- und Technologieförderung - das sind unsere Prioritäten. Wir werden auch im kommenden Jahr darüber wachen und daran mitwirken, daß sich diese im Vollzug des Haushaltes wiederfinden werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Günter Neugebauer [SPD] und Anke Spoo-rendonk [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Sitzung. Um 14:00 Uhr werden die Beratungen fortgeführt.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:46 bis 14:02 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich eröffne wieder die Sitzung. Wir befinden uns in der Haushaltsdebatte. Als nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Schriftführerinnen und Schriftführer! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Weihnachten steht vor der Tür

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

und Santa Claus erzählt Weihnachtsmärchen. Alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sollen rechtzeitig zum frohen Fest die Kunde von den ökologischen, sozialen und innovativen Haushaltsgeschenken der Landesregierung erhalten. Und weil Weihnachten das Fest der Liebe ist, haben auch die Regierungsfractionen ihren Streit begraben und verabschieden nun in Liebe und Verbundenheit diesen Haushalt, obwohl es bis kurz vor Schluß nicht danach aussah.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Die Sondersitzung ist der überstürzte Versuch, die Auswirkungen rot-grüner Politik in Bonn nicht etatisieren zu müssen, und sie wirkt auf die F.D.P.-Fraktion wie eine Notoperation zur formellen Beendigung der Dauerquerelen zwischen Rot und Grün.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Man denke nur an die Auseinandersetzung über die Frage „neue Lehrer jetzt oder später?“, die sogar so weit ging, daß presseöffentlich über eine Verschie-

**(Wolfgang Kubicki)**

bung der Haushaltsberatungen spekuliert wurde, oder an die ungeklärte Dotierung der Stelle des Flüchtlingsbeauftragten. 350.000 DM waren angedacht - wohlgermerkt für den „ehrenamtlichen“ Flüchtlingsbeauftragten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht wahr!)

Der Kollege Puls hat dann der F.D.P.-Fraktion und der geneigten Öffentlichkeit erklärt, die SPD stehe unerschütterlich wie ein Fels in der Ostseebrandung zu ihrer Festlegung, der Beauftragte werde nicht mehr als 200.000 DM im Jahr kosten. Das Kapitel 0104 ist nun endgültig mit 250.000 DM dotiert - wohlgermerkt für einen „ehrenamtlichen“ Flüchtlingsbeauftragten. Und die Meldung der SPD-Fraktion - Kollege Astrup! - dauerte eine ganze Woche lang.

(Holger Astrup [SPD]: Immerhin!)

Es ist seltsam, daß sich die Grünen immer nur bei symbolischen Politikaktionen durchsetzen. Wenn es wirklich auf sie ankommt, dann kneifen sie - seien es neue Lehrer, sei es der Immobiliendeal oder sei es die Herabsetzung des Kapitals bei der Technologiestiftung.

Auch der Verkauf der Anteile am Flughafen Hamburg war bis zur abschließenden Finanzausschußsitzung am 11. Dezember 1998 noch nicht in trockenen Tüchern. In den Tagen vor der Haushaltsverabschiedung ist die Zeitungslektüre noch wichtiger als sonst. Am 16. Dezember konnten die geneigten Parlamentarier die frohe Botschaft lesen, am 18. Dezember, also dem letzten Arbeitstag vor der Haushaltsverabschiedung, wurden die Parlamentarier „zeitnah“ informiert. Claus Möller hat die Anteile am Flughafen Hamburg zu Geld gemacht. Von einem Verkauf möchte ich in diesem Zusammenhang nicht sprechen, denn die Anteile sind nur bei einem Hamburger Satelliten, der Hamburgischen Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung, bis zum endgültigen Verkauf in Verbindung mit weiteren Anteilen Hamburgs geparkt. Es bleibt zu hoffen, daß Zeitdruck und Haushaltsnot den Finanzminister nicht zur Annahme eines „suboptimalen“ Angebotes bewegen haben, für das im Endeffekt die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dieses Landes aufkommen müssen.

Der Finanzminister ist die Flughafenanteile los. Nur dumm, daß es anstatt der avisierten 100 Millionen DM nun doch nur 65 Millionen DM geworden sind.

(Günter Neugebauer [SPD]: Zur Zeit!)

- Ja, Herr Kollege Neugebauer und Herr Finanzminister. Was passiert denn eigentlich, wenn sich Hamburg entschließt, seine Anteile nun nicht mehr zu verkaufen?

Mit diesem Deal kann sich Finanzminister Möller wahrscheinlich die Blamage ersparen, den Haushalt zum vierten Mal in ununterbrochener Folge mit einem Defizit abzuschließen.

Die Argumente, die von Rot und Grün für die Verabschiedung des Haushaltes noch im Jahr 1998 genannt wurden, sind nicht einmal auf den zweiten Blick plausibel. Es gehe um Planungssicherheit, war zu hören, oder auch, vom Kollegen Astrup mit großem Pathos vorgetragen, es gehe darum, die Vorgaben des Artikels 50 der Landesverfassung, die die Verabschiedung in diesem Jahr unbedingt vorschreibe, zu erfüllen. Das eine ist so wenig tragfähig wie das andere.

(Holger Astrup [SPD]: Was!)

Wenn wir als Parlament wirklich rechtlich gezwungen wären, den Haushalt im alten Jahr zu verabschieden, dann hätten wir uns in den mittlerweile 10 Jahren sozialdemokratischer Führungsverantwortung in Schleswig-Holstein mehr als einmal grob verfassungswidrig verhalten.

(Holger Astrup [SPD]: Zweimal!)

Viermal!

(Holger Astrup [SPD]: Was? Unglaublich!)

War es das, was Sie meinten, Kollege Astrup?

Eine spätere Verabschiedung hätte gerade für die kleinere Oppositionsfraktion, ich denke, aber auch für die Grünen, den Vorteil gehabt, etwas Zeit für eine inhaltliche Beratung zu gewinnen.

Das Jahr 1998 war von permanenten Haushaltsberatungen geprägt, die - daraus möchte ich keinen Hehl machen - die F.D.P.-Fraktion bis an den äußersten Rand ihrer personellen Möglichkeiten gebracht hat.

(Holger Astrup [SPD]: Weit darüber hinaus!)

Der Finanzausschuß hat vom 8. Januar bis zum 11. Dezember diesen Jahres 45 mal getagt - die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung nicht mitgerechnet. Zum Vergleich: Der Europaausschuß tagte 31 mal, der Bildungsausschuß hat bis zum heutigen Tage 43 Sitzungen absolviert.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Immerhin!)

- Herr Kollege Klug, allerdings nicht im Jahr 1998, sondern in der gesamten Wahlperiode!

1998 wurden der Haushalt 1998, der erste und zweite Nachtrag und jetzt der Haushalt 1999 verabschiedet.

**(Wolfgang Kubicki)**

Hinzu kamen noch zahlreiche Sitzungen zum Immobiliendeal.

Mein Vorwurf ist nicht, daß keine Beratungen durchgeführt werden. Selbstverständlich, das gestehe ich den Regierungsfractionen gern zu, werden Antragsfristen eingehalten und die Vorlagen im Ausschuß formell beraten. Aber das ist nicht der Kern des Problems.

Die schiere Masse der Materialien führt in Verbindung mit einem alles erschlagenden Zeitdruck dazu, daß Vorlagen der Landesregierung nur zur Kenntnis genommen werden können, ohne Möglichkeit der inhaltlichen Überprüfung und Diskussion. Daß auch die Rückkoppelung mit den Betroffenen in der Kürze der Zeit unmöglich ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aha, wir hätten uns mehr Zeit nehmen sollen!)

- Oh, Herr Kollege Neugebauer, wenn Sie sich mehr Zeit gelassen hätten, dann hätten Sie sich die Blamage erspart, im laufenden Antragsverfahren so viele Vorlagen so unglaublich oft korrigieren zu müssen, wie Sie das getan haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Entwicklung darf sich im nächsten Jahr nicht fortsetzen, sonst driftet das Parlament langsam in Richtung Arbeitsunfähigkeit durch permanente Haushaltsberatungen. Ich habe allerdings die Befürchtung, daß dies eine Wunschvorstellung bleibt, denn das starkköpfige Beharren der Regierungsfractionen auf die Haushaltsverabschiedung noch in diesem Jahr wird zur Folge haben, daß sich das Parlament im kommenden Jahr schon sehr bald wieder mit Haushaltsfragen beschäftigen muß.

Täglich kommen aus Bonn neue Meldungen über Verschlimmbesserungen am Etatentwurf der Regierungsfractionen - seien es Details des Steuerreformgesetzes, wie die Veränderungen bei der Besteuerung von bürgerlichen Betrieben, Umstellungsfristen für die Neubewertung der Pensionsrückstellungen oder der Streit um die Teilwertabschreibung, oder aber seien es die dicken Brocken Kindergeld, geringfügig Beschäftigte, Beteiligung der Länder an den Bundeszahlungen für das Land an der Saar und für Bremen oder die Erhöhung des Wohngeldes. Klar ist bisher nur, daß nichts klar ist.

Welche finanziellen Auswirkungen kommen auf die Länder allgemein und ganz speziell auf Schleswig-Holstein zu? Welche finanziellen Auswirkungen hat beispielsweise die Erhöhung der Verbrauchsteuern auf Gas, Heizöl, Benzin und Strom für das Land? Das

Finanzministerium weiß Genaues nicht, schätzt die Mehrausgaben für das Letztgenannte aber auf 3 Millionen DM.

Was kostet das Land Schleswig-Holstein die Umwandlung der Steuerpauschale der sogenannten 620-Mark-Jobs in einen Sozialversicherungsbeitrag ohne Leistungsanspruch? - Keiner weiß es. Die verschiedensten Zahlen geistern durch den Raum: 40 Millionen, 50 Millionen DM für Schleswig-Holstein. Regierungsamtlich wird inzwischen von 55 Millionen DM Mindereinnahmen ausgegangen.

Welche Auswirkungen hat die Erhöhung des Kindergeldes auf den Haushalt von Schleswig-Holstein? Stimmt die Gegenfinanzierung?

Im Wahlkampf hat die SPD eine Erhöhung des Wohngeldes zugesagt. In einer „dpa“-Meldung vom 15. Dezember diesen Jahres wird Bundesbauminister Franz Müntefehring mit der Meldung zitiert, daß die Reform ab dem 1. Juli 1999 greifen soll.

Die Länder sind bei jeder Erhöhung mit 50 % dabei, Kollege Neugebauer. Wenn die Zahl von 1,5 Milliarden DM Belastung für den Bundeshaushalt korrekt ist, müssen die Länder den gleichen Betrag aufbringen. Auf Schleswig-Holstein heruntergebrochen bedeutet dies eine weitere Mehrbelastung im Jahr 1999 von zirka 50 Millionen DM.

Im Dezember muß verabschiedet werden - so erklärten uns Rot-Grün -, damit die Zuwendungsempfänger Planungssicherheit erhalten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, eben!)

- Ja, eben, Frau Kollegin Fröhlich. Wie war das denn in den letzten beiden Jahren mit der Planungssicherheit für die Zuwendungsempfänger? Wie war es denn 1998? - Kaum war der Haushalt im Februar verabschiedet, gab es die erste Haushaltssperre. Das war Ihre Planungssicherheit.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich frage die Regierungsfractionen, woher bei Einnahmerisiken im dreistelligen Millionenbereich die Planungssicherheit überhaupt herkommen soll. Ich weiß es nicht, aber darum geht es ja auch nicht. Der wahre Grund für die geldverschwenderische Landtags-sondersitzung am heutigen Tage ist ein völlig anderer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Oja!)

Der Finanzminister sieht die Risiken für seinen Haushalt ganz genau. Wenn er dürfte, wie er könnte, wür-

**(Wolfgang Kubicki)**

de er oder zumindest sein neuer mit viel Realitätssinn ausgestatteter Staatssekretär dieser Aussage hier und heute zustimmen. Indirekt bestätigt das Ministerium doch die Bedenken der Opposition.

In der Antwort auf die sehr verdienstvolle Kleine Anfrage des Kollegen Stritzl zu den Auswirkungen der Bonner Beschlüsse auf Schleswig-Holstein

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] - Holger Astrup [SPD]:  
Einer lobt Stritzl! - Lothar Hay [SPD]: Das war auch die einzige Lobeshymne heute!)

findet sich die Aussage, daß die November-Steuerschätzung noch auf altem Recht beruht. Man könnte auch deutlicher formulieren und einfach sagen, daß die ermittelten Zahlen heute nicht mehr stimmen.

Weiter ist dort zu lesen, der Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes des Bundes müsse auch deswegen nicht berücksichtigt werden, weil er Kostenneutralität vorsehe.

Diese wunderbare Argumentationskette hat nur einen Schönheitsfehler: Eine Gesamtkostenneutralität muß noch lange nicht bedeuten, daß auch das Land von zusätzlichen Belastungen verschont bleibt.

Stefan Baron hat in der „Wirtschaftswoche“ diese Art der Finanzpolitik, die in Kiel und jetzt auch Bonn betrieben wird, kurz und - wie ich meine - sehr passend so kommentiert:

„Von einer modernen Sozialdemokratie à la Tony Blair, einer linken Angebotspolitik, von der Schröder-Berater Hombach gern schwätzt, keine Spur. Statt dessen die alten Parolen und die vulgär-keynesianische Makro-Hydraulik eines gelehrten Physikers.“

Allein die Verschiebung des Inkrafttretens der Entlastungsmaßnahmen auf frühestens April hat Auswirkungen auf die Einnahmesituation des Landes, da ursprünglich von einer anderen Zeitschiene ausgegangen wurde. So wurde zum Beispiel die Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung vom Finanzminister ab dem 1. Januar etatisiert. Durch die Verschiebung ist eine Mehrbelastung von mindestens 1,25 Millionen DM entstanden, die im Nachtrag zur zweiten Nachschiebeliste ausgeglichen werden mußten. Weitere Mehrbelastungen werden kommen; da beißt die Maus keinen Faden ab.

In der Antwort auf die bereits erwähnte Kleine Anfrage werden die erst nach der Verabschiedung der zweiten Nachschiebeliste bekanntgewordenen Mindereinnahmen aus dem Wegfall der Steuereinnahmen aus den 620-DM-Beschäftigungsverhältnissen lapidar mit der Bemerkung weggewischt, der Bundesfinanzmini-

ster habe einen vollen Ausgleich für die Länder zugesagt.

Wie es in der Wirklichkeit aussehen wird, das konnten wir im „Handelsblatt“ vom 4. Dezember dieses Jahres nachlesen. Im April hatte das Bundesfinanzministerium die Steuereinnahmen aus dem sogenannten 620-Mark-Jobs noch mit 4,7 Milliarden DM beziffert. Die Reformbemühungen der neuen Bonner Regierung zur Eindämmung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse haben wohl schon vor der Verabschiedung gewirkt, denn plötzlich sind die Steuereinnahmen auf 3 Milliarden DM gesunken. Mit Hilfe dieses Rechenricks gleicht der Bund die Mindereinnahmen der Länder voll aus, nämlich in Höhe von 1,5 Milliarden DM. Im Laufe des Jahres wird sich dann herausstellen, daß die Berechnungen nicht ganz korrekt waren und doch Einnahmeausfälle zu verbuchen sind. Ein geradezu klassischer Fall von für Sozialdemokraten unerwarteten Mindereinnahmen!

Wenn das die vom Vorsitzenden des Finanzausschusses und neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay anlässlich seiner Amtseinführung geforderte Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität sein soll, dann frohe Weihnacht und einen guten Rutsch!

(Holger Astrup [SPD]: Vielen Dank!)

Vor diesem Hintergrund wird klar, wieso der Haushalt noch unbedingt in diesem Jahr verabschiedet werden muß. Bei einer ordnungsgemäßen Verbuchung der schon jetzt abzusehenden Mindereinnahmen wäre ein Haushaltsentwurf, dessen Nettoneuverschuldung nur knapp 9 Millionen Mark von der Verfassungsgrenze des Artikels 53 der Landesverfassung entfernt ist, schlicht verfassungswidrig. Dieser Haushaltsentwurf ist kein Neuanfang, das ist das alte Gewurschtel und Gemauschel der letzten Jahre. Und dabei sollte doch alles so schön transparent werden!

Daß an der vielbeschworenen und oft angekündigten Transparenz des Regierungshandelns auf der anderen Seite des Hauses wenig Interesse besteht, zeigt sich an der Umsetzung von § 7 Abs. 17 des Haushaltsgesetzes 1998, in dem es heißt:

„Das Ministerium für Finanzen und Energie unterrichtet den Finanzausschuß, wenn im Verlauf des Haushaltsjahres erkennbar wird, daß bestimmte Ausgabetitel voraussichtlich in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft werden.“

Diese Regelung war vor dem Hintergrund einer unzureichenden Informationspolitik der Landesregierung

**(Wolfgang Kubicki)**

über Kürzungsmaßnahmen im Haushaltsvollzug eingeführt worden und sollte sicherstellen,

(Günter Neugebauer [SPD]: Von Rot-Grün beantragt!)

daß gegebenenfalls rechtzeitig vor dem Ende des Haushaltsjahres Sparbeschlüsse, die nicht dem Willen des Parlaments entsprechen, korrigiert werden können. Auf Nachfragen im Finanzausschuß - Sie können sich erinnern, Kollege Neugebauer - erklärte der Finanzminister, er gedenke seiner gesetzlich normierten Informationspflicht mit dem Haushaltsabschluß nachzukommen. Kurz gesagt: Gegenüber der bisherigen Praxis ändert sich überhaupt nichts. Herzlichen Glückwunsch!

Die Probleme des Finanzministers mit seinen Informationspflichten sind seit dem großen Erbschaftsteuerfall bekannt. Daß aber die Mehrheitsfraktionen auf die Einhaltung einer Rechtsnorm verzichten, die sie selbst zu ihrer besseren Information geschaffen haben, ist schon ein bemerkenswertes Stück.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Hört, hört!)

Was ist das für ein Selbstverständnis, das sich jetzt zum wiederholten Mal bei den Regierungsfractionen manifestiert? Wie weit haben sich die Regierungsfractionen bereits von ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe der Kontrolle der Regierung entfernt? Haben Sie überhaupt noch ein Interesse an der Wahrnehmung Ihrer Aufgabe, oder wollen Sie nur noch stillhalten, um den brüchigen Frieden zwischen den Koalitionspartnern nicht zu gefährden?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: O Mann!)

Im Interesse des Landes bleibt zu hoffen, daß insbesondere die SPD-Fraktion unter ihrem neuen Vorsitzenden zu einem Selbstverständnis zurückfindet, das über das eines parlamentarischen Geleitzuges der Regierung hinausgeht.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister erwartet für das Jahr 1998 Mehreinnahmen - inklusive Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleich - von 5,1 % beziehungsweise von knapp über einer halben Milliarde Mark gegenüber dem Vorjahr. Dem sehr guten Steuerjahr 1998, das durch den allseits bekannten Schenkungssteuerfall noch mehr aufgebesert wurde, wird dank der neuen Bundesregierung kein zweites Erfolgjahr folgen.

Die Einnahmeerwartungen für 1999 liegen mit einem Plus von nur noch 2,5 % deutlich unter denen für die-

ses Jahr. Da die November-Steuerschätzung auf altem Recht beruht, hat sie eine begrenzte Aussagefähigkeit. Die Haushaltsrisiken sind enorm und liegen - ich habe darauf hingewiesen - im dreistelligen Millionenbereich. Kollege Neugebauer, es ist sehr wahrscheinlich, daß die Mai-Steuerschätzung aufgrund der korrigierten Wachstumsprognosen keine positiven Nachrichten bringen wird. Vorsicht bleibt somit auch im kommenden Haushaltsjahr die Mutter des Haushaltsvollzuges.

Die F.D.P.-Fraktion hätte sich gewünscht, daß der Finanzminister in seinen Haushalt ein Sicherheitspolster für mögliche Mindereinnahmen einkalkuliert hätte. Aber woher soll es dies nehmen?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Da er wie in jedem Jahr mit seinem Entwurf nur hauchdünn unterhalb der Verschuldungsgrenze des Artikels 53 der Verfassung bleibt, war ihm dies nicht möglich. Ich bin gespannt, welche Ausrede Finanzminister Möller im nächsten Jahr einfallen wird, wenn die Mai-Steuerschätzung zu einem negativen Ergebnis führen wird.

Ich möchte schon heute den von mir - gerade in der Vorweihnachtszeit - sehr geschätzten Kollegen Neugebauer daran erinnern, daß er den Evergreen von den Zahlen vom Waigel, auf die man sich nicht verlassen kann, aus der Sammlung seiner Textbausteine in seinem Textverarbeitungssystem streichen muß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch sonst gibt es wenig Neues. Die Personalkostenquote über 40 %, die jährlichen Zinsausgaben mit steigender Tendenz auf dem Sprung über die 2-Milliarden-Marke, globale Minderausgaben in Höhe von 90 Millionen DM sind auch nach zwei Nachschiebelisten nicht aufgelöst, und die riesige Bugwelle von Haushaltsresten wird nicht abgebaut. Kurzum: Die gesamte Haushaltsstruktur war schief, ist schief und bleibt schief.

Ich finde es nach der Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD und der Rede von Frau Fröhlich wirklich bemerkenswert, was wir als Opposition mit der Ankündigung der Ministerpräsidentin machen sollen, wollen und müssen, daß künftig fraktionsübergreifend darüber gesprochen werden soll, wie man die großen Ausgabeblocke im Landesetat in den Griff bekommt, um die Investitionsquote zu erhöhen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Sie haben doch gegenwärtig die Mehrheit, und ich höre von Ihnen nur, daß Vorschläge der Opposition

**(Wolfgang Kubicki)**

entweder untauglich, undurchdacht oder jedenfalls nicht nachzuvollziehen sind.

(Lothar Hay [SPD]: Habe ich so nie gesagt!)

- Ich habe da heute morgen sehr aufmerksam zugehört, Kollege Hay!

Die einzig positive Entwicklung, die leichte Steigerung der Investitionsquote gegenüber dem mageren Vorjahr, ist keine freie Entscheidung des Landes, sondern der indirekte Ausfluß der vorläufigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Immobiliendeal. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Land vorgeschrieben, daß bis zu einem endgültigen Urteil die Einnahmen aus dem Immobiliendeal wie ein Kredit zu behandeln sind. Ich muß gestehen, die Sprachregelung des Finanzministers interpretiert den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts elegant. Man könnte meinen, „Brave new world“ ist Wirklichkeit geworden. In den öffentlichen Erklärungen findet sich wiederholt der Satz, daß das Bundesverfassungsgericht dem Finanzminister vorschreibe, daß die Einnahmen aus dem Immobiliendeal nur für Investitionen, nicht aber für konsumtive Zwecke verwendet werden dürfen. Das ist richtig und doch falsch. Eine Beispielrechnung zeigt, was ich meine.

Würde die Grenze des Artikels 53 der Landesverfassung nicht bei rund 1,4 Milliarden DM, sondern bei 2 Milliarden DM liegen, dann wäre völlig egal, für welchen Zweck die Einnahmen verwendet würden, da auch die Buchung als Krediteinnahme nicht zu einer Verletzung der Kreditobergrenze der Verfassung führen würde. Erst die Tatsache, daß die angeblichen Verkaufserlöse aus dem Immobiliendeal bei einer Umbuchung beziehungsweise Umwidmung in eine Einnahme aus Kredit bei einer unverändert hohen Einnahme aus Krediten am Kapitalmarkt die Höhe der Investitionsausgaben überschreiten würde, führt zu den vom Finanzminister beschriebenen Folgen.

Claus Möller betreibt aber noch in einem weiteren Fall Legendenbildung. Ebenso wie die Ministerpräsidentin verbreitet er die Mär, das Bundesverfassungsgericht hänge einem veralteten Kreditbegriff an.

Während der Diskussion im Finanzausschuß hat der bedeutende Interpret der Verfassung, Staatssekretär Wegener, noch entschieden auf die unhaltbare Auslegung des Artikels 53 durch die Opposition und den Landesrechnungshof hingewiesen, deren Auslegung, der Rückgriff auf den Schutzzweck des Artikels 53, sei weder durch die bisherige Kommentierung noch durch die Rechtsprechung gedeckt. Staatssekretär Wegener ließ sich auch nicht durch Hinweis irritieren, daß die Kommentierung sehr alt sei und aus diesem

Grund die neuesten Entwicklungen auf dem Finanzsektor nicht berücksichtigen könne.

Die Umkehrung der eigenen Argumentation entspricht dem üblichen Verhalten der Landesregierung: Schleswig-Holstein ist weit vorn, und die anderen sind die Bösen und altmodischen Modernisierungsverweigerer.

Umgekehrt ist es richtig. Schleswig-Holstein hat sich auf den veralteten Begriff der „Verwaltungsschulden“ berufen. Das Bundesverfassungsgericht ist dem - nach Meinung der Opposition völlig zu Recht - nicht gefolgt. Es hat seinen Überlegungen gerade den neuen, gewandelten Kreditbegriff zugrunde gelegt, um kreative Umgehungen zu verhindern.

Außerdem hat der Finanzminister erklärt, die Nettoverschuldung sinke. Begründet hat er dies damit, daß er am Kreditmarkt nur 950 Millionen DM echte Schulden mache, die Einnahmen aus dem Immobiliendeal dagegen nur wie Schulden behandelt werden müßten, ohne welche zu sein, da man keine Zinsen bezahlen müsse. Auch das ist nicht richtig.

Es war doch gerade die Kritik der Opposition und des Landesrechnungshofs, daß durch den Verkauf der Immobilien eine Doppelbelastung entsteht. Der Bau und die Instandhaltung der zum Verkauf anstehenden Gebäude wurde bereits durch Kredite finanziert. Ökonomisch macht ein Verkauf mit späterer Rückmiete nur Sinn, wenn die zukünftigen Belastungen aus Mietzahlungen durch die Tilgung von Schulden aus dem Verkaufserlös und der hieraus entstehenden verringerten Zinsbelastung kompensiert werden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Da hilft es auch nicht, wenn darauf hingewiesen wird, daß bei jedem Leasing-Verfahren auch Zinskosten mit in das zu leistende Entgelt einfließen. Darauf kommt es nicht an. Kollege Neugebauer, Sie waren doch Betriebsprüfer. In diesem Fall werden nämlich Äpfel mit Birnen verglichen.

Wir unterhalten uns über bereits in der Vergangenheit kreditfinanzierte Gebäude, während es beim Leasing-Verfahren um Neubauten geht, für die das Land noch keine Leistungen erbracht hat.

Ein Beispiel zum besseren Verständnis: Eine Privatperson baut kreditfinanziert ein Haus und entschließt sich mit 50 Jahren zum Verkauf mit der Option, weiterhin zur Miete in diesem Haus wohnen zu können. Zwei Handlungsalternativen stehen zur Auswahl.

Das Haus wird verkauft, der Erlös wird zur Finanzierung einer Weltreise verwendet. - Sozialdemokratischer Ansatz! Nach der Rückkehr sind nicht nur Zin-

**(Wolfgang Kubicki)**

sen und Tilgung für den Kredit aus dem Bau des Hauses zu leisten, sondern auch noch Mietzahlungen.

Die zweite Variante, die der Opposition: Das Haus wird verkauft, mit den Einnahmen der Restkredit für das Haus getilgt, so daß die Belastung aus der Mietzahlung gleich groß oder sogar geringer ist als es die früheren Zins- und Tilgungszahlungen für den Hausbaukredit sind.

(Günter Neugebauer [SPD]: Davon steht in Ihren Anträgen aber nichts!)

- Herr Kollege Neugebauer, welche von beiden Vorgehensweisen ist denn vernünftiger?

Mit dem vorläufigen Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes ist eines gewonnen: Durch die Verringerung der Nettoneuverschuldung am Kapitalmarkt werden die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins Jahr für Jahr von zukünftigen Zins- und Zinseszinszahlungen entlastet. Allein hierfür hat sich die Klage bereits jetzt gelohnt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn dank der Zuflüsse aus dem Immobiliendeal die Investitionsquote wenigstens ein bißchen ansteigt, dann ist die F.D.P. die letzte Fraktion, die diesen Schritt ablehnt, auch wenn die Investitionsquote mit geschönten 11 % nach wie vor viel zu niedrig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einigen Bereichen nimmt es die Landesregierung mit dem Sparen nicht so ernst, in anderen hat sie ein wenig Übereifer an den Tag gelegt. Die Entnahme von 50 Millionen DM aus dem kommunalen Finanzausgleich gehört ganz klar in diese Kategorie.

Das Verfahren der Landesregierung ist ein wenig seltsam. Erst wird eine Entnahme für sechs Jahre angekündigt, dann schwirrt die Zahl von drei Jahren durch das Haus, und zu guter Letzt ist man bei zwei Jahren angekommen.

(Lothar Hay [SPD]: Das liegt an der Stärke der Fraktion!)

Dies alles macht deutlich, daß die Begründung der Landesregierung für die Entnahme vorgeschoben ist. Wenn tatsächlich ein Ungleichgewicht in der Finanzverteilung Land/Kommunen besteht, dann besteht dies auch noch in zwei Jahren. Dann reicht eine zweimalige Entnahme nicht aus. Wenn nicht, dann ist die Entnahme nicht gerechtfertigt.

Die früher erhobene Behauptung, die Kommunen hätten einen zu geringen Anteil an den Kosten der deutschen Einheit getragen, wird in der Zwischenzeit wegen völliger Haltlosigkeit noch nicht einmal mehr von der Landesregierung erhoben. Die wahre Begründung

ist viel einfacher und unkomplizierter: Das Land braucht Geld.

Die F.D.P.-Fraktion hat deutlich gemacht, daß der kommunale Finanzausgleich kein Tabubereich ist - allerdings nur, wenn das Verfahren genau umgekehrt zu dem der Landesregierung verläuft. Zuerst müssen konkrete Einsparungen für die Kommunen beschlossen und umgesetzt werden, dann kann als Folge der Einsparungen über eine Kürzung der FAG-Mittel in entsprechender Höhe verhandelt werden.

Der heute mitzubberatende Antrag der Union zeigt viele Entlastungsmöglichkeiten für die Kommunen auf, die nicht erst seit gestern diskutiert werden. Warum hat die Landesregierung nicht versucht, diese Vorschläge umzusetzen, bevor sie den Rasenmäher am FAG ansetzte?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Der Versuch, die Entnahme von 100 Millionen DM durch Einsparungen von jeweils 15 Millionen DM zweimal gegenzufinanzieren, ist für die Kommunen kein Trost. Das Geld im FAG ist erst einmal weg. Wir fordern die Landesregierung zu schnellstmöglichen Gesprächen mit den Kommunen über die sehr weitgehenden Vorschläge der Union mit dem Ziel auf, ein Entlastungsvolumen von 15 Millionen DM plus x pro Jahr zu erzielen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Dann hätte sich am Ende die Diskussion um das FAG für beide Seiten doch noch gelohnt.

Die Landesregierung hat die sogenannten Satelliten als neue Geldquellen für ihren maroden Haushalt entdeckt. Der Technologiestiftung werden 15 Millionen DM Kapital entzogen. Die Hälfte des Betrages wird im Haushalt verbraten und die andere für irgendwelche Sondermaßnahmen im Haushalt des Wirtschaftsministers verwandt. Wundersamer Weise ist aber in einer Absichtserklärung vorgesehen, das Stiftungskapital in den beiden folgenden Haushaltsjahren wieder um die entnommenen 15 Millionen DM aufzustocken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aus demselben Programm!)

Wie sich dieser planlose Geldverschiebepark mit dem Last-Minute-Entschließungsantrag der Regierungsfractionen verträgt, die Arbeit der Technologie- und der Energiestiftung zu bündeln, hat sich der F.D.P.-Fraktion bisher nicht erschlossen. Aber wahrscheinlich sollen für den Landeshaushalt und/oder die Landesbank neue Geldquellen erschlossen werden:

(Wolfgang Kubicki)

zum Stopfen von Haushaltslöchern und dem Stillen des Hungers nach belegbarem Kapital!

Die regierungstragenden Fraktionen haben wenige Anträge der F.D.P.-Fraktion übernommen. Aber auch hierfür bedanke ich mich sehr herzlich. Besonders mit der Erhöhung der Mittel für die Erstattung von Auslagen für ehrenamtlich Tätige im Straffälligenbereich kann mit vergleichsweise geringen Mitteln eine große Wirkung erzielt und das Ehrenamt gestärkt werden.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte mir allerdings gewünscht, die Regierungsfaktionen wären ein wenig mutiger gewesen. Die Aufgabe der Entbeamtungspolitik würde dem Land die so dringend benötigten Lehrerstellen bringen. Die Kultusministerin, die das schon im Kopf und formuliert hatte, ist ja nicht eine der unseren, sondern der Ihren. Sie war ja wohl mal Ihre Vorgängerin, Kollege Hay. Ich warte ganz gespannt auf die Vorlage des Haushalts für das Jahr 2000, wenn Sie feststellen werden, daß Ihre weitreichenden Gesprächsbemühungen mit Bonn und anderen Ländern nicht zu dem Ergebnis geführt haben, das Sie sich wünschen.

Ich warte ja darauf, daß Sie dann kommen und sagen: Nun müssen wir bedauerlicherweise, weil uns die anderen nicht folgen wollen, das umwandeln: nun müssen wir den 15-Millionen-DM-Schatz heben, um zusätzliche Lehrerstellen finanzieren zu können. - Dann müssen Sie aber auch rechtfertigen, daß Sie dieses Jahr einfach noch einmal mehr als 40 Millionen DM zu Lasten des Landes Schleswig-Holstein, zu Lasten der hier beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer, zu Lasten auch der Kinder versenken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich finde sehr bedauerlich, daß nur die neue Kultusministerin über Ihren roten Schatten springen konnte, der Rest der Mannschaft aber in Treue fest zur Kapitänin Heide Simonis stand, getreu der Devise: Das ist der letzte Rest an Reformpolitik, der ihr noch verblieben ist. - Wenigstens in der Verteidigung ihrer rückwärts gerichteten Beamtenpolitik zeigt Heide Simonis Führungsstärke.

Auch im Polizeibereich besteht Handlungsbedarf. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wissen, Herr Kollege Neugebauer, was sie seit zwei Jahren von den Versprechungen dieser Landesregierung halten können: Erst Beförderungen ankündigen und dann anschließend nicht vollziehen - das ist die neue Politik der rot-grünen Regierung!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Es gibt doch laufend Beförderungen!)

Mit der schlichten Übernahme der Vorschläge der F.D.P.-Fraktion wären wenigstens die dringendsten Probleme im Personalbereich zu lösen gewesen - und es wäre nicht einmal teuer gewesen. Mit den Ankündigungen des Innenministers jedenfalls, denen zumindest in der Vergangenheit keine Taten folgten, ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Polizeivollzugsdienst nicht geholfen.

Anläßlich der Vorstellung der Haushaltsanträge der F.D.P.-Fraktion habe ich auf den dringenden Handlungsbedarf bei der Sanierung der Landesfinanzen hingewiesen. Ich wiederhole an dieser Stelle meinen Appell, über eine gemeinsame Strategie zur Verringerung der großen Ausgabenblöcke im Landeshaushalt nachzudenken. In der Vergangenheit hat sich wiederholt gezeigt, daß der Druck von verschiedenen Gruppen sehr stark ist und die Umsetzung von großen Reformen sehr schwer macht. Aber, Herr Kollege Hay, es ist doch schon einmal eine Tat - auch im beginnenden Landtagswahlkampf - von der großen Oppositionsfraktion zu erklären, daß sie sich vorstellen könne, die Eingangsbesoldung bei Lehrern abzusenken. Das ist doch einmal eine Tat.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Unabhängig davon, welche rechtlichen Folgerungen daraus zu ziehen sind, ist es in der Tat zumindest ein Hinweis, darüber nachzudenken, was man mit der Arbeitszeit macht, und zwar nicht nur bei Beamten, sondern auch im Tarifbereich.

Wenn solche Vorschläge mit der Erklärung sofort abrupt zurückgewiesen werden, das sei nicht in Ordnung, man schraube sozusagen die sozialen Errungenschaften zurück und tue den Leuten damit keinen Gefallen, dann brauchen wir uns nicht mehr um eine Veränderung der Struktur des Haushalts zu bemühen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Solche Gespräche machen nur dann Sinn, wenn alle Seiten über ihren Schatten springen. Wie es nicht laufen darf, hat die Friedensinitiative des Kollegen Klug zum Gesamtschulwesen im Lande gezeigt. Die F.D.P. hat sich bewegt und einen pragmatischen Vorschlag vorgelegt, alle anderen sind in den ideologischen Gräben jahrzehntelanger Kämpfe sitzen geblieben. So wird es nicht gehen. Sollte es aber gelingen, gemeinsam **pragmatische Vorschläge** für eine **nachhaltige Haushaltskonsolidierung** zu erarbeiten, so wird sich die F.D.P. auch und gerade mit Blick auf

(Wolfgang Kubicki)

das Jahr 2000 einem gemeinsamen Vorgehen nicht entziehen.

Für eine solche konstruktive Auseinandersetzung lohnt es sich, Kraft und Ideen einzusetzen, und zwar ganz im Gegensatz zur heutigen Debatte, die nach meiner Auffassung so unnützlich ist wie ein Kühlschranks am Nordpol. Schon in wenigen Monaten wird wieder das übliche Spiel beginnen: Der Finanzminister berichtet mit betäubtem Blick von unvorhersehbaren Haushaltslöchern, die es der Landesregierung leider unmöglich machen, die vielen wohlklingenden Innovations-, Investitions- und Modernisierungsprogramme auch zu verwirklichen. Kollege Neugebauer, von den großen Ankündigungen wird, wie in der Vergangenheit, nur ein klägliches Haushaltsrest bleiben. Die F.D.P.-Fraktion jedenfalls ist es leid, permanent Debatten um Haushalte zu führen, die mehr Ähnlichkeit mit Wunschzetteln als mit einer konkreten, seriösen Finanzplanung haben.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation und die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sind bei den Haushaltsdebatten immer wieder ein wichtiges Thema. In diesem Zusammenhang wird auch oft auf die internationalen Rahmenbedingungen eingegangen. Wie oft heben wir dabei zum Beispiel die Globalisierung als Merkmal unserer Zeit hervor? Wenn es um wirtschaftliche Zusammenhänge geht, geschieht dies immer. Die Haushaltsdebatten der letzten Jahre belegen das zur Genüge. Die andere Seite der Medaille wird dabei aber vergessen.

Am 10. Dezember 1998 feierten wir den 50. Geburtstag der UNO-Menschenrechtserklärung. Auch in Schleswig-Holstein gab es Veranstaltungen und Kundgebungen, die uns in Erinnerung riefen, daß wir noch weit entfernt von einer internationalen Gesellschaft sind, die dem Ideal der Menschenrechtserklärungen entspricht. Vor dem Hintergrund dieses Jubiläums ist es aus unserer Sicht angebracht, einmal die Perspektive zu ändern.

Zu den **allgemeinen Menschenrechten** gehören nicht nur die politischen und bürgerlichen Rechte, sondern auch die sozialen und ökonomischen Rechte des Menschen. Gerade die Verletzung der sozialen und ökonomischen Menschenrechte nimmt in vielen Ländern

der Erde zu. Es gibt unzählige Beispiele von Ländern, in denen sich eine kleine Machtelite mit Korruption und Vetternwirtschaft auf Kosten der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung bereichert. Menschenrechtsorganisationen charakterisieren diese Form der Korruption und Vetternwirtschaft als eine Art ökonomisches AIDS. Wie die Krankheit AIDS breitet sie sich von Land zu Land aus, mit großen ökonomischen und sozialen Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung in den betroffenen Ländern. Als aktuelle Beispiele dafür, wohin dies führen kann, werden oft Indonesien oder Rußland genannt. Aber auch viele afrikanische und andere asiatische Länder sind von dieser um sich greifenden Krankheit betroffen. Das Hauptproblem dieser Länder ist das Fehlen von starken demokratischen Institutionen, die den einzelnen Bürger vor der Willkür der Machthaber schützen kann. Gerade dieser Aspekt ist aus unserer Sicht wichtig, denn wir meinen, daß wir mit der Globalisierung keine Möglichkeit mehr haben, zu steuern und zu gestalten. Ich denke, wir müssen auch hier die Perspektive umdrehen und dürfen nicht sagen: Wir müssen uns damit abfinden, wie es ist.

Wir dürfen aber auch nicht die Augen davor verschließen, daß sich das Phänomen der Korruption bei uns im demokratischen Westeuropa verstärkt einnistet. Ich sage das gerade vor dem Hintergrund, daß Oberstaatsanwalt Rex in der letzten Woche darauf hingewiesen hat, daß die Korruptionsfälle in Schleswig-Holstein stark angestiegen sind. Trotzdem haben die meisten Menschen bei uns immer noch das Gefühl, daß sie in einem Land leben, in dem die demokratischen Institutionen stark genug sind, den Kampf mit der Korruption aufzunehmen. Dieser Zustand ist keine Selbstverständlichkeit. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß der Vergleich hinkt, wenn ich auf die internationale Perspektive hinweise. Wir müssen aber alle aktiv daran weiterarbeiten, daß die demokratischen Werte unserer Gesellschaft nicht verfallen.

Für das **Vertrauen in die Demokratie** ist die Unterbindung von Korruption sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch im privaten Bereich unabdingbar. Dazu gehört aber auch, daß wir staatliche Organe und demokratische Institutionen haben, die organisatorisch und finanziell handlungsfähig sind und das Vertrauen der Bevölkerung genießen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schlechte Finanzsituation aller öffentlichen Haushalte in Deutschland muß uns auch in diesem Zusammenhang sehr bedenklich stimmen. Auch der Sack mit Gaben aus dem schleswig-holsteinischen Landeshaushalt fällt Jahr für Jahr weniger großzügig

**(Anke Spoorendonk)**

aus. Weihnachtsmann - entschuldige bitte -, Santa Claus Möller, versucht zwar mit großen Anstrengungen, die Geschenke für alle Kinder und Erwachsenen im Lande gerecht zu verteilen; aber beim Aufmachen der Geschenke wird es auch dieses Jahr Geschrei und Wehklagen geben. Der Gabentisch ist einfach nicht mehr so üppig bestückt, wie man es früher gewohnt war.

Der Haushalt 1999 steht unter dem Zeichen des **Regierungswechsels in Bonn**. Für Schleswig-Holstein ergeben sich dadurch veränderte Rahmenbedingungen. Zu diesen **neuen Rahmenbedingungen** gehören die am 1. Januar 1999 in Kraft tretende Steuerreform und die sogenannte Ökosteuer, die im April eingeführt werden soll.

Der SSW kann die Ziele dieser beiden Reformen unterstützen, nämlich die Stärkung der Binnenkaufkraft durch steuerliche Entlastung der Beschäftigten und die Verbilligung der Kosten für Arbeitskraft durch die Senkung der Lohnnebenkosten. Unserer Meinung nach haben diese Reformen im Zusammenwirken mit einem erfolgreichen Bündnis für Arbeit gute Chancen, sich langfristig positiv auf Konjunktur und Beschäftigung auch in Schleswig-Holstein auszuwirken.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist aber absehbar, daß sich durch einige der noch im Bund zu fassenden Beschlüsse für den Haushalt 1999 Probleme ergeben könnten. Die Landesregierung will sich zwar für eine vollständige Gegenfinanzierung einsetzen, aber dennoch sind neue Haushaltslöcher in bis zu zweistelliger Millionenhöhe möglich, beispielsweise durch die Erhöhung des Kindergeldes. Dies ist bedauerlich und kein gutes Omen für den Haushaltsvollzug 1999.

Eine Verschiebung der Verabschiedung des Haushalts auf den Januar hätte in diesem Zusammenhang aber keine Bedeutung, da wir erst im März oder April wissen, woran wir sind.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Wir werden uns also auch 1999 auf einen Nachtragshaushalt einstellen müssen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Vorsichtig!)

Es ist aber positiv, daß durch den heutigen Haushaltsbeschluß die vielen Zuwendungsempfänger zumindest **vorläufige Planungssicherheit** erhalten werden.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich hoffe, daß diese Planungssicherheit dann auch längerfristig sein wird.

(Günter Neugebauer [SPD]: Auch für die dänische Minderheit!)

- Sehr gut! - Nach den bisherigen Erfahrungen steht für uns an erster Stelle, daß sich das Land keine weiteren rechtlichen Probleme bei dem Verkauf der Landesliegenschaften leisten darf. Ich habe dies schon mehrfach betont und wiederhole es heute noch einmal. Deshalb begrüßt es der SSW, daß die Gründung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein GmbH auf den Juli verschoben worden ist, so daß alle rechtlichen Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt werden können. Das war ja der wichtigste Grund dafür, daß wir meinten, der Haushalt sollte erst Anfang des nächsten Jahres beschlossen werden. Wir bleiben dabei, daß die gesamte Konstruktion bei dem **Verkauf der Landesliegenschaften** nur umgesetzt werden darf, wenn alle rechtlichen Unklarheiten beseitigt worden sind.

Den wichtigsten Punkt des Gesetzentwurfes zur **Änderung des kommunalen Finanzausgleiches** lehnt der SSW weiterhin ab.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr bedauerlich!)

Die Reduzierung der Mittelzuweisung an die Kommunen ist aus unserer Sicht sehr bedenklich, und zwar gerade vor dem Hintergrund, daß wir erst im Frühjahr das Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung aufgenommen haben. Der SSW glaubt zwar nicht, daß die Landesregierung, wie es in einem Gutachten des Landkreistages steht, in dieser Frage verfassungswidrig handelt,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Landesrechnungshof wohl auch nicht!)

aber politisch können wir diese Gesetzesänderung so nicht mittragen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Lieber Kollege Neugebauer, ich komme darauf zurück. - Wir haben bereits bei der ersten Lesung darauf hingewiesen, daß auch die Kommunen in Schleswig-Holstein große finanzielle Probleme haben. So weist der Landkreistag darauf hin, daß die Kreise nach einer jahrelangen Konsolidierungspolitik und einem rigorosen Sparkurs am Ende ihrer Handlungsmöglichkeiten angelangt sind. Trotzdem werden die Kreise in den Haushaltsjahren 1998 und 1999 eine negative Finanzspitze ausweisen.

(Anke Spoorendonk)

Für den SSW bleiben die Kommunen die Keimzellen unserer Demokratie, und sie müssen deshalb gerade auf der Einnahmeseite gestärkt und nicht geschwächt werden,

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg  
[CDU])

damit sie den Bürgerinnen und Bürgern die gewünschten Dienstleistungen auch erbringen können.

Der SSW bekennt sich zu den Grundsätzen des zum 1. Januar 1995 geänderten Finanzausgleichsgesetzes, durch das ein umfassender Steuerverbund zwischen Land und Kommunen geschaffen wurde. Aus der so entstandenen Schicksalsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen ergibt sich für uns, daß die Steuermindereinnahmen, die nämlich aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung oder durch politische Entscheidungen des Bundes entstehen, gemeinsam getragen werden müssen.

Es entspricht aber nicht dem Wesen einer Schicksalsgemeinschaft, daß die Kommunen finanzielle Lasten tragen müssen, die auf politische Entscheidungen des Landes zurückzuführen sind. Obwohl die Landesregierung den Kommunen erheblich entgegengekommen ist, kann der SSW dem Finanzausgleichsgesetz in der jetzigen Form nicht zustimmen.

Wir haben einen eigenen Änderungsantrag als Kompromiß - so sage ich ganz deutlich - eingebracht. Darin schlagen wir vor, daß die vorgesehene Kürzung in Höhe von 50 Millionen DM pro Jahr nur als vorläufiges Notopfer der Kommunen anzusehen ist, um dem Land in einer schwierigen Haushaltslage zu helfen. Dieser Gesichtspunkt wurde ja auch in der Anhörung zum Beispiel von Seiten des Landkreistages deutlich gemacht. Die gesamte Summe muß deshalb nach dem Jahr 2000 über den Finanzausgleich zurückgezahlt werden. Das ist unsere Forderung.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer  
[SPD])

Den Alternativvorschlägen der CDU-Fraktion - beispielsweise die vorgeschlagene Senkung von Standards im Kindertagesstättenbereich - zur finanziellen Entlastung der Kommunen stehen wir skeptisch gegenüber. Auch andere Vorschläge lehnen wir ab, während es in dem Antrag der CDU-Fraktion durchaus Ansätze gibt, die wir mit unterstützen. Die Kommunalisierung der Regionalplanung zum Beispiel wird ebenfalls von uns gefordert. Deshalb fordern wir in unserem Änderungsantrag die Landesregierung auf, daß unabhängig von den Kürzungen im Rahmen des Finanzausgleiches die notwendige **Funktionalreform** zügig und im Einvernehmen mit den Kommunen weitergeführt werden muß. Wir waren in diesem Bereich schon einmal viel

weiter, als wir es heute sind. Das muß noch einmal unterstrichen werden.

Der SSW vertritt dabei aber die Auffassung, daß etwaige **Senkungen der Standards** oder **Deregulierungen** nicht zu Lasten der Qualität von Dienstleistungen erfolgen dürfen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Den übrigen Änderungen im Finanzausgleichsgesetz, insbesondere der Neuregelung bei der Erstattung von **Jugendhilfekosten**, steht der SSW positiv gegenüber. Es ist allgemein anerkannt, daß die finanzielle Ausstattung der Landkreise in diesem Bereich zu niedrig war, da es auch in den Landkreisen Probleme mit Jugendlichen gibt. Durch die Neuregelung wird jetzt auch die präventive Jugendarbeit finanziell besser gefördert, und die Landkreise bekommen einen größeren Anteil an der Erstattung von Jugendhilfekosten. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung hofft der SSW, daß sich der Städtetag und die Landkreise noch auf ein Berechnungsmodell einigen können. Es ist aber richtig, daß soziale Indikatoren in diese Modellberechnung einbezogen werden.

Durch die zwei Nachschiebelisten haben sich die **Eckwerte des Haushalts 1999** im Vergleich zum ersten Entwurf um einiges verbessert. So sind beispielsweise die Investitionen um 100 Millionen DM erhöht worden. Die Investitionsquote steigt daher von 10,5 % auf 11 %. Auch die Kreditfinanzierungsquote und die Zinssteuerquote haben sich seit dem ersten Entwurf im September etwas verbessert. Trotzdem läßt sich die bedenkliche finanzpolitische Entwicklung, die dem Haushalt insgesamt zugrunde liegt, nicht verbergen.

Der Bund der Steuerzahler hat recht, wenn er darauf hinweist, daß die Pro-Kopf-Verschuldung in Schleswig-Holstein die zweithöchste aller westdeutschen Flächenländer ist und 1999 weiter ansteigen wird.

Die Nettoneuverschuldung wird zwar 1999 gesenkt, aber dies ist aufgrund der Einnahmen aus dem Verkauf der Landesliegenschaften möglich. Dazu stehen wir auch. Das habe ich im Finanzausschuß mehrfach wiederholt. Daher war es aus meiner Sicht auch nicht richtig zu sagen, daß die Wirtschaftlichkeit vergleichbar mit dem jetzigen Status quo ist. Man muß bedenken, daß wir durch den Verkauf der Landesliegenschaften eine andere Konstruktion haben wollen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer  
[SPD])

**(Anke Spoorendonk)**

Langfristig gesehen haben wir es mit strukturellen Finanzproblemen zu tun, die uns noch viele Jahre belasten werden. Obwohl für die nächsten Jahre mit kontinuierlich wachsenden Steuereinnahmen gerechnet wird, ist es so, daß die Altlasten in Form von Zinsen und Pensionsbelastungen den heutigen Haushalt schon fast mit einem Fünftel der gesamten Ausgaben belasten. Es ist eine Tatsache, daß der Haushalt des Landes strukturell so belastet ist, daß eigentlich nur knapp 5 % der gesamten Nettoausgaben des Landes als sogenannte freiwillige Leistungen angesehen werden können. Das heißt, trotz des Anstiegs der Steuereinnahmen muß die Landesregierung weiterhin strukturelle Einsparungen vornehmen und die Nettoneuverschuldung senken.

Der Spielraum der Landespolitik für eigene Gestaltungsmöglichkeiten wird dadurch immer kleiner, egal welche Regierung in der Verantwortung steht. Deshalb hoffen wir, daß man sich künftig in der Haushalts- und Finanzpolitik mehr an den skandinavischen Ländern orientiert, wo **Haushaltskompromisse** zwischen **Regierung** und **Opposition** eher die Regel als die Ausnahme sind. Ich hätte Lust, den Oppositionsführer im Dänischen Folketing, Anders Fogh-Rasmussen, von den Liberalen zu zitieren, der sagt, mit dem Haushaltskompromiß habe er rund 25 % dessen erreicht, was er möchte. Für den Rest werde er sich dann weiter auf parlamentarischer Ebene einsetzen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist ja auch ein liberaler Konservativer! Mit dem kann man verhandeln! - Unruhe)

Das ist meiner Meinung nach ein Ansatz. Wir reden ja im Finanzausschuß immer wieder darüber, daß wir mehr zusammenarbeiten und uns besser zusammenfinden müssen. Angesichts der Probleme des Landes wäre es besser, wenn die Finanzpolitik auf eine breitere politische Basis gestellt würde.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, vielleicht können Sie der Kollegin etwas mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Ich habe manchmal das Gefühl, daß es auf dem Hamburger Hauptbahnhof - -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Sie müssen meine geschäftsführenden Bemerkungen nicht kommentieren, Frau Kollegin.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Das werde ich auch nicht tun. Danke.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist kein Mitleid!)

Der Verlauf der Haushaltsberatungen für das Jahr 1999 zeigt aber wieder einmal, daß wir von solchen Zuständen in Schleswig-Holstein noch weit entfernt sind. Um die finanziellen Probleme der öffentlichen Hand langfristig auch nur annähernd lösen zu können, müssen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Probleme entscheidende Fortschritte gemacht werden. Auch wenn in diesem Bereich die Entwicklung auf Bundesebene entscheidend ist, kann ein regionales Bündnis für Arbeit in Schleswig-Holstein einen wichtigen Beitrag leisten.

Der SSW begrüßt dabei, daß es der Landesregierung und der Wirtschaft auch dieses Jahr durch eine gemeinsame **Ausbildungsinitiative** gelungen ist, genügend Lehrstellen für junge Menschen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Ausbildungsplatz, keine Arbeit, keine Wohnung - das ist nach Beendigung der Schulzeit sonst die Lebensperspektive vieler. Lehrstellenmangel, zu wenige und zu teure Wohnungen machen es vielen Jugendlichen schwer, ihren Weg zu finden. Dies trifft vor allem für Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien zu. Für sie wird der Start in die Selbständigkeit zum Hindernisrennen. Es muß deshalb weiter eine Kernaufgabe des Landes sein, den Jugendlichen bei dem Einstieg in ihr Berufsleben aktiv zu helfen.

Daher unterstützt der SSW das Bestreben der Landesregierung, durch eigene Arbeitsmarktprogramme - beispielsweise durch ASH III und „Arbeit statt Sozialhilfe“ - auch 1999 eigene Akzente in der **Arbeitsmarktpolitik** für Schleswig-Holstein zu setzen. Angesichts der Haushaltslage müssen wir auch in diesem Bereich leider Kürzungen hinnehmen. Deshalb ist es positiv, daß sich die Landesregierung um zusätzliche Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds bemüht hat.

Der SSW wird die Landesregierung in ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter voll unterstützen.

(Anke Spoorendonk)

Für den Landesteil Schleswig ist die Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung besonders wichtig. Wir haben dieses Thema bereits mehrfach im Landtag diskutiert. Obwohl die Landesregierung zugesagt hat, daß die verschiedenen Strukturprogramme der EU, des Bundes und des Landes in einem neuen „Regionalprogramm 2000“ zusammengefaßt werden, ist der SSW besorgt darüber, in welcher Größenordnung die Mittel in Zukunft noch zur Verfügung stehen werden. Im Haushalt 1999 ist leider eine weitere Reduzierung sowohl der Mittel des Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume als auch der GA-Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raumes zu verzeichnen. Diese Kürzungen lehnt der SSW ab.

Dabei stehen wir vor weiteren strukturellen Änderungen. Die mögliche **Abschaffung des zollfreien Handels** wird für die Arbeitsplätze und die Beschäftigung in Schleswig-Holstein und besonders auch für den Landesteil Schleswig negative Folgen haben. Insgesamt sind bis zu 3.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Viele Fährlinien, unter anderem die Förde-Reederei in Flensburg und die Gelting-Fåborg-Linie, haben bereits Kündigungsschreiben an ihre Beschäftigten verschickt.

(Ursula Röper [CDU]: Sie müssen die dänischen Kollegen überzeugen!)

Der SSW, liebe Kollegin Röper, wird die dänische Regierung bitten, ihre Haltung zur Abschaffung des Duty-free zum 1. Juli 1999 nochmals zu überdenken.

(Ursula Röper [CDU]: Aber mit Druck!)

Sollten Dänemark und die Beneluxländer ihre Entscheidung nicht rückgängig machen, fordert der SSW, daß die EU zumindest gezielte Strukturhilfen für die betroffenen Regionen bereitstellt.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist doch absurd!)

Der SSW begrüßt es, daß sich die Koalitionsparteien SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verständigt haben, zur Sicherung der Arbeitsplätze bei den **schleswig-holsteinischen Werften** zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die Aufnahme von Verpflichtungsermächtigungen von über 30 Millionen DM im Jahre 2000 und danach ist eine positive Nachricht auch für die Werften im Landesteil Schleswig.

Das neue Programm der Landesregierung „**Arbeit, Bildung und Innovation**“ hat aus der Sicht des SSW positive Ansätze. Denn gerade die Aus- und Weiterbildung sowie der Bereich der Technologieförderung sind wichtig für die zukünftige Entwicklung des Landes. Trotzdem werden wir abwarten müssen, wie das Programm konkret umgesetzt werden soll. Und da genügt es in der Tat nicht, wenn man nur die bisher-

gen Programme unter einem neuen Namen zusammenfügt. Auch bleibt die Landesregierung noch den Nachweis schuldig, daß die eingesetzten Mittel, die ja zum Teil durch Umschichtung der Mittel aus dem Regionalprogramm und der GA-Förderung finanziert worden sind, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze wirklich effizienter als die traditionellen Wirtschaftsförderungsprogramme sind.

Der SSW begrüßt die vorgeschlagene Änderung des **Schulgesetzes**. Dadurch sollen sich die Bedingungen der heilpädagogischen Schulen verbessern. Sie werden künftig mit 90 % statt mit 85 % der an den öffentlichen Schulen anfallenden Kosten bedacht werden. Dies bewerten wir als einen ersten sinnvollen Schritt. Ich möchte Sie alle an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erinnern, wonach das Privatschulwesen in seinem Bestand nicht gefährdet werden darf. Doch solange die Bezuschussung der Privatschulen im Lande mit den Kosten verknüpft sein wird, die an den öffentlichen Schulen anfallen, wird ein Ungleichgewicht zu Lasten des Privatschulwesens bestehen. Im Privatschulwesen haben wir es auch immer mit kleineren Schulen zu tun, und kleine Schulen sind immer kostenintensiver als große.

Die **Situation der Lehrerinnen und Lehrer** in unserem Lande wird immer verworrener. Nachdem man sich für das Angestelltenverhältnis entschieden hat, sind die Signale in letzter Zeit erneut in Richtung Verbeamtung von Lehrkräften ausgerichtet gewesen.

(Konrad Nabel [SPD]: Aber nur kurzfristig!)

Der SSW steht zu der Entscheidung für ein Angestelltenverhältnis von Lehrkräften.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings sind wir der Auffassung, daß die Entbeamtungspolitik zu unkoordiniert vonstatten geht. Die Regelungen müssen besser aufeinander abgestimmt werden, und Ungerechtigkeiten im Verhältnis zwischen Beamten und Angestellten, die es gibt, müssen beseitigt werden. Daran hapert es zur Zeit. Wir hoffen hier auf eine Besserung im Sinne der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Wir vermissen hier ein Konzept.

Den begonnenen Prozeß jetzt aber abubrechen, hält der SSW nicht für sinnvoll. Es würde auch finanziell betrachtet keinen Sinn machen, die eingegangenen Beschäftigungsverhältnisse in Beamtenverhältnisse umwandeln zu wollen. Für die Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt im Angestelltenverhältnis arbeiten, sind Rentenbeiträge eingezahlt worden. Würde man diese Arbeitsverhältnisse umwandeln, dann wären die ein-

(Anke Spoorendonk)

gezahlten Beiträge schlicht verloren. Es geht dabei um zweistellige Millionenbeträge. Die Betroffenen hätten zudem später einen Anspruch auf höhere Pensionen. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß wir uns dafür entschieden haben, auf Angestelltenverhältnisse umzustellen, damit wir die Pensionslast nicht auf spätere Generationen abwälzen.

Der SSW verläßt sich darauf, daß es im Jahre 2000 zu den versprochenen 200 neuen Lehrerstellen kommen wird. Die Bildungsministerin hat uns darauf ihr Wort gegeben.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus der Sicht des SSW kann es nur eine Zwischenlösung sein, die Stundengebermittel aufzustocken. Auch das will ich hier noch einmal betonen.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist viel zu wenig!)

Ein massives Problem ist und bleibt der **Unterrichtsausfall**. Die ausgefallenen Stunden sollen nachgeholt werden. Es ist positiv aufgenommen worden, daß die Bildungsministerin davon gesprochen hat, daß hier so unbürokratisch wie möglich vorgegangen werden soll. Dies werten wir als eine Verbesserung der Kommunikation.

Wenn unsere Kinder in der **Informationsgesellschaft** bestehen sollen, ist es wichtig, daß sie frühzeitig lernen, mit PC und Internet umzugehen. Die Landesregierung hat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft das Programm „Schulen ans Netz“ aufgelegt, wonach bis zum Jahre 2002 alle Schulen ans Netz kommen sollen. Wir vertreten die Auffassung, daß es noch schneller gehen könnte, und sind in diesem Punkt deshalb auch geneigt, den Antrag der CDU zu unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Was, was?)

Es ist hier wichtig, zügig voranzukommen, damit alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen erhalten.

Die **Situation der Polizistinnen und Polizisten** in unserem Lande ist nach wie vor unbefriedigend. Erste Signale des Innenministeriums weisen darauf hin, daß hinsichtlich des Abbaus des Beförderungsstaus etwas in Gang gesetzt worden ist. Ich formuliere das so vorsichtig, weil einige Meldungen im nachhinein als Zeitungssente dargestellt worden sind. Die vorhandenen Mittel sollen umgeschichtet werden, heißt es. Die Signale aus dem Innenministerium, daß die Beförderungen jetzt doch durchgeführt werden sollen, sind von der Gewerkschaft der Polizei begrüßt worden. Für wen dies aber letztlich gelten wird, wer befördert wird, wie viele Beamtinnen und Beamte befördert werden kön-

nen und wann, das scheint mehr oder weniger im Dunkel verborgen zu sein.

Für den SSW möchte ich unterstreichen, daß aus unserer Sicht die zweigeteilte Laufbahn wünschenswert und notwendig ist. Wir brauchen im Polizeibereich die nötige Planungssicherheit, die nicht zuletzt auch im Sinne einer vertrauensbildenden Maßnahme unverzichtbar ist.

(Meinhard Füllner [CDU]: Aber wann?)

Das Beauftragtenwesen ist einmal mehr in die Schlagzeilen geraten. Die CDU-Fraktion stellt erneut die **Beauftragten** in Frage. Abgesehen von dem Landesdatenschutzbeauftragten genieße keine oder kein Beauftragter Bestandsschutz, heißt es. Das ist für den SSW nicht nachvollziehbar. Ich habe es heute morgen in einem anderen Zusammenhang schon einmal angedeutet. Natürlich muß man unterscheiden und schauen, wo gut gearbeitet wird und wo nicht. Ich will nicht verschweigen, daß sich der SSW die Arbeit eines Beauftragten für den Landesteil Schleswig anders vorgestellt hat.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Der SSW wird die Landesregierung in dieser Frage nicht aus ihrer Verantwortung entlassen.

Was den Flüchtlingsbeauftragten angeht, wollte der SSW eine andere Lösung. Diese wäre aber auch nicht kostenneutral gewesen.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

- Wenn ordentlich gearbeitet werden soll, dann kostet das nun einmal etwas!

Ein weiteres zu dem Thema Bürgerbeauftragte. Die Bürgerbeauftragte Sigrid Warnicke leistet gemeinsam mit ihrem Team aus unserer Sicht - ich denke, im allgemeinen wird das auch so gesehen - eine hervorragende Arbeit.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Günter Neugebauer [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich fordere dazu auf, dieser Institution endlich eine Bestandsgarantie zu verleihen. Es kann nicht sein, daß sich die Bürgerbeauftragte bei jeder Beratung eines Landeshaushalts die Frage stellen muß, ob sie abgeschafft wird oder nicht.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut! - Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

(Anke Spoorendonk)

Die Zeiten werden sich mit Sicherheit einmal ändern. Denn in einer Demokratie ist der Regierungswechsel die Normalität.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] - Thomas Stritzl [CDU]: Im Jahr 2000! - Günter Neugebauer [SPD]: Aber nicht so schnell!)

Ich fordere daher die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu auf, die Institution der **Bürgerbeauftragten** so zu sichern, daß sie auch im Falle einer anderen Regierungsmehrheit weiterhin ihre Arbeit leisten kann. Unser Vorschlag war auch, daß wir das einvernehmlich lösen sollten, daß wir eine Vernetzung von Bürgerbeauftragter und Eingabenausschuß herbeiführen sollten. Deshalb sollten Sie, die Regierungsparteien, den Antrag des SSW zur Stärkung der Bürgerbeauftragten noch einmal überdenken.

Die Abschaffung des Grenzland- und Minderheitenbeauftragten machen wir natürlich nicht mit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

An die Adresse der CDU gerichtet möchte ich gern den Unmut auch der deutschen Minderheit in Nord-schleswig vortragen - der Kollege Hay sprach es heute morgen an -, die über diesen Antrag der CDU schlicht erbost ist. Wenn es Ihnen vielleicht auf die Interessen der Mitglieder der dänischen Minderheit nicht so ankommt, dann sollten Sie wenigstens am Wohlergehen der deutschen Minderheit Interesse zeigen, die sich durch den **Grenzlandbeauftragten** in hervorragender Weise vertreten fühlt.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Es hat den SSW auch verwundert, daß weder CDU noch F.D.P. bereit waren, unsere Haushaltsanträge zu unterstützen, als sie letzte Woche im Finanzausschuß beraten und beschlossen wurden. Die Anträge zielten ausschließlich auf eine Rücknahme von Kürzungen ab.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es ging uns darum, den Status quo zu erhalten. Von einer Gleichstellung sind wir dabei noch ein Stück entfernt. Solange diese Gleichstellung nicht erreicht ist, wird sich der SSW gegen Kürzungen im Bereich der Minderheiten wehren. Ich bin also zutiefst enttäuscht darüber, daß weder CDU noch F.D.P. unseren Anträgen zugestimmt haben. Ich bin den Mehrheitsfraktionen des Landtages dafür dankbar, daß sie dem SSW ein gutes Stück entgegengekommen sind.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine letzte Bemerkung! Der SSW wird, weil wir mit unseren Anträgen dieses Entgegenkommen gespürt haben, weil wir uns in dem Haushalt insgesamt auch wiederfinden können, dem Gesamthaushalt zustimmen. Zu den Einzelanträgen werde ich anschließend noch etwas sagen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich auf der Tribüne und in der Besucherloge Besucherinnen und Besucher begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt das Wort der Frau Ministerpräsidentin.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Kollegin Spoorendonk, Sie sollten der Bürgerbeauftragten nicht solche Angst machen. Noch wissen die möglichen Kandidaten bei der CDU nicht, ob sie wollen, sollen, müssen, dürfen. Selbst wenn sie sollen, wollen, müssen, dürfen, ist es noch nicht gesagt, daß sie gewinnen.

(Lothar Hay [SPD]: Oder können! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Solange wir noch über die Haushalte zu bestimmen haben, brauchen die Beauftragten keine Angst zu haben.

Es war ja zu erwarten - oder vielleicht zu vermuten -, daß - weil wir uns heute ja nur über den Haushalt unterhalten - die Fetzen fliegen würden. Ich stelle mit einer gewissen Genugtuung fest, daß sie nicht geflogen sind. Das muß an Weihnachten liegen oder an der Einsicht, daß man, wenn in den Haushalten kein Geld ist, zwar eine Menge fordern kann, sehr geehrter Herr Oppositionsführer, aber vielleicht doch dazu sagen muß, wie man es bezahlen möchte.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Ursula Röper [CDU]: Das haben wir doch getan!)

Daß die Lage aller Haushalte schwierig ist, ist kein Geheimnis. Sogar der Kollege von Claus Möller, Kurt Falthäuser, hat mir mit geradezu jammernswerter, beklagenswerter Gebärde sein Portemonnaie geöffnet,

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

um uns nach der Wahl in Bayern zu zeigen, was für arme Teufel die da unten doch sind. Es ist ja nicht so, daß dies ganz plötzlich über uns gekommen ist, nur weil zufällig am 27. September die Regierung gewechselt hat, sondern weil vorher - durch eine Steuerpolitik, die wir immer als falsch betrachtet haben - die öffentlichen Haushalte geplündert worden sind.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

- Ja, solange das nicht anders wird, so lange muß ich das leider noch sagen. Sie haben ja erst vor zwei Monaten verloren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sind schon gespannt auf die nächsten zwei Monate!)

Damit ich gleich einem weiteren Einwurf von Ihnen entgegenreten kann: Der Kollege Geißler - ich glaube, der gehört der CDU an, und ich glaube, der hat eine ziemlich führende Position in Ihrer Partei - geißelt ja im Moment nicht ohne Recht a) die falsche Steuerpolitik seiner alten Regierung und b) die Eiseskälte, mit der die alte Regierung jedes kleine Pflänzchen einer Zusammenarbeit in diesem Land kaputtgemacht hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen Sie gestern Abend falsch verstanden haben!)

- Auch gestern Abend hat er das gemacht, sogar vor laufender Kamera!

Mit anderen Worten: So falsch kann das nicht sein, wenn wir hier vortragen, daß es politische Verantwortliche für die Situation gibt, die wir jetzt gemeinsam bewältigen müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Weil ich dem Kollegen Geißler zustimme, habe ich darum gebeten, daß wir aus den Fehlern der alten Regierung lernen und gemeinsam versuchen, uns auf ein Minimum von dem zu einigen, was an Aufgaben gemacht werden muß und was nicht mehr gemacht werden kann.

Natürlich, Herr Oppositionsführer, will jeder mehr Lehrer haben. Natürlich bräuchten wir mehr Mitarbeiter in den Strafvollzugsanstalten, natürlich müßten wir mehr für die Unternehmer tun, natürlich müßten wir mehr Infrastruktur bereitstellen, natürlich müßten wir mehr für die Universitäten tun.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aber wenn es ans Bezahlen geht, dann ziehen Sie sich zurück und sagen: „Wir sind die Opposition,“ und

überlassen es uns, den Menschen zu erklären, daß man auch Prioritäten setzen muß, Prioritäten, damit man mit dem, was man nicht in der Kasse hat, wenigstens die wichtigsten Aufgaben erfüllen kann.

(Thomas Stritzl [CDU]: Oh nein!)

Dann muß man hier im Haus dasselbe sagen, was man draußen sagt, wenn dort demonstriert wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Man kann dort draußen nichts anderes versprechen, als man hier drinnen einhalten kann.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Das ist ein Vorwurf, den Sie mir überhaupt nicht machen können, Herr Kubicki, nämlich daß ich draußen etwas anderes sage als hier drinnen oder umgekehrt.

Die Politik dieser Landesregierung ist auf kurzfristige Maßnahmen zur **Haushaltskonsolidierung** und auf langfristige Maßnahmen, die den Boden für eine solide Finanzlage festmachen sollen, ausgerichtet. Da brauchen wir noch ein bißchen Zeit, da wir noch nicht alle Daten aus Bonn haben.

Diese Politik muß arbeitsmarktfreundlicher gestaltet sein, sie muß sozial ausgeglichener sein, und sie muß die Mahnung des Kollegen Geißler mit aufnehmen: Macht es nicht über die Mehrheit der Köpfe in dieser Gesellschaft hinweg! Nehmt die Menschen mit, die das nachher alles auf sich nehmen und schultern müssen!

(Roswitha Strauß [CDU]: So wie die Landesregierung!)

Wir werden noch in diesem Jahr - dies ist auch schon Bestandteil der Diskussion gewesen - damit beginnen, die **Liegenschaftsübertragung** verfassungsgemäß als Baustein der Modernisierung und Flexibilisierung unserer Politik durchzuführen. Natürlich werden wir uns darüber freuen, daß uns dieses Modell auch Geld in die öffentlichen Kassen bringt, wodurch wir weniger Fremdkapital auf dem Markt aufnehmen müssen.

Wir werden - das ist auch bereits diskutiert worden - beim **kommunalen Finanzausgleich** bei den Kürzungen, die jetzt als Kompromiß gefunden worden sind, bleiben. Ich weiß, daß das Ärger gebracht hat und auch noch Ärger bringt. Ich weiß, daß die Kommunen darüber nicht begeistert sind. Ich möchte nur für eines werben: Die Landesregierung hat in den letzten zehn Jahren wirklich viel für die Kommunen getan. Mit den Regionalprogrammen - sowohl das

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Programm Nord als auch das Westküstenprogramm als auch das Konversionsprogramm - hat die Landesregierung doch Programme aufgelegt, die den Kommunen zugute gekommen sind, die ja vor Ort dafür gesorgt haben, daß wir Arbeitsplätze anbieten und jungen Menschen eine Chance geben können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat Ihnen das denn erklärt?)

Die von uns geplante Kürzung wird für die Kommunen schmerzhaft werden. Ich weiß aber, daß sich beispielsweise der Oberbürgermeister einer Stadt, die nicht sehr weit entfernt ist, gerade vorgenommen hatte, die Landesregierung einmal so richtig fertigzumachen. Da kam der Wirtschaftsminister und hatte einen Zuwendungsbescheid über 17 Millionen DM.

(Martin Kayenburg [CDU]: „Gekauft“ kann ich da nur sagen! - Thomas Stritzl [CDU]: Was haben Sie gegen Gansel?)

Da paßte es nicht mehr so ganz zusammen, daß von uns die Kommunen ausgeräubert und armgehalten würden und daß sie von uns keine Hilfe kriegen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nun ein Sparprogramm vorgelegt, bei dem ich zu Recht dabei bleibe, daß es eigentlich kein Sparprogramm ist. Warum - um Gotteswillen - wollen Sie denn alle Beauftragten abschaffen, wenn durch sie - wie Sie ja selber merken - ein Stückchen Zufriedenheit und Ruhe in die Gesellschaft gekommen ist und Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, sie können sich an jemanden wenden, der ihnen zuhört, wozu wir manchmal in der Eile keine Zeit haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Warum müssen Sie das Ministerium für Frauen, Familie und Jugend abschaffen, warum das Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten? Warum schaffen Sie nicht gleich den ganzen Laden ab und sagen: Wir lassen das einfach so laufen, wie es hier irgendwie vorbeikommt?

Dahinter stehen doch Überlegungen, die Sie gehabt haben, als Sie damals noch darum geworben haben, Wählerstimmen zu bekommen. Sie wollten ein Umweltministerium einrichten, weil Sie gemerkt haben, dies ist eines der Zukunftsthemen, für die sich Jung wie Alt gleichermaßen interessieren, und dies ist ein Thema, mit dem man in unserer Gesellschaft ein Stückchen dazu beitragen kann, Menschen wieder dazu zu bewegen, mitzuarbeiten, mitzumachen, sich zu engagieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich sage jetzt eines zum letzten Mal - Wiederholungen, Redundanzen sind ja notwendig, bis es auch der letzte begriffen hat -: Wenn Sie jetzt noch einmal mit dem Hinweis kommen, daß Beamte billiger seien als Angestellte, und wenn ich dann von vorhin noch Ihre Verkaufsideen im Ohr habe - ein Mann verkauft ein Haus, oder das Land verkauft ein Haus - plus Ihre beamtenfreundliche Haltung, dann ist Ihnen wenigstens eines sicher, Herr Kubicki: eine Karriere beim Beamtenheimstättenwerk; dort wird man Ihnen das dann wenigstens so nachweisen können, daß Sie das begreifen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P. - Thomas Stritzl [CDU]: Jeder sorgt für das Alter vor!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht jetzt darum, die Position Schleswig-Holsteins im Wettbewerb der Regionen in Europa zu stärken. Dazu gehört es, den **Strukturwandel** voranzutreiben, die Modernisierung voranzutreiben, das Image unseres Landes so zu gestalten, daß es dem entspricht, was es in Wirklichkeit ist, auf umfassende Bürgerbeteiligung zu setzen und internationale Kooperation auszubauen.

Schon heute wissen sehr viele Menschen, daß das Land Schleswig-Holstein Ungeheures auf dem Weg des Strukturwandels geschafft hat, und weiteres wird hinzukommen mit dem Existenzgründerfonds, mit dem 130-Millionen-DM-Programm „Arbeit, Bildung, Innovation“, mit dem Bündnis für Arbeit und Ausbildung und mit kommunalen Arbeitsmarktprojekten wie dem in Elmshorn, die sich darum bemühen, Langzeitarbeitslose beziehungsweise Jugendliche, die nie eine Chance hätten, in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Dazu gehört die Förderung neuer Technologien, dazu gehört der Ausbau der Solaroffensive,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

dazu gehören die modernen Energiepotentiale wie die, in Off-shore-Anlagen Windenergie zu gewinnen, und so weiter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie das schon einmal durchgerechnet?)

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Das alles sind Vorhaben, die auch diskutiert werden und diskutiert worden sind, aber Gott sei Dank diskutieren Menschen darüber und sagen nicht ja und amen zu dem, was ihnen irgendwie von oben vorgegeben ist.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit der Minister Buß mir nicht dauernd böse ist, sage ich, daß ich weiß, daß die Landwirtschaft schon unendlich viel getan hat, um den Strukturwandel mitzugestalten. Aber da fehlt noch ein bißchen, um bei der Agenda 2000 bestehen zu können; hier sind noch Anstrengungen notwendig, um die ländlichen Räume bei uns im Land nicht hinten herunterkippen zu lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden in der Verkehrspolitik neue Wege zu gehen haben - darüber scheint es ja einen breiten Konsens zu geben -, und wir werden versuchen, in der Bildungspolitik soviel wie möglich von Verwaltung wegzuschaukeln, damit Lehrer wieder Zeit haben für ihre eigentlichen Aufgaben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind stolz darauf, daß wir eine Auszeichnung für eines der überzeugendsten Modelle der Modernisierung der Verwaltung bekommen haben; ich gratuliere übrigens den beiden Gemeinden hier im Land, die auch einen Preis bekommen haben.

Wir werden mit der Budgetierung an den **Hochschulen** die Chancen schaffen, daß die dort flexibler planen können und im Wettbewerb mitkommen.

Nun eine kleine Anmerkung an Sie, Herr Abgeordneter Klug: Sie haben das letzte Mal gesagt - Sie haben dafür viel Applaus gekriegt -, die fähigsten Wissenschaftler würden aus Schleswig-Holstein abwandern. Das muß ich Ihnen ehrlich sagen, das war eine echte Watschen. Darf ich das so übersetzen, daß die unfähigsten geblieben sind? Und wenn das dann so wäre, gehörte auch der Privatdozent K. dazu oder der Jura-professor mit dem Doppelnamen und dem Bindestrich dazwischen, der ein Ex-Minister ist, oder der Jura-professor mit dem guten Händchen für Steuerfragen? - Das sind doch nicht die unfähigsten Wissenschaftler, die hierbleiben, sondern die einen gehen, und die anderen kommen, das ist gut für eine Uni, wenn neue Gedanken aufgenommen werden und wenn anderes von uns woanders hingebracht werden kann.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Also glaube ich, daß unsere Universität von Ihnen ein Image angehängt bekommen hat, das sie nicht verdient hat. Gehen Sie einmal in die Medizinische Fakultät, und lassen Sie sich erzählen, was dort im Weltstandard gemacht wird und wie gut dort unsere Professoren, Mitarbeiter und Studenten sind!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann reden Sie doch einmal mit den Professoren, was die davon halten! Unglaublich!)

Und wenn sie dann gehen und woanders erzählen, wie toll es an der Christian-Albrecht-Universität in Kiel ist, habe ich darüber nicht zu klagen, sondern das sogar als gut zu empfinden, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie überhaupt das Image unseres Landes eigentlich für uns alle zusammen eine Herausforderung sein müßte. Noch immer gelten wir - ich bitte um Verzeihung, Herr Landwirtschaftsminister - als ein eher agrarisch strukturiertes Land, und es fällt uns so schwer - dagegen ist ja zunächst nichts zu sagen -, den anderen Menschen außerhalb von Schleswig-Holstein nahezubringen, was wir noch alles können.

Wir können eine ganze Menge - angefangen von Kunst und Kultur, vom Musikfestival bis zu den Filmtagen. Mit den großen Ausstellungen und Stiftungen in Schloß Gottorf ist dies doch ein Land, in dem Stifter- und Bürgerengagement sagen, ja, hierhin wollen wir unsere Sammlungen geben, weil es sich lohnt, für dieses Land Geld auszugeben, Werbung zu machen. Wir wissen, unsere Sachen sind hier gut aufgehoben, und sie wissen, daß andere kommen werden und sich daran erfreuen können.

Dies ist auch ein Stück Bürgerbeteiligung, von der wir in Zukunft leben müssen, weil wir nicht mehr alle Wünsche erfüllen können und weil wir wissen, daß junge Leute durchaus nicht politikverdrossen sind, sondern bereit sind, wenn sie die richtigen Signale, Hilfen und Anregungen bekommen, etwas für sich und ihre Zukunft und für unser Land zu tun.

Wenn ich dann sehe, daß mit den aufgestockten Programmen für das Freiwillige Soziale Jahr oder für das Freiwillige Ökologische Jahr in der Zwischenzeit junge Menschen aus Litauen, aus Dänemark, aus Österreich und aus aller Herren Länder kommen, dann ist dies ein Stück, um unser Land internationaler zu gestalten und damit auch zu zeigen, daß wir hier

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

mit Fremden gut zusammenleben können und gut zusammenleben wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wenn es uns jetzt gelingt, mit den 5,1 Millionen Ecu, die für die **Nordseekooperation** aufgelegt worden sind, so gut umzugehen wie mit den Mitteln für die **Ostseekooperation**, dann haben wir ein zweites Standbein gefunden. Dann geht es nicht nur um die Ostseekooperation - dabei ist Schleswig-Holstein, wie es der Altbundeskanzler Schmidt gestern feststellte, in der Ostseekooperation überhaupt hervorragend und herausragend -, sondern wir können das auch zur anderen Seite unseres Landes hin tun und damit der Westküste eine gewisse Chance geben.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich habe heute mit einem gewissen Interesse zugehört, Herr Oppositionsführer, als Sie erklärt haben, wie Sie sich eine **Zusammenarbeit im norddeutschen Raum** vorstellen. Schön, habe ich mir gedacht, das ist ja prima; das wäre sozusagen das erste Grundmuster für die Kommission Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, die ja später einmal in eine Enquetekommission übergehen soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Aber erinnern Sie sich noch an die Diskussion, als wir die ULR in eine norddeutsche Medienanstalt zusammenlegen wollten? - Da war aber etwas los, da stand sozusagen das christliche Abendland zur Disposition.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Es ist immer leichter, etwas zu fordern, als es nachher umzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Eine zweite Bemerkung dazu! Wenn jetzt in Nordrhein-Westfalen, weil dort einige der Strukturen als zu groß empfunden werden, als zu großartig, der Ministerpräsident überlegt, die Landschaftsverbände aufzulösen und die Aufgaben auf Kommunen und kleinere Regionen zu verlagern, weil er möchte, daß die Menschen sozusagen fußläufig ihre Probleme lösen können, dann müssen Sie sich überlegen, ob Sie mit diesem Riesengebilde von Bremen oder Emden bis nahezu an die Grenze in Frankfurt an der Oder noch etwas schaffen, was die Menschen überschauen können und bei dem die Menschen das Gefühl haben, ihre Sorgen werden auch von dem Nächstverantwortlichen wirk-

lich wahrgenommen. Da sind die Kosten offensichtlich höher als das, was Sie unter Umständen an Gewinn haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Aber wir können das ja aufnehmen; ich wehre mich gar nicht dagegen. Ich sage nur, wir sollten nicht soviel Hoffnung erwecken, daß das jetzt alles funktioniert, daß diese fünf Länder nun unter Hintanstellung ihrer eigenen Interessen auf allen Gebieten zusammenarbeiten werden.

Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen, daß die südliche Ostsee das große Sprungbrett für unsere Entwicklung nach Skandinavien werden kann. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Hochschulen im Ostseeraum gemeinsam und besser zusammenarbeiten können als in der Vergangenheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß die Nordseekooperation besser wird, wir werden uns dafür einsetzen, daß die vielen Modelle, die jetzt von der Bundesregierung zur Belebung des Arbeitsmarktes, für eine Neustrukturierung der Arbeitsmarktpolitik gesammelt werden und die wir hier in Schleswig-Holstein machen - wir sind zum Teil die einzigen und die Führenden -, auch gesetzlich verankert werden, damit wir Menschen, die langzeitarbeitslos sind, endlich eine Chance geben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch war das ja alles friedlich. Das nächste Jahr wird vermutlich hoch unterhaltsam für das hochverehrte Publikum sein, aber nicht mehr ganz so friedlich; denn wir haben ein Wahljahr vor uns. Es ist aber vielleicht dennoch keine Vermessenheit, Ihnen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns ja gern kloppen dürfen und daß Sie vieles von dem, was wir machen, nicht so machen würden und daß wir vieles von dem, was Sie machen, auf keinen Fall so machen würden, aber daß wir uns neben all dem Gezänk darüber unterhalten, daß die Zukunft unseres Landes etwas ist, was uns anvertraut ist und worum wir uns gemeinsam zu bemühen haben. Ich fände das sehr schön.

Ich danke allen, die geholfen haben, den Haushalt mehrfach durchzuarbeiten - ich bewundere alle Abgeordneten, die im Finanzausschuß so geduldig stundenlang gegessen haben; das ist ja gar nicht die her-

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

ausragende Charaktereigenschaft von Ihnen, lieber Herr Kubicki -,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und ich bedanke mich beim Parlament für die Geduld, die Sie mit uns gehabt haben. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, verabredungsgemäß unterbreche ich vor der Runde der finanzpolitischen Sprecher die Haushaltsberatungen, um an dieser Stelle den Tagesordnungspunkt 8 und gegebenenfalls den Tagesordnungspunkt 3 einer Entscheidung zuzuführen. - Ich höre keinen Widerspruch.

Ich rufe jetzt also noch einmal den Tagesordnungspunkt 8 auf:

**„Pallas“-Untersuchungsausschuß**

Ich habe hierzu noch einen Wortbeitrag aufzurufen. Das Wort hat der Herr Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns interfraktionell auf einen Ausschuß geeinigt.

Nach d'Hondt würde in einem Ausschuß von 13 Mitgliedern, den wir nunmehr akzeptieren wollen, der fünfte Platz der CDU zustehen. Weil es uns bei dieser Entscheidung zum „Pallas“-Untersuchungsausschuß um die Sache geht, haben wir trotz des Redebeitrags von heute morgen und trotz gewisser Bedenken der Lösung zugestimmt, nach der auch die Abgeordnete des SSW, Frau Spoorendonk, einen Sitz in diesem Ausschuß erhält.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Wir meinen, daß es gute parlamentarische Sitte ist, auch die Minderheiten in einem solchen Ausschuß zu berücksichtigen. Wir haben Verständnis dafür, daß die SPD einem Patt im Ausschuß nicht zustimmen konnte.

Ich betone nochmals: Uns geht es um die Sachaufklärung. Ich hoffe, Sie haben dieses Signal verstanden. Wir werden dann - wie ich hoffe - im Ausschuß auch mit der nötigen Ernsthaftigkeit und Klarheit Ergebnisse zügig - bis zur Mitte des Jahres - herbeiführen.

In diesem Sinne ist Einigkeit erzielt worden, Herr Präsident, und Sie könnten dann die entsprechende Abstimmung durchführen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] und Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Oppositionsführer. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung.

Wir stimmen auf der bestehenden Geschäftsgrundlage ab. Deswegen möchte ich darauf hinweisen, daß nach § 2 Abs. 3 des Untersuchungsausschußgesetzes der Landtag verpflichtet ist, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, wenn der Antrag von einem Fünftel der Mitglieder des Landtages unterstützt wird. Ich stelle fest, daß der Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. von einer ausreichenden Zahl von Abgeordneten unterstützt wird.

Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1854, vor. Über diesen Änderungsantrag lasse ich zunächst abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist einstimmig so angenommen worden.

Wir kommen nun zu dem Beschluß nach § 2 Abs. 2 des Untersuchungsausschußgesetzes. Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P., Drucksache 14/1844, mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

Dann stelle ich fest, daß bei einer Stimmenthaltung

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nabel! - Zuruf: Zwei Enthaltungen!)

- bei zwei Stimmenthaltungen - der Untersuchungsausschuß mit dem erforderlichen Quorum eingesetzt worden ist.

Ich habe auch keinen Widerspruch dazu gehört, jetzt noch die Entscheidung zu dem Tagesordnungspunkt 3 herbeizuführen, den ich hiermit aufrufe:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Einbeziehung von Flächen in Schleswig-Holstein für erforderliche Maßnahmen**

(Präsident Heinz-Werner Arens)

**zur Sicherung des Zusammenhangs des Europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“ bei der koordinierten Durchführung von notwendigen Planfeststellungsverfahren für die geplante Erweiterung des Geländes der Daimler-Benz Aerospace Airbus GmbH in Hamburg-Finkenwerder**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/1794

Bericht und Beschlussempfehlung des Umweltausschusses  
Drucksache 14/1829

Ich erteile der Berichterstatterin, der Frau Abgeordneten Tengler, das Wort. Bitte sehr, Frau Tengler!

**Frauke Tengler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit dem beteiligten Innen- und Rechtsausschuß empfiehlt der federführende Umweltausschuß dem Landtag mehrheitlich gegen die Stimme der Vertreterin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Warum das denn?  
- Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war erhellend!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen; dann lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend der Beschlussempfehlung des Umweltausschusses abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf gegen die Stimme der Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay mit allen übrigen Stimmen angenommen worden ist.

Meine Damen und Herren, damit kehren wir zu den Haushaltsberatungen zurück:

**Fortsetzung der Haushaltsberatungen 1999**

Ich eröffne jetzt die Runde der finanzpolitischen Sprecher und erteile dem Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Ministerpräsidentin hat gerade eben in ihrer Erklärung vor dem Landtag noch einmal gesagt, daß sie auf Dialogfähigkeit Wert lege, daß sie die Hand in Richtung Opposition ausstrecken wolle und

daß wir dann, wenn es um Gemeinsamkeit in wichtigen Fragen gehe, wie zum Beispiel bei den Strukturen des Landeshaushalts, aufeinander zugehen sollten. Ich habe dann allerdings wenig Verständnis dafür, daß dann, wenn Sie, Frau Ministerpräsidentin, dieses Angebot der CDU-Opposition aus dem Jahre 1997 in Ihrer Regierungserklärung vom 10. Dezember 1998 - also ein Jahr später - aufnehmen, was ich ja begrüße, die Mehrheitsfraktionen von Rot-Grün 24 Stunden später in dem zuständigen Finanzausschuß alle Oppositionsanträge in Bausch und Bogen ablehnen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das stimmt ja nicht! - Holger Astrup [SPD]: Was?)

Das ist eine Art und Weise des Umgangs mit der Opposition, die der Gemeinsamkeit nicht förderlich ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie werden deshalb von uns auch nicht erwarten können, daß wir in einem Klima nach dem Motto „Mehrheit statt Wahrheit“ mit Ihnen Gemeinsamkeiten dort finden, wo es notwendig ist. Wir sind dazu bereit, aber wir erwarten von Ihnen - und hoffen, daß Sie diese Chance heute auch nutzen -, daß Sie nicht auf der einen Seite von Gemeinsamkeit reden und auf der anderen Seite kompromißlos von der rot-grünen Abstimmungsfaust Gebrauch machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun haben Sie ja einige Punkte aufgenommen, um die es Ihnen besonders geht. Ich habe dies in Ihren Ausführungen gehört, Frau Ministerpräsidentin, wie auch in denen des Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion. Der eine Punkt ist die **Entbeamtungspolitik**.

Worum geht es? Die Opposition ist mit der Kultusministerin darin einig, daß das Land dann, wenn man von der Entbeamtungspolitik läßt und statt Angestellten wieder Beamte an den Schulen Dienst tun läßt, im nächsten Jahr 50 Millionen DM sparen kann. Ist das denn schlecht? Brauchen wir denn nicht mehr Lehrer an unseren Schulen?

Ich bin der Ansicht, wir brauchen mehr **Lehrer** an unseren **Schulen**; selbst Rot-Grün sagt: „Wir brauchen mehr Lehrer an unseren Schulen.“ 200 neue Stellen wollten Sie haben. Herausgekommen ist die Fraktion der Grünen allerdings mit mehr Geld denn Stellen - sprich: 4 Millionen DM insgesamt zur Ausfinanzierung von sogenannten „alternativen Aushilfsstellen vor Ort“! Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus der Verantwortung, unseren Schülerinnen und Schülern eine vernünftige Ausbildung zu geben,

(Thomas Stritzl)

kann und darf sich das Land nicht herausstellen; es muß die notwendigen Lehrer bereitstellen -

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und das nicht erst im Jahre 2000, sondern die Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch darauf, daß bereits in diesem Jahr die notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen zur Verfügung stehen. Wir als CDU haben gesagt: Jawohl, wir stellen sie bereit und verzichten auf eine ideologische Debatte, die da heißt, „Angestellte statt Beamte“. Wir sagen ja zu Beamten; jawohl, wir wollen das Geld, das wir dadurch sparen können, den Schülerinnen und Schülern, deren Ausbildung und damit den Zukunftschancen der jungen Menschen direkt zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Sehr geehrter Herr Kollege Neugebauer, kommen Sie bitte heute hierher

(Lothar Hay [SPD]: Er kommt ja gleich!)

- ja, ist in Ordnung -, und sagen Sie dem Landtag, daß die Finanzierung von Altersbeiträgen in der Angestelltenversicherung aus Krediten ein vernünftiger wirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Weg ist! Kommen Sie, Herr Kollege Neugebauer, und erzählen Sie das den Leuten hier im Lande!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich kenne Ihren Weg in der Entbeamtungspolitik. Die Grünen haben das in ihrem Landesausschuß beschlossen und haben gesagt, ab dem Jahr 2000 nähmen sie davon Abstand. Das wird so laufen wie beim Pensionsfonds: Erst ist es das Ei des Kolumbus, nachher das faule Ei - und das wird dann ausgepackt.

Es wird laufen wie bei der Arbeitszeit! Als wir im Jahre zum Haushaltsentwurf 1996 gefordert haben, die **Arbeitszeit** auf 40 Stunden zu erhöhen, haben Sie gesagt: das ist der falsche Weg! 32 Stunden sei der Weg, der Arbeitsplätze schaffe. Und vor zwei Wochen hat diese Landesregierung die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten auf 39,5 Stunden kommentarlos entfristet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Das ist die Situation: Wir machen die Vorschläge, Sie lehnen sie ab, und nachher finden diese Vorschläge dann im Regierungshandeln klammheimlich ihre Verwirklichung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deswegen fordern wir Sie im Interesse des Landes auf: Wenn Sie es wirklich ernst meinen, kommen Sie her, sagen Sie ja zu den Vorschlägen der Opposition! Ver-

geuden Sie nicht Zeit und Geld der Menschen im Land, indem Sie ideologisch noch ein Jahr länger in Ihrem Schützengraben bleiben, wissend, daß Sie ihn gleichwohl dann verlassen müssen!

Kollege Hay, zum Thema Motivation! Ich habe das mit großer Freude gehört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Es ist unglaublich, was diese Regierung zum Thema Motivationsverlust in der Landesverwaltung zu verantworten hat, zum Beispiel durch Führen von Kernzitataten über die Motivationsfähigkeit und -begeisterung von Beamten. Ich möchte das nicht alles wiederholen. Aber Sätze wie: „Wer fünf Jahre im öffentlichen Dienst ist, hat jede Kreativität verloren“, können die Menschen vor Ort nicht akzeptieren. Und sie haben zu Recht die Demonstrationen vor dem Landeshaus hervorgerufen, wo die Landesbediensteten gesagt haben: So lassen wir uns nicht behandeln!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben nicht nur gefordert, mehr Lehrer braucht das Land, brauchen die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein, wir haben auch gesagt, wir brauchen mehr Polizei. Das ist ja wohl unstrittig.

Ich lese in der Zeitung, daß mittlerweile der Herr Innenminister die Polizei bejubelt.

(Klaus Schlie [CDU]: Ach!)

Herr Innenminister, prima, bejubeln Sie die Polizei! Aber wir fordern Sie auf,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Tun Sie was!)

stimmen Sie unserem Antrag zu, tun Sie etwas für die **Polizei!** 175 Polizeianwärter sind möglich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und auch bei der Frage Telekommunikation und **Schulen ans Netz** fordern wir Sie zum Handeln auf. Frau Ministerpräsidentin, wir begrüßen ja, daß Sie sagen, Sie wollen sich dafür einsetzen, und daß Sie etwas getan haben. Aber wir sind uns doch einig, daß wir bei der Entwicklung der neuen Technologien nicht noch drei Jahre warten können, um 6 Millionen DM auszugeben. Baden-Württemberg hat 60 % der Schulen am Netz - darauf hat der Kollege Jost de Jager hingewiesen -, wir haben nur 30 % der Schulen am Netz. Deshalb sagen wir als CDU: Nehmt jetzt das Geld in die Hand, gebt es jetzt an die Schulen, damit die Schülerinnen und Schüler morgen die Computer mit Internetzugang haben! Deswegen wollen wir das Programm „Mehr Computer - Schulen ans Netz“ für 9 Millionen DM. Stimmen Sie dem doch

(Thomas Stritzl)

zu, wenn Sie es für richtig halten, und sagen Sie nicht nein!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sagen Sie etwas zur Arbeitslosigkeit! Wir haben in unser Programm als CDU 42,7 Millionen DM für mehr Arbeit in Schleswig-Holstein eingestellt, und zwar gerichtet auf neue Technologien. Das ist wichtig für die Zukunft, aber auch für die jungen Menschen, die bei uns keine Arbeit finden, weil das Bauhauptgewerbe - wie das Statistische Landesamt sagt - immer weniger Beschäftigte aufweist. Deswegen sagen wir: Mehr Sanierung für den Schulbau, mehr Sanierung für den Sportstättenbau und mehr Sanierungsmaßnahmen auch für die Bauten im Landesbesitz!

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Und nun kommen wir noch einmal zur **40-Stunden-Woche**. Es wird so getan, als sei das etwas ganz Schlimmes. Ich kann Ihnen nur sagen, mehrere Bundesländer haben sie bereits. Herr Astrup, man braucht kein Prophet sein, um vorherzusehen, daß sie in Schleswig-Holstein irgendwann, wenn auch zeitverzögert, kommen wird.

(Holger Astrup [SPD]: Nur für Sie!)

Kollege Astrup, die Frage ist, ob das wirklich völlig aus dem Raum gegriffen ist, etwas, was dem Arbeitsmarkt widerspricht. Nun habe ich hier eine Meldung „Gewerkschaft verbietet Mehrarbeit“ mit dem Untertitel „51 Jobs in Gefahr“. Worum geht es? - 51 Arbeiter von Möbel Unger in Wansbek krepeln die Ärmel hoch und wollen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze - zum Erhalt ihrer Jobs - freiwillig 41 statt tariflich übliche 37,5 Stunden pro Woche arbeiten und das ohne Lohn- oder Freizeitausgleich.

Der Weg zu mehr Arbeit, der Weg zu mehr Jobs, wenn die Arbeitszeit denn bezahlbar sein soll, geht doch nur über eine Verlängerung der Arbeitszeit. Wir haben viel Arbeitsanfall, und die Umstrukturierung des Landes wird noch mehr bringen. Deswegen müssen wir in diesem Bereich auch bereit sein, unpopuläre Wege zu gehen. Wenn wir als Opposition hierzu die Mitarbeit anbieten, verstehe ich nicht, daß die Regierung sich hinstellt und sagt, das machen wir alles nicht mit. Ich glaube, Sie verspielen hier eine große Chance.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Finanzminister, obwohl die finanzpolitischen Spielräume da wären, wenn man sie denn wollte - ich erwähne noch einmal die statistischen Kurzinformationen des Landesamtes: Steuereinnahmen des Landes Schleswig-Holstein in den ersten neun Monaten um 657 Millionen DM gestiegen -, gehen Sie den Weg

und sagen, trotzdem nehmen wir den **Kommunen** Geld aus der Tasche.

(Zurufe der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Das sind 50 Millionen DM für das Jahr 1999 und 50 Millionen DM für das Jahr 2000.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie bestrafen die kommunale Gestaltungsfreiheit, Sie bestrafen die kommunale Sparfreudigkeit. Es ist der Innenminister, der zu den Städten und Kreisen hinget und sagt: Ihr müßt mehr sparen! Tun sie es, kommt der Finanzminister und sagt, dann geht das Geld zu mir.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, so spielen Sie die Kommunen gegen das Land aus, und so schaffen Sie Unfrieden in der kommunalen Gemeinschaft.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Ich möchte noch ein letztes Wort zu den **Beauftragten** sagen, weil es hier wohl eine Diskussion dazu gegeben hat, wenn ich das richtig verfolgt habe.

(Heiterkeit des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht nicht darum, daß wir die Tätigkeit derjenigen, die Aufgaben als Beauftragte wahrnehmen, geringschätzten. Es geht darum, daß wir sagen, in einer parlamentarischen Demokratie sind die Aufgaben zwischen Parlament und Regierung verteilt. Wenn die Aufgaben entsprechend verteilt sind und ein Fortschritt in der Entwicklung gemacht wurde, egal ob im Minderheitenschutz, beim Sektenbeauftragten oder wo auch immer, wenn Anreize gegeben wurden und wichtige Anschubarbeit geleistet wurde - das gilt genauso für den Grenzlandbeauftragten -, dann muß auch der Zeitpunkt kommen, eine Bestandsaufnahme zu machen und zu fragen, ob es jetzt nicht sinnvoller ist, die Aufgaben wieder in die Hände derjenigen zu legen, die vom Grundsatz der parlamentarischen Demokratie her dazu beauftragt sind.

Nur darum geht es: Rückverlagerung der Aufgaben in die Hände derjenigen, die dazu berufen sind, nicht um die Kritik an Einzelpersonlichkeiten, sondern darum, die Strukturen für die Zukunft wieder zu verschlanken. Da kann man vor keinem Bereich haltmachen, sondern die Aufgaben müssen wieder neu vernünftig

(Thomas Stritzl)

auf die bestehenden Strukturen zwischen Regierung und Parlament verteilt werden.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

In dem Sinne: Die Haushaltsanträge der Opposition haben ein großes Spar- und Umschichtungsvolumen dargetan. Wir haben einen Antrag für den Haushalt 1999 vorgelegt und Ihnen die Einsparpositionen in den Einzelanträgen dargelegt. Wir haben einen Entschließungsantrag erarbeitet, in dem aufgeführt wird, wo Sie mittelfristige Strukturpotentiale haben. Wir haben einen Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz - intensiv wird dazu noch Frau Kollegin Strauß sprechen -, der sich mit dem Thema Bad Bramstedt beschäftigt, vorgelegt.

Die Anträge der Opposition zeigen Perspektiven für das Jahr 1999 und sind machbar. Ich kann Sie nur ganz herzlich bitten: Wenn Sie Gemeinsamkeit ernst meinen, dann nehmen Sie die ausgestreckte Hand der Opposition an und machen nicht von der Abstimmungsfaust Gebrauch!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Neugebauer das Wort.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wer die Eckdaten des Landeshaushalts 1999 hier noch so lautstark kritisiert, kann nicht ausblenden, wie es in anderen Bundesländern zugeht und mit welcher Hinterlassenschaft

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nachlaß!)

wir in Bonn fertig werden müssen. - Gerade Sie, Herr Kollege Kubicki, haben den Schuldenstand in Schleswig-Holstein kritisiert.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Waigel hat in Bonn 2 Billionen DM Schulden hinterlassen, und wir müssen im Jahr 1999 allein 90 Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt für Zinsen aufbringen.

Wenn der Kollege Kayenburg und auch Sie heute Krokodilstränen über die Steuerreform vergießen, blenden Sie aus, daß wir - wenn der F.D.P./CDU-Vorschlag des Bundestages vom Bundesrat akzeptiert worden wäre - im Jahr 1999 mit Mindereinnahmen zwischen 400 Millionen und 600 Millionen DM hätten klarkommen müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

- Natürlich, da können Sie nicht einfach Quatsch sagen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schlichter Unsinn!)

Wir müssen mit dem fertig werden, was uns hinterlassen worden ist.

Wir müssen auch damit fertig werden, daß wir aufgrund einer verfehlten **Steuerpolitik** in den letzten Jahren entgegen der Erwartungen **Mindereinnahmen** zu verzeichnen hatten. Wenn es nach der mittelfristigen Finanzplanung aufgrund der Planung des Finanzplanungsrates gegangen wäre, hätten wir heute 2 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen. Daß wir das mit dem Haushalt, den wir heute hier zur Abstimmung vorgelegt haben, verkraftet haben, zeigt doch, daß wir den Mut und auch die Kraft zum Sparen, Kürzen und zur Strukturreform gehabt haben.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

In der Tat ist es richtig: Kein Bundesland ist mit dieser Finanzkrise so gut fertig geworden wie das Land Schleswig-Holstein.

(Zurufe)

Wir haben die niedrigsten Steigerungsraten bei der Nettokreditaufnahme in den letzten zehn Jahren. Wir haben - außer dem Saarland - den niedrigsten Steigerungsanteil bei den Nettoausgaben seit zehn Jahren. Wir haben eine Kreditfinanzierungsquote von 6,5% - ein historischer Tiefstand.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch alles gar nicht!)

Nach dem Abbau von Planstellen in den letzten Jahren werden auch 1999 weitere 1.000 Planstellen netto abgebaut.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Angesichts der Zeit, die ich habe, kann ich hier nicht alle Vorstellungen ausbreiten, die die Regierung und die regierungstragende Fraktion für den Haushalt 1999 gemeinsam entwickelt haben. Lassen Sie mich stichwortartig einige wenige Punkte nennen, auf die wir stolz sind! Ich nenne das Programm „Innovation schafft Arbeit“, das in den nächsten drei Jahren 20 Millionen DM zur Förderung innovativer Arbeitsplätze bereitstellen wird.

(Beifall bei der SPD)

**(Günter Neugebauer)**

Ich nenne das Investitionssonderprogramm „Arbeit, Bildung und Innovation“,

(Holger Astrup [SPD]: Kurz: ABI!)

mit dem wir allein 1999 42 Millionen DM mobilisieren werden, davon 20 Millionen für den Hochschulausbau. Ich nenne die **Technologiestiftung**, die ihre Arbeit natürlich wird fortentwickeln können. Wenn wir aus finanziellen Gründen gezwungen sind, das Stiftungskapital für ein Jahr - also vorübergehend - zu senken, dann versprechen wir damit gleichzeitig, daß wir das in den Jahren 2000 und 2001 mit jeweils 7,5 Millionen DM wieder erhöhen werden. Kollegin Heinold, wir erhoffen uns von unserem Antrag, die Arbeit von Technologiestiftung und Energiestiftung zu bündeln, natürlich auch mehr Effizienz und eine stärkere Bündelung der Arbeit beider Einrichtungen.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Ulrike Rodust [SPD])

Ich möchte natürlich auch besonders hervorheben, was wir für die Schiffbauunternehmen in diesem Lande tun. Für 1999 werden Barmittel in Höhe von 22 Millionen DM zur Verfügung stehen. Ich bedanke mich ausdrücklich auch bei unserem Koalitionspartner dafür, daß wir hier Einvernehmen haben erzielen können - der Wirtschaftsminister ist gerade nicht da -, auch für die weitere Akquisition von Aufträgen und damit für die langfristige Sicherheit von Arbeitsplätzen auf den Werften in Schleswig-Holstein.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte, das Gespräch an der Besucherloge zu beenden.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Meine Damen und Herren, trotz aller Kritik werden wir auch die **Unterrichtsversorgung** auf einem hohen Niveau weiter garantieren können. Sie sollten nicht länger Märchen im Lande erzählen.

(Ursula Röper [CDU]: Fragen Sie doch mal die Eltern und Lehrer an den Schulen!)

Im Vergleich zu anderen Bundesländern können wir uns sehen lassen. Im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern haben wir in den letzten Jahren keine Stellen gestrichen, sondern neue geschaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden auch im nächsten Jahr durch zusätzliche Stundengebermittel in Höhe von 11 Millionen DM einen - wenn auch bescheidenen, so doch deutlichen -

Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtssituation leisten.

Natürlich versuchen wir auch, die kulturelle Vielfalt im Lande, das weite Bildungsangebot zu halten.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wir werden die Zuschüsse für die Heimvolkshochschulen auf dem Niveau des laufenden Jahres erhalten, Kollege Hay.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Weil Kollege Stritzl den Innenminister gerade so vehement aufgefordert hat, etwas für die Polizei zu tun - beide sind gerade nicht im Hohen Haus - -

(Thomas Stritzl [CDU]: Doch!)

- Kollege Stritzl, dieses Aufrufes bedarf es nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sondern?)

Der Investitionshaushalt der **Polizei** 1999 ist der höchste in der Landesgeschichte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Doch nur im Soll! Das gibt er doch gar nicht aus!)

Der Anteil der Polizeiausgaben am Gesamthaushalt hat sich von 4,2 auf 4,4% gesteigert. COMPAS wird ausgebaut, die Sachausstattung wird gefördert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sagen Sie seit drei Jahren!)

Natürlich wird es auch im nächsten Jahr Beförderungen geben. Nach 3.500 Beförderungen seit 1996 wird es auch 1999 etwa 350 Beförderungen geben. Sie sollten nicht soviel Angst im Lande verbreiten, sondern den Polizisten für ihre schwierige Arbeit Mut machen!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden unsere Reformpolitik auch in finanzpolitisch schwieriger Zeit fortsetzen. Wenn wir uns allerdings die Anträge der Opposition zu eigen machen würden,

(Holger Astrup [SPD]: Um Gottes willen!)

wäre dafür wenig Raum.

(Lachen des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Wir haben Ihre Anträge nicht in Bausch und Bogen abgelehnt, sondern wir haben sie sorgfältig geprüft. Kollege Stritzl, wer allerdings schon im Entschließungsantrag anfängt festzustellen, das Land hätte finanzpolitisch versagt, will sich doch nicht ernsthaft um unsere Zustimmung bemühen. Meine Damen und

(Günter Neugebauer)

Herren, wer die Bürgerbeauftragte trotz ihrer verdienstvollen Arbeit abschaffen will,

(Holger Astrup [SPD]: zum Beispiel! - Ursula Röper [CDU]: Abschaffen! - Weitere Zurufe)

wer die Stelle des Grenzlandbeauftragten trotz seiner wichtigen und verdienstvollen Arbeit streichen will und damit die Arbeit von Kurt Hamer und heute Kurt Schulz so diskreditiert, aber gleichzeitig dem Herrn Prinzen zu Schleswig-Holstein 300.000 DM zukommen lassen will, ohne ihn an seine Verpflichtungen für Schloß Glücksburg zu erinnern,

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie haben schon immer etwas gegen Adel gehabt!)

der ist für uns kein seriöser Ratgeber.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Mit großer Empörung muß ich zurückweisen, was Herr Kayenburg von dem Platz aus gesagt hat, den im Moment der Kollege Stritzl eingenommen hat. Er hat die Arbeit des Datenschutzbeauftragten kritisiert und sprach von großen Steigerungen bei den Personalausgaben. - Eine halbe Stelle haben wir beschlossen - ich meine, sogar mit Ihrer Stimme, Kollege Stritzl.

(Holger Astrup [SPD]: Das meine ich auch! - Ursula Kähler [SPD]: Einvernehmlich im Finanzausschuß!)

Wir haben sie deswegen bewilligt, weil es sich um ein Modellprojekt handelt, das bundesweit mitgefördert wird, und es wird deswegen für Schleswig-Holstein mitgefördert, weil sich unser **Datenschutzbeauftragter** bundesweit große Anerkennung erworben hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte inhaltlich auf Ihre Anträge nicht näher eingehen, weil ich nicht soviel Zeit habe. Wir haben feststellen müssen, daß Ihre Anträge unsolid gegenfinanziert und handwerklich unsolid gemacht worden sind. Kollege Stritzl, ich möchte Ihnen an drei Beispielen zeigen, wie unseriös Ihre Anträge sind. Ich könnte 20 Beispiele nennen, aber ich habe nicht soviel Zeit.

(Ursula Kähler [SPD]: Schade!)

Erstes Beispiel! Sie kritisieren die **globale Minderausgabe** in Höhe von 90 Millionen DM.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Unerhört!)

Ein Blatt weiter fordern Sie eine globale Minderausgabe bei der Hauptgruppe 5 in Höhe von 70 Millionen DM und eine pauschale Minderausgabe für die Hauptgruppe 6 in Höhe von 67 Millionen DM.

(Thomas Stritzl [CDU]: Nein, Kollege Neugebauer! - Ursula Röper [CDU]: Hat er wieder nicht begriffen! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist doch unehrlich, und Sie sind feige zugleich, weil Sie sich - -

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Ich habe wenig Zeit, Herr Präsident.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das ist wohl wahr.

(Thomas Stritzl [CDU]: Die 70 Millionen DM sind hinten wieder abgezogen bei der globalen Minderausgabe! Das weißt Du doch!)

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Nein, Sie haben diese beiden Hauptgruppen um insgesamt 137 Millionen DM gekürzt.

(Zurufe)

Ich finde das auch feige, weil Sie sich gerade bei den freiwilligen Leistungen der Hauptgruppe 6 darum drücken, konkret zu sagen, wo Sie sparen wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Beispiel! Nun wird es interessant. Wir haben heute von Ihnen und Herrn Kayenburg gehört, wie schlimm das **Liegenschaftsmodell** ist. Aber was machen Sie? - Still und heimlich kalkulieren Sie in Ihren Alternativanträgen Einnahmen von 340 Millionen DM mit ein,

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

und dann lassen Sie sich noch feiern für eine Senkung der Nettokreditaufnahme um 85 Millionen DM.

(Thomas Stritzl [CDU]: Lies es! Stimmt nicht! Das Schwarze ist die Schrift! - Weitere Zurufe)

**(Günter Neugebauer)**

- Ich habe Ihre Anträge gelesen. Es ist keine Kürzung von 340 Millionen DM enthalten. - Nein, ich habe das sorgfältig gelesen. Das können Sie doch nicht bestreiten! Das ist eindeutig, meine Damen und Herren.

Drittes Beispiel! Im Haushaltsbegleitgesetz schlagen Sie vor, das Schulgesetz zu ändern und die Zuschüsse für Privatschulen zu erhöhen. Nur, im Einzelplan 07 bleiben Sie die haushaltsmäßigen Veranschlagung schuldig,

(Anke Spoorendonk [SSW]: So ist es!)

weil Sie nicht die Kraft und den Mut haben zu sagen, wo Sie die Gegenfinanzierung vornehmen wollen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Herr Kollege! - Weitere Zurufe)

Alles in allem ist das wenig seriös, und deshalb dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir das ablehnen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Oh, oh! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Kollege Kubicki, ich habe wenig Zeit, mich mit Ihren Anträgen zu beschäftigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das muß auch nicht mehr sein!)

Sie haben gelobt, daß wir einen Antrag von Ihnen übernommen haben. Ich muß aber noch etwas zum **Amtsgericht Bad Bramstedt** sagen. Bei der CDU habe ich übrigens keinen Änderungsantrag dazu gelesen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Mann, im Haushaltsbegleitgesetz!)

- Wir reden jetzt über die konkreten Anträge und nicht über Ihren Entschließungsantrag!

Die F.D.P. beantragt entsprechende Mittel für die private Finanzierung des Amtsgerichtes. Da sage ich: Das ist nicht eine Verbeugung vor der Vernunft, sondern vor dem Wohnsitz des F.D.P.-Landesvorsitzenden. Darauf können wir jedoch keine Rücksicht nehmen!

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Sie müssen doch auch einmal berücksichtigen, daß es seit 1970 unter der CDU Landesregierung - teilweise unter Beteiligung der F.D.P. - ohne Aufschrei die Auflösung von 30 Amtsgerichten in Schleswig-Holstein gegeben hat, seit dem Regierungswechsel 1988 nur zwei. Wir alle wissen: Wer zur Behördenstrukturreform ja sagt, der muß auch ja zu ihrer Umsetzung sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich angesichts der Zeit noch einige wenige Worte zum **kommunalen Finanzausgleich** verlieren. Leider ist in der öffentlichen Diskussion etwas zu kurz gekommen, daß wir auch wesentliche strukturelle Verbesserungen vorgenommen haben. Ich nenne die Aufnahme des Büchereiwesens in das FAG, die Förderung der Mietkostenpauschale für die Frauenhäuser,

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

die gleichberechtigte Förderung von Musikschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft und - was uns auch ganz wichtig ist - der interne Sozialhilfelastenausgleich zwischen den Kreisen.

Nun zu Ihrer Kritik, was die Kürzung um 50 Millionen DM angeht!

(Thomas Stritzl [CDU]: Dazu haben wir auch einen Antrag gestellt!)

- Habe ich gelesen, Kollege Stritzl!

(Thomas Stritzl [CDU]: Okay!)

Wir haben großes Verständnis für die Proteste der Kommunen. Man muß sie ernstnehmen, und das ist der pflichtgemäße Auftrag aufgrund der kommunalpolitischen Verantwortung. Nur: Wir sind hier gewählt im Interesse des Wohles des Landes.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Man muß auch einmal in die Vergangenheit blicken.

(Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Wir haben - Kollege Hay hat das schon gesagt - auf die Kritik der kommunalen Seite mit wesentlichen Verbesserungen reagiert. Ich kann mir das also ersparen. Ich bekenne hier, daß uns der verbleibende Schritt des Eingriffs nicht leichtgefallen ist. Richtig ist aber, was an dieser Stelle schon einmal festgestellt worden ist - ich darf zitieren, Herr Präsident -:

„Die eigenen Maßnahmen des Landes reichen nicht aus, um auf dem Wege der Konsolidierung der Landesfinanzen hinreichend voranzukommen. Auch die Kommunen müssen einen Solidaritätsbeitrag leisten. Zur Zeit haben sich die Finanzen des Landes relativ schlechter entwickelt als die der Kommunen. Dieser Eingriff ist gerechtfertigt und vertretbar, meine Damen und Herren.“

Dann folgt im Protokoll Beifall von der CDU-Fraktion. Das ist wortwörtlich das, was Innenminister Claussen von der CDU 1983 hier im Schleswig-

(Günter Neugebauer)

Holsteinischen Landtag festgestellt hat. Damals ging es allerdings nicht um 50 Millionen DM, sondern um 150 Millionen DM.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was hat die SPD-Fraktion gemacht? - Thomas Stritzl [CDU]: Wie hast du damals gestimmt, Günter?)

Sie sitzen im Glashaus

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen wir jetzt wissen: Wie haben Sie gestimmt?)

und werfen mit Steinen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe zu - -

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Neugebauer, Ihre Zeit - Gott sei Dank nur Ihre Redezeit - ist abgelaufen.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Dann muß ich zu meinen Schlußsätzen kommen, Herr Präsident, und bitte um Entschuldigung, daß ich vieles von dem,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er gibt zu, daß er damals dagegengestimmt hat!)

was ich sagen wollte, nicht habe sagen können.

(Ursula Röper [CDU]: Macht nichts!)

In einem Privatissimum können wir das nachholen.

Zum Schluß: Die Eckdaten des **Haushalts 1999** belegen die nach wie vor schwierige Haushaltslage dieses Landes. Es gibt keinen Anlaß zur finanzpolitischen Entwarnung. Wir sehen sehr wohl die Risiken, die sich aus dem Konjunkturverlauf, den Auswirkungen der Steuerreform, aber auch der makroökonomischen Ergebnisse zeigen können.

Ich denke, daß es uns gelungen ist, mit mutigen Sparerfolgen,

(Lachen des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Kürzungen und Streichungen die **Gestaltungsfähigkeit** zu erhalten. Wir leisten wichtige Beiträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Erhaltung der kulturellen Vielfalt, für Bildung, für Weiterbildung,

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

und zur inneren Sicherheit.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Peter Zahn [SPD])

Die Wählerinnen und Wähler

(Glocke des Präsidenten)

- letzter Satz, Herr Präsident; das ist ein wichtiger Satz! -, die uns vor zweieinhalb Jahren das Vertrauen gegeben haben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden sie nicht mehr tun!)

werden, wenn sie diesen Haushalt lesen, nicht enttäuscht sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thomas Stritzl [CDU]: Günter, hättest du geschwiegen, wärest du Philosoph geblieben!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böttcher das Wort.

**Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf heute die finanzpolitische Sprecherin unserer Fraktion, die Frau Abgeordnete Heinold, vertreten, die zwar nicht auf den Mund gefallen, aber momentan nicht ganz standfest ist.

In drei Tagen ist Weihnachten. Die Regierungsweihnachtsmänner haben ihr kleines Säcklein geschultert, und die Oppositionsweihnachtsmänner kommen leider gleich mit dem Schlitten gefahren. Das finden wir als Regierungsweihnachtsmänner natürlich nicht ganz so schön. Aber bei uns besteht das Risiko, daß die Beschenkten ihre Geschenke öffnen und sich so manches Geschenk als Mogelpackung entpuppen könnte. Deshalb können wir uns Mogelpackungen nicht leisten;

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wir können uns nur einen kleinen Sack leisten.

Herr Kubicki hat im Rahmen der letzten Regierungserklärung für die Opposition gefordert, die Regierungsfaktionen sollten einmal nett zur Opposition sein. Weil bald Weihnachten ist, werde ich das versuchen und die Worte „unseriös“, „unsozial“ und „frauenfeindlich“ in bezug auf die Opposition vermeiden, wenn ich auf die Themen Jugendförderungsgesetz, Finanzausgleich sowie Deregulierung und Standardabsenkung eingehe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Matthias Böttcher)

Zuerst zum Thema Jugendförderungsgesetz, bei dem es immerhin - das hat heute kaum jemand erwähnt - um die Verteilung von 80 Millionen DM Landesmitteln geht. Das Erbe, das uns die vorhergehenden Regierungen hinterlassen hatten, konnten wir leider nicht ausschlagen. Die von den kommunalen Landesverbänden geweckte Hoffnung auf die Beendigung des Streits zwischen Kreisen und kreisfreien Städten über die Verteilung der Landesmittel bezüglich der Jugendhilfekosten ist bekanntermaßen im Chaos von geleisteten und zurückgezogenen Unterschriften versunken. Ich will das nicht weiter kommentieren.

Das macht deutlich, daß eine Regelung ohne Protest eine Illusion ist - es sei denn, man beruhigt die Gemüter mit mehr Geld, über das aber noch nicht einmal die Opposition verfügt. Die Erhöhung um 10 Millionen DM, wie im Antrag der Fraktion der CDU vorgesehen, reicht für eine 34-%-Beteiligung überhaupt nicht aus; das Ausgabevolumen liegt nämlich bei weit über 300 Millionen DM.

Mit der von uns im Haushaltsbegleitgesetz unterstützten **Neuregelung des Jugendförderungsgesetzes** gehen wir einen neuen Weg. Wir gehen weg von der alleinigen Orientierung an den Kosten der Hilfen zur Erziehung und am Einzelfall und eröffnen statt dessen die Erstattung für Prävention, die eben nicht einzelfallorientiert sein kann. Wer sich nicht mehr am Einzelfall orientiert, muß andere Kriterien als Verteilungsmaßstab wählen. Da sind meines Erachtens Jugendbevölkerung und Sozialstruktur ausschlaggebend. Die auch von den kommunalen Verbänden kritisierte Kopplung der Beteiligung an der Jugendhilfeplanung wäre nicht notwendig, wenn die örtlichen Jugendhilfeträger ihrer schon bestehenden gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen wären. Sie sind es aber nicht. Ohne eine bestehende Jugendhilfeplanung, ohne auf diese zurückgreifen zu können, fehlt dem Land die Grundlage festzustellen, wie sich Jugendhilfe im Lande darstellt und wo Veränderungsbedarf besteht -, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht.

Zum **Finanzausgleichsgesetz**: Hauptpunkt - das wurde auch heute deutlich - war die Auseinandersetzung über die geplante Entnahme von je 50 Millionen DM in - ursprünglich geplant - sechs Jahren, mittlerweile zwei. Wie allen anderen auch fällt uns der Eingriff schwer. Aber aufgrund der Finanzdaten der Landesregierung erscheint er uns unumgänglich, wenn auch in abgewandelter Form. Wir hätten uns als Alternative zum SPD-Vorschlag vorstellen können, die 100 Millionen DM auf drei Jahre zu verteilen, um dann das Finanzausgleichsgesetz an die zu erwartenden Steuerrechtsänderungen anzupassen. Eine Neuordnung wird in den nächsten Jahren ohnehin notwendig sein.

Skeptisch sind wir auch, was die Ausstellung von ungedeckten Schecks angeht, indem Einsparungen durch Standardabsenkungen und Deregulierungen als Summe ohne Inhalte schon einmal vorweg eingerechnet werden.

Während unser Koalitionspartner nur 15 Millionen DM vorsieht, will die CDU gleich 50 Millionen DM einsparen. Um nicht mißverstanden zu werden: Wir wollen den Kommunen zusätzliche Einsparungs- und Einnahmemöglichkeiten verschaffen. Wir halten es aber für sinnvoller, zunächst über Inhalte zu reden und dann die Summe festzustellen, als erst die Summe festzulegen und daran die Inhalte anzupassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie sicherlich gemerkt haben, sind wir nicht in allen Punkten völlig konform mit unserem Koalitionspartner. Aber wir sind uns mit unserem Koalitionspartner darin einig, daß wir uns bei den Inhalten einig sein müssen. Deshalb haben wir uns mit der SPD auf den Ihnen vorliegenden Antrag einigen können.

Die CDU ist mit ihrem Antrag etwas konkreter geworden, obwohl er laut Pressemitteilung das Manko hat, ein Aufguß aus 1996 zu sein und weit weniger konkrete Vorschläge enthält, als zum Beispiel allein der Landkreistag vorgelegt hat, und einige Bereiche ganz ausklammert. Dazu aber später!

Ob die **Verfassungsmäßigkeit der FAG-Änderung** vor Gericht überprüft wird, wird sich noch zeigen. Uns haben sowohl der Innenminister als auch ein Sachverständiger in der Anhörung bestätigt, daß diese Änderung verfassungsmäßig ist, weil der Eingriff im Verhältnis zur Gesamtsumme sehr klein ist und die Kommunen 1999 trotzdem Zuwächse in der Finanzausgleichsmasse zu erwarten haben.

Obwohl dieser Eingriff bei uns einen negativen Beigeschmack verursacht, möchte ich auf die aus unserer Sicht positiven Neuerungen des FAG hinweisen: Das sind die Musikschulen, die Abschmelzung der Festbeiträge, die Finanzierung der Mietkosten von Frauenhäusern, die Einführung des Lastenausgleiches und die Förderung des Büchereiwesens.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Im Zusammenhang mit dieser FAG-Änderung ist das Thema der **Deregulierung** und der **Standardabsenkung** mittlerweile auf Platz eins der tagespolitischen Auseinandersetzung gerückt. So will zum Beispiel die Sozialministerin die Standardsetzung für die **Kinder-**

(Matthias Böttcher)

**tagesstätten** den Kommunen und Wohlfahrtsverbänden überlassen, und die CDU fordert Kostensenkung auf jeden Fall. Wie das allerdings mit den politischen Postulaten der vergangenen Monate in Übereinstimmung gebracht werden soll, ist mir ein Rätsel.

Soweit ich mich an den CDU-Antrag zum Thema Jugendkriminalität erinnere, so war in diesem von mehr Unterstützung, mehr Beratung und mehr Hilfe für Familien in Erziehungsfragen die Rede. Vielleicht überlegen Sie noch einmal, ob Ihre alten Forderungen nicht durch Ihre neueren Erkenntnisse überholt worden sind und Sie schlichtweg vergessen haben, daß dies auch in Anträgen seinen Niederschlag finden sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Für uns gilt auf jeden Fall: Keine Verschlechterung des Betreuungsangebotes unserer Kinder. Wir haben nicht nur die gesetzliche Verpflichtung, für eine pädagogisch angemessene Betreuung zu sorgen, sondern wir haben auch die moralische Pflicht, Familien in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen, die aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung immer schwieriger geworden ist. Über bauliche Standards kann man dabei sicherlich reden.

Zusätzlich will die CDU die **Gleichstellungsbeauftragten** abschaffen.

(Klaus Schlie [CDU]: Lesen Sie einmal nach, was wir geschrieben haben!)

- Ja: „Überflüssig“! - Ich hätte übrigens gar nichts dagegen, wenn der Grund, der zu ihrer Einsetzung geführt hat, keinen Bestand mehr hätte. Aber leider ist das nicht so. Dies beklagt zum Beispiel auch die Frauenunion des Kreises Pinneberg, und zwar auch in bezug auf ihre eigene Partei. Frauen sind in höheren Positionen, in Politik und Verwaltung noch immer unterrepräsentiert.

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, daß sich die Gleichstellungsbeauftragten insbesondere um das Thema Verwaltungsmodernisierung und Bürgerorientierung verdient gemacht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Hierbei geht es übrigens um Verwaltungen, die in ihren Strukturen wesentlich von Männern geprägt worden sind und noch geprägt werden.

Sind die beiden vorgenannten Themen Gegenstand politischer Glaubensgrundsätze, so spielt die fachliche Diskussion bei Ihren weiteren Vorschlägen die Hauptrolle. Vielleicht fällt es Ihnen deshalb auch nicht so schwer, diese noch einmal zu überdenken.

Die Kommunalisierung der **Regionalplanung** bedeutet, daß die Kreise erst einmal entsprechende Planungskapazitäten und Beschlußgremien aufbauen müssen, über die in Schleswig-Holstein im Ansatz bisher nur die vier Hamburger Randkreise mit ihrer entsprechenden Arbeitsgemeinschaft verfügen. Man muß ebenfalls deutlich sagen, daß dies auch Geld kostet. Von heute auf morgen kann dies also nicht einfach finanziert werden.

Die **Abschaffung der Kreisentwicklungspläne** nimmt den Kommunen, deren Interessenvertretung Sie sonst immer für sich in Anspruch nehmen, das Mitwirkungsrecht an der Regionalplanung. Ich halte dies aber für wichtig, weil Planung von unten und von oben stattfinden muß, weil beides sinnvoll zusammengeführt werden muß. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, dies effizienter zu gestalten. Nur abschaffen, ist zuwenig.

Pläne zu erstellen, ist nicht immer einfach. Wohin fehlende Planung führen kann, zeigen uns die Versäumnisse bei den Kindertagesstätten, die Sie hier immer beklagen.

Meine Damen und Herren, ich muß gleich zum Schluß kommen. Lassen Sie uns das Thema **Deregulierung** zusammen mit der Landesregierung und den Kommunen zügig behandeln, aber nicht übers Knie brechen. Die kommunalen Landesverbände und die Landesregierung haben eine Menge Vorschläge erarbeitet, von der Kommunalisierung der Geschwindigkeitskontrollen bis hin zum Soldatenversorgungsgesetz, mit denen wir uns auseinandersetzen sollten. Ich möchte aber noch einmal dafür werben, erst die Inhalte zu beschließen und dann die Einsparungen zu beziffern, damit das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird. Leitlinie meiner Fraktion in dieser Diskussion ist es, Verantwortung dorthin zu verlagern, wo es sinnvoll und leistbar ist, unnötige Bürokratie zu vermeiden und die Bürger- und Bürgerinnenfreundlichkeit zu erhöhen. Dabei muß der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewährleistet werden.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Kollege, Sie haben angekündigt, zum Schluß zu kommen.

**Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, ich komme jetzt zum Schluß. - Ich will an dieser Stelle noch einmal für folgendes werben: Lassen Sie

(Matthias Böttcher)

uns erst über Inhalte und dann über die finanziellen Einsparungen reden, damit wir nachher nicht feststellen müssen, daß sich unter unseren Weihnachtsgeschenken die Büchse der Pandora befunden hat und daß wir dessen, was wir heute beschlossen haben, nicht mehr Herr werden.

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Lehnert das Wort.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst vor wenigen Tagen hat der Städteverband Schleswig-Holstein ein eindrucksvolles Paket von Resolutionen seiner Mitgliedsstädte an alle Fraktionen in diesem Haus übergeben. Bis auf Oldenburg und Bad Segeberg haben alle - ich betone: alle - schleswig-holsteinischen Städte **Resolutionen** verabschiedet,

(Hermann Benker [SPD]: Nicht Oldenburg, sondern Neustadt!)

die den geplanten Eingriff der Landesregierung in den **kommunalen Finanzausgleich** entschieden ablehnen und zugleich das Land auffordern, zunächst in seinem eigenen Haushalt sparsam zu wirtschaften.

Diesen Standpunkt vertreten mit Recht auch der Landkreistag und der Gemeindetag. Denn die kommunalen Kassen sind nicht die Reservekassen des Landes.

(Beifall bei der CDU)

Die Ablehnung ist um so eindrucksvoller, als sie von breiten Mehrheiten und eigentlich allen politischen Fraktionen unterstützt wird. Es handelt sich hier - abgesehen von einigen wenigen Unverbesserlichen - um eine breite Bewegung über alle Parteigrenzen hinweg.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist das, Neubauer!)

Somit ist es nicht zuletzt vielen aufrechten, kommunalpolitisch engagierten Sozialdemokraten zu verdanken, daß die rot-grüne Mehrheit in diesem Hause die Eingriffe inzwischen auf zwei Jahre beschränken möchte.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

Doch sie bleiben in ihrer Substanz schmerzlich und werden in vielen Kreisen, Städten und Gemeinden dazu führen, daß weitere freiwillige Leistungen gekürzt oder ganz gestrichen werden müssen.

Die CDU hätte es begrüßt, wenn die Regierung dem konstruktiven Vorschlag der kommunalen Landesverbände gefolgt wäre und statt des Griffes in fremde Kassen eine echte **Funktionalreform** durchgeführt hätte.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist der Grundgedanke unseres Antrages. Wir wollen erreichen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Land und den Kommunen nicht zerstört wird, sondern sich weiterhin partnerschaftlich fortentwickelt.

Besonders ärgerlich ist aus der Sicht von Kreisen, Städten und Gemeinden die Tatsache, daß sie in den vergangenen Jahren eine sparsame und kostenbewußte Haushaltspolitik betrieben haben und ihnen dies nun quasi zum Vorwurf gemacht wird. Es klingt in ihren Ohren wie Hohn, wenn die Landesregierung ausgerechnet die unter großen Mühen erzielten Erfolge als Begründung für den Eingriff in die Finanzausgleichsmasse anführt.

Auch die Glaubwürdigkeit von Bekenntnissen zum ehrenamtlichen Engagement nimmt schweren Schaden, wenn denen, die in ihrer Freizeit zum Wohle der Allgemeinheit kommunalpolitisch Verantwortung tragen, die Mittel derart gekürzt werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heben Sie sich die Rede gut auf! Die werden Sie in ein paar Jahren noch einmal brauchen!)

Aus diesen schwerwiegenden Gründen lehnt die CDU-Landtagsfraktion die vorgesehene Entnahme von jährlich 50 Millionen DM aus der Finanzausgleichsmasse mit Nachdruck ab.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch kurz auf einige weitere Änderungen des FAG eingehen.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt es, daß die Verteilung der Gelder für **Sozialhilfesaufwendungen** im Bereich der Kreise und kreisfreien Städte auf eine neue Grundlage gestellt wird.

(Beifall bei der CDU)

Dies wurde bereits vor einigen Jahren vom Landesrechnungshof gefordert, und wir halten diese Umstellung auch für dringend erforderlich. Außerdem begrüßen wir es, daß sich die Landesregierung jetzt

(Peter Lehnert)

doch dazu entschlossen hat, den Weiterbau der **Landesfeuerweherschule** in Harrislee nicht aus kommunalen Geldern zu finanzieren, sondern - wie es eigentlich auch vorgesehen ist - Landesmittel dafür zu verwenden.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Die von der Regierung vorgesehenen **zusätzlichen Vorwegabzüge** lehnt die CDU-Landtagsfraktion hingegen ab, da hiermit die Summe der Schlüsselzuweisungen an die kommunale Familie insgesamt abnimmt. Wir halten dies für den falschen Ansatz und wollen im Gegenteil die Vorwegabzüge zurückdrängen, um den ehrenamtlich vor Ort in Kreistagen, Rats- und Gemeindeversammlungen Tätigen wieder mehr Gestaltungsspielräume zu eröffnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zusammenfassend kommen wir zu dem Ergebnis, daß die negativen Auswirkungen Ihres Gesetzentwurfes bei weitem die positiven Ansätze überwiegen. Deshalb wird die CDU-Landtagsfraktion diesen Gesetzentwurf in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung ablehnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Mir liegen einige Wortmeldungen gemäß § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung vor. Diese möchte ich vorab aufrufen, damit wir dann die Debatte mit den Beiträgen der Regierung abschließen können. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit rufe ich als erstes den Kurzbeitrag gemäß § 56 Abs. 4 GO der Frau Abgeordneten Strauß auf.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stehe hier, um mich für den Erhalt des **Amtsgerichts Bad Bramstedt** einzusetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dafür gibt es gute Gründe. Parteiübergreifend haben sich - -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Einen Moment bitte, Frau Abgeordnete! Jegliche Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen auf der Tribüne sind zu unterlassen! - Danke sehr.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Parteiübergreifend haben sich CDU, SPD, F.D.P. und die Grünen in den politischen Gremien im Kreistag des

Kreises Segeberg und in der Stadt Bad Bramstedt dafür eingesetzt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch! Im Kreistag haben sich die Grünen enthalten!)

- Ich bedanke mich für die Korrektur, Frau Heinold. Also, die Grünen haben sich im Segeberger Kreistag enthalten, aber in der Stadt haben sie zugestimmt.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

8.000 Bürger haben mit ihrer Unterschrift gegen die Pläne der Landesregierung protestiert. Eindrucksvoller läßt sich Widerstand nicht darstellen. Ich möchte daher als Abgeordnete der Region und für die CDU-Fraktion den Versuch unternehmen, mit Ihrer Hilfe, sehr geehrte Frau Simonis, als verantwortliche Ministerpräsidentin und als Abgeordnete der SPD-Fraktion diese krasse Fehlentscheidung zu verhindern. Es wäre natürlich noch besser, Frau Kollegin Heinold, wenn auch Sie hier Unterstützung signalisieren könnten. Sie kommen aus dieser Region.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Fehlentscheidung - warum? Dafür gibt es nach meiner Auffassung fünf gute Gründe. Ich kann die ganze Palette dieser Gründe hier nicht aufrollen. Für die Schließung des Amtsgerichts Bad Bramstedt hat es zu keiner Zeit justizpolitische Begründungen gegeben, sondern stets und ständig immer nur finanzpolitische Begründungen. Diese finanzpolitischen Gesichtspunkte halten einer näheren Betrachtung durchaus nicht stand.

Allein die offensichtlich notwendige Hochrechnung auf einen Zeithorizont von 50 Jahren macht die Dünne und die Absurdität dieser Berechnungsgrundlage deutlich. Das **Amtsgericht Bad Bramstedt** gehört zu den bestarbeitenden Gerichten in Schleswig-Holstein. Das wird von niemandem bestritten, auch nicht vom Justizminister, der die Entscheidung zu verantworten hat.

(Beifall bei der CDU)

Kein Amtsgerichtsbezirk in unserem Land ist von einer so rasant wachsenden Zahl der Bevölkerung gekennzeichnet wie der Bezirk des Amtsgerichtes Bad Bramstedt. Waren es vor 20 Jahren, als die Schließung dieses Amtsgerichts - Herr Neugebauer, Sie haben darauf durchaus richtig hingewiesen - bereits einmal zur Debatte stand, 40.000 sogenannte Gerichtseingesessene - ich kann nichts für diesen

**(Roswitha Strauß)**

Ausdruck, so heißt es -, so sind es heute 80.000 - mit steigender Tendenz, wie Sie aus dem Regionalen Entwicklungskonzept der Metropolregion Hamburg entnehmen können.

Frau Ministerpräsidentin, auch Sie können nicht mit den Plänen von gestern die Probleme von heute und morgen lösen. In der Kurstadt Bad Bramstedt wird seit 1.500 Jahren Recht gesprochen. Auch das ist nach meiner Meinung ein Aspekt, den man nicht einfach beiseite tun kann. In guten und in schlechten Zeiten, in armen und in reichen Zeiten - das Amtsgericht gehört prägend zu dieser Stadt. Kultur und Geschichte sind keine Marginalien, sondern gehören zu den Grundpfeilern einer demokratischen Gemeinschaft. Es ist gut, wenn sich so viele Menschen dafür einsetzen.

Im Vertrauen auf Ihre Politik, Frau Ministerpräsidentin, haben eine Menge Menschen ihre Lebensplanung ausgerichtet. Arbeitsplätze sind entstanden, nicht zuletzt auch viele Ausbildungsplätze in Anwaltskanzleien. Auch hier sind Verluste vorprogrammiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hätten Sie nicht tun sollen!)

Die Fraktion der CDU ignoriert mit ihrem Antrag keineswegs die angespannte Finanzsituation des Landes, sondern wir wollen eine Brücke bauen, die den Erhalt des Amtsgerichts Bad Bramstedt möglich macht, und plädieren für den Erhalt des Status quo.

(Glocke des Präsidenten)

Das bedeutet: keine finanzpolitische Relevanz.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte - -

**Roswitha Strauß [CDU]:**

- Ja, ich komme sofort zum Schluß.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete Strauß, hören Sie mir bitte zu. Kommen Sie bitte zum Schluß.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Letzter Satz: Das verschafft uns gemeinsam Luft für eine gründliche Analyse zur Verbesserung des Justizwesens in diesem Land und für eine Politik, die sich an den Interessen der Bürger orientiert. Wir bitten hier um Einzelabstimmung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Schlie das Wort.

**Klaus Schlie [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Vorschlag zur Deregulierung und zur Senkung der Standards und damit zum **Verzicht auf Kürzungen der Mittel nach dem FAG** sollte hier noch einmal kurz auf den Punkt begründet werden. Es ist wirklich notwendig, daß sich dieses Haus heute ernsthaft damit auseinandersetzt, ob es nicht einen Weg gibt, um die Kürzungen im Rahmen des FAG in Höhe von 100 Millionen DM, wie sie von Ihnen vorgesehen sind, überflüssig zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Unser Weg ist ein konstruktiver Vorschlag. Es ist die Pflicht der Landespolitik, hier sofort zu handeln, die gesetzlichen Rahmenbedingungen und letztlich die Beschlüsse tatsächlich auf den Weg zu bringen, durch die entsprechende Verordnungen erlassen werden und mit Standardabsenkungen und Deregulierungen wirklich ernst gemacht wird, damit die Dinge dann auch logischerweise in der richtigen Reihenfolge vonstatten gehen können.

Wenn diese **Deregulierungen und Standardabsenkungen** im Kern tatsächlich dazu führen, daß die Kosten für die Kommunen geringer werden, dann - und zwar erst dann, sehr verehrte Frau Kollegin Kähler - können wir natürlich darüber nachdenken, ob die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen neu gegliedert werden. Das hätte dann allerdings auch einen langfristigen Effekt zur Folge, also einen Effekt, der sich langfristig positiv sowohl für die Kommunen aber auch für das Land auswirken würde.

Das, was Sie machen, ist eine mutlose Politik. Sie kündigen hier zwar an, daß Sie auch Standards senken und deregulieren wollen. Sie sagen, wir wollen mal sehen, ob wir in den zwei Jahren 1999 und 2000 auf eine Einsparsumme von insgesamt 30 Millionen DM kommen, und dann können wir das ja miteinander verrechnen. In Ihrem Sozialdemokratischen Informationsbrief sagen Sie sogar, wenn dieses Einsparvolumen in Höhe von 30 Millionen DM erreicht wird, dann wollen Sie als Sozialdemokraten eventuell sogar darüber nachdenken, ob es später einmal eine Kostenerstattung geben könnte. Wissen Sie, das ist eine Rechnung - -

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

(Klaus Schlie)

- Ja, natürlich, lesen Sie doch einmal nach! Vielleicht wissen Sie gar nicht mehr, liebe Frau Kollegin Kähler, was Sie geschrieben haben. Das ist nämlich im Interesse der Kommunen so absurd, daß es eigentlich gar nicht sein kann. Wenn Sie einmal genau nachlesen, werden Sie das merken.

Nein, meine Damen und Herren, wir müssen heute darangehen und als Landesparlament Beschlüsse fassen, um **Standardabsenkungen** und Deregulierungsmaßnahmen wirklich einzuleiten. Erst dann kann man darüber reden, wie die Finanzbeziehungen neu geordnet werden sollen.

Wenn Sie hier sagen, Herr Kollege Böttcher, wir wollten beispielsweise die **Gleichstellungsbeauftragten** abschaffen, dann ist das einfach falsch. Machen Sie sich einmal die Mühe und lesen Sie nach, was wir gesagt haben. Wir wollen - wie in vielen anderen Bereichen auch - den Kommunen mehr Handlungsspielraum geben. Wir wollen es ihnen nämlich selbst überlassen, ob sie haupt- oder ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte einstellen und beschäftigen, damit sie im Sinne einer wirklich effektiven Gleichstellungsarbeit tätig werden.

Genauso ist es in einem anderen Bereich. Nehmen Sie einmal unseren Antrag zur **Planungsvereinfachung!** Seit Monaten schmort er in den Ausschüssen herum, weil Sie einfach nicht zu Potte kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten längst schon ein Stückchen weiter sein können und im Interesse der Kommunen eine Entlastung herbeiführen können. Wenn Sie es wirklich ernst meinen, wenn Sie nicht politisch handlungsunfähig sind, dann stimmen Sie unserem Antrag zu und lassen Sie die Finger vom Geld der Kommunen. Das ist ein unzulässiger Eingriff, den Sie hier machen. Er ist nicht nötig, wenn Sie unseren konstruktiven Weg mitgehen.

(Beifall bei der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte vorhin angekündigt, noch ein paar Bemerkungen zu meinem Abstimmungsverhalten machen zu wollen. Die CDU-Fraktion schlägt eine Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes vor, aus der unter anderem auch eine **Änderung des Schulgesetzes** hervorgeht. Man will also das rückgängig machen, was letztes Jahr über

das Haushaltsbegleitgesetz mit Mehrheit beschlossen wurde.

Nun kann es ja sein, daß die CDU-Fraktion dabei gar nicht an das **dänische Schulwesen** gedacht hat.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir denken immer an die Dänen!)

- Sehr gut. Ich will aber trotzdem noch einmal deutlich machen, daß der SSW zu diesem Kompromiß, dem er letztes Jahr schweren Herzens zugestimmt hat, auch heute noch steht. Ich habe in der zweiten Lesung des Schulgesetzes gesagt, daß wir diese Zeit, in der dieser Kompromiß Gültigkeit hat, für Verhandlungen nutzen wollen. Dazu stehe ich. Das kommt, und wir sind hoffentlich mit der Beratung über die **Schülerbeförderungskosten** für das dänische Schulwesen auf dem besten Weg weiterzukommen.

Ich hätte mir gewünscht, daß man - wenn man schon meint, etwas ändern zu müssen - bei der Schulgesetzänderung bereits deutlich gemacht hätte, daß man gegen diese Änderung des Schulgesetzes über das Haushaltsbegleitgesetz war. Ich kann also diese Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes so nicht mittragen.

Ansonsten werde ich einige Einzelanträge unterstützen, und zwar Einzelanträge, die aus meiner Sicht eigentlich im Konsens hätten beschlossen werden müssen. Das gilt für den Punkt „Mehr Geld für die Polizei“. Gerade vor dem Hintergrund der Presseveröffentlichungen ist es wichtig - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren!

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Gerade vor dem Hintergrund der Presseveröffentlichungen in letzter Zeit ist es wichtig, daß Umschichtungen vorgenommen werden und daß für die **Polizei** mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

Auch der Antrag zur **Schuldnerberatung** in der JVA, der von der F.D.P. kommt, ist richtig und wichtig. Auch diesen Antrag werde ich unterstützen.

Zu dem Vorschlag, mehr Geld für das Programm „Schulen ans Netz“ zu bewilligen, habe ich mich vorhin schon geäußert.

Natürlich werde ich auch keiner **Kürzung der FAG-Mittel** zustimmen können. Das habe ich schon hinlänglich gesagt.

(Anke Spoorendonk)

Das sind die Punkte, die ich für den SSW hier noch einmal verdeutlichen wollte.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 erteile ich nun Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das wunderbare Bild des Kollegen Böttcher von den Weihnachtsmännern, die mit ihren Säckchen durch die Gegend laufen, hat mir unheimlich gut gefallen.

(Zurufe und Heiterkeit)

- Nein, ich kann nur bestätigen - insbesondere, nachdem ich die Rede des Kollegen Neugebauer gehört habe -: Mein Gott, was seid ihr für Weihnachtsmänner!

Bei der Frage, was eine seriöse Finanz- und Haushaltspolitik ist, muß sich die Opposition nichts vormachen lassen. Wir haben hier im Lande einen Finanzminister, dem in diesem Jahr dreimal bescheinigt worden ist, daß er sich mit seiner Politik rechtswidrig verhalten hat.

Wir haben einen Finanzminister, der dreimal in Folge einen Haushalt defizitär abgeschlossen hat, was man ihm vorausgesagt hat und was er nicht glauben wollte, und wir haben mindestens zweimal in Folge eine Haushaltsaufstellung gehabt, die sich innerhalb ganz kurzer Zeit als das erwiesen hat, was dieser jetzt vorgelegte Haushalt auch sein wird, nämlich Makulatur.

Nehmen wir also einmal diese Frage, wer die seriöse Finanzpolitik betreibt, aus dem Rennen. Wir machen sie definitiv. Allerdings von uns zu verlangen, daß wir einen vollständigen alternativen Haushalt aufstellen, ist ein bißchen komisch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Kollege Neugebauer, warten wir es einmal ab, wie es mit dem gesamten **Immobiliendeal** weitergeht. Ich sage Ihnen voraus, daß wir uns im nächsten Jahr etwas intensiver mit der Frage beschäftigen werden, wer mit wem welche Gespräche zu welchem Zweck geführt hat und wie die Bewertung der Liegenschaften dieses Landes sein wird. Warten wir das einmal in Ruhe ab!

Eines kann ich Ihnen aber heute schon sagen: Das, was wir jetzt haben, hat mit dem ursprünglichen Modell überhaupt nichts mehr gemein. Ich sage Ihnen deshalb auch voraus, daß am 1. Juli 1999 die **GMSH** nicht „stattfinden“ wird, wenn ich die Worte des Fraktionsvorsitzenden Lothar Hay ernst nehmen darf, wonach

das mit der SPD nicht zu machen sei, wenn die beiden Rechtsfragen, die im Raume stehen, bis dahin nicht geklärt sind. Diese Fragen werden jedenfalls nicht im Sinne von Finanzminister Möller geklärt sein, sondern anders, und dann werden wir sehen, daß eine andere Konstruktion kommen muß. Auch das will ich Ihnen voraussagen, was die Seriosität von Planungen eines solchen großen Geschäftes angeht, das Sie jetzt auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Also, Weihnachtsfriede soll sein. Ich will die Ministerpräsidentin, die wirklich sehr belastet war - auch gestern - gern beim Wort nehmen: Weihnachtsfrieden soll sein. Sie hat gestern eine hervorragende Figur gemacht. Das zu den Stilfragen! Ich hätte mich gefreut, wenn auch der stellvertretende Ministerpräsident Steenblock und die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Fröhlich, bei der Ehrung des ersten Ehrenbürgers des Landes Schleswig-Holstein im Herrenhaus Schierensee zu sehen gewesen wären. Möglicherweise hat die Tatsache, daß es sich da um ein Herrenhaus handelt, die Teilnahme der Grünen verhindert.

(Heiterkeit)

Ich finde das sehr bedauerlich. Ich hätte mich auch gefreut, wenn wir vielleicht im Zuge der norddeutschen Kooperation einen Hamburger dort gesehen hätten, wenn er eingeladen worden wäre; aber das ist auch nicht der Fall gewesen.

Zum **Amtsgericht Bad Bramstedt** - wie übrigens auch zur GMSH - ein Wort: Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich meinen Landesvorsitzenden Jürgen Koppelin sehr schätze.

(Lothar Hay [SPD]: Sieh da!)

Aber daß er mich veranlassen könnte, etwas zu machen, was nicht vernünftig ist, da überschätzen Sie seine Möglichkeiten und meine Einwilligung.

Herr Kollege Neugebauer, ich wäre froh, wenn die Mehrheitsfraktion einmal mehr tun würde, als nur die Regierung zu beklatschen und das nachzubeten, was die Regierung erklärt.

Keine **Wirtschaftlichkeitsberechnung**, weder beim Immobiliendeal noch jetzt bei der Schließung des Amtsgerichts Bad Bramstedt, ist von den Mehrheitsfraktionen wirklich nachvollzogen worden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sage Ihnen, daß die Ermittlung beispielsweise der Kosten eines privat finanzierten Neubaus und die Beibehaltung des Amtsgerichts Bad Bramstedt unter Umständen zu einem anderen Ergebnis führen würde

(Wolfgang Kubicki)

als das, was Sie jetzt an den Tag legen. Sie entscheiden sich gegen die **Interessen der Bürger** ohne sachliche Notwendigkeit, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich habe jetzt eine Reihe weiterer Wortmeldungen nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Ich unterbreche diese zunächst, um Herrn Minister Möller das Wort zu erteilen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß die Haushaltsberatungen etwas sachlicher verlaufen als in den Vorjahren - ich will einmal von dem Ausrutscher der „rot-grünen Abstimmungsfaust“ des Kollegen Stritzl absehen -, mag zwei Gründe haben. Es ist erstens in der Tat die Vorweihnachtszeit, und zweitens sind es vielleicht auch die **Eckdaten des Haushalts**, an denen es so sehr viel nicht herumzumäkeln gibt.

Die Steigerungsrate bei den Ausgaben liegt um 20 % unter der des Vorjahres. Die Nettokreditaufnahme liegt mit 950.000 Millionen DM um 20 % über der des Jahres 1998.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie kommen Sie auf diese Zahlen? - Zurufe von der CDU: Aufhören!)

Die Investitionsquote ist gestiegen, und die Investitionen sind über 100 Millionen DM gestiegen. Und ich denke, wenn man die VE in der Wertindustrie dazu nimmt, ist das ein deutliches konjunkturelles Signal.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dank der Opposition!)

Unsere Anstrengungen zur Modernisierung der Verwaltung und zur Reduzierung der Personalkosten gehen im laufenden Haushalt weiter. Die Personalkostenquote sinkt weiter, und wir werden über tausend Mitarbeiter aufgrund der 58er-Regelung weniger haben.

Die Kreditfinanzierungsquote ist mit 6,5 % auf einem historischen Tief. Aber ich will überhaupt nicht leugnen, daß die Zinssteuerquote mit 17,2 % nach wie vor zu hoch ist.

Herr Abgeordneter Kayenburg, wer nicht nur aus Zeitungsartikeln zitiert, wie Herr Stritzl das tut, sondern sich auch einmal das finanzpolitische Umfeld im Bund und in den Ländern ansieht, muß erkennen, daß wir eines der wenigen Länder sind - wenn auch mit Hilfe der Liegenschaftsübertragung -, die die Neuver-

schuldung reduzieren. Jetzt zu sagen, das sei nicht genug, es müßte die eigentliche Verschuldung gesenkt werden, geht so nicht; da sollten Sie etwas mehr Realitätssinn haben, Herr Kollege Kayenburg.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Glocke des Präsidenten)

Als Vertreter einer Partei, Herr Kollege Kayenburg, die im Bund die Neuverschuldung so exorbitant hochgetrieben hat, sollten Sie etwas vorsichtiger sein.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Was hat das mit dem Haushalt jetzt zu tun?)

Sie haben für mich völlig unnachvollziehbar von 180 Millionen DM Haushaltsrisiken gesprochen. Ich verweise auf den Umdruck 14/2805 und wiederhole mein Angebot, Herr Kayenburg - nachdem es mir offensichtlich nicht gelungen ist, weder durch den Umdruck noch durch meine ausführliche Darstellung im Finanzausschuß, Ihnen darzulegen, wie die Zusammenhänge in der Steuergesetzgebung sind -, das selbstverständlich in der CDU-Fraktion zu wiederholen.

(Beifall von Abgeordneten der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Dadurch werden die Zahlen auch nicht anders! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ändert doch auch nichts am Haushalt!)

Meine Damen und Herren, es ist richtig: Vom Grundsatz her steht diese Landesregierung zu diesem Steuerpaket, das eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen vorsieht sowie eine Reduzierung der Lohnnebenkosten durch den Einstieg in die Ökosteuern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wann denn?)

und durch das es auch zu einer **Unternehmensteuerreform** kommen wird. Aber wir bleiben dabei, daß über 15 Milliarden DM hinaus eine Nettoentlastung für die öffentlichen Haushalte nicht vertretbar ist.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Steuerentlastungspaket ist - ob Sie es nun wahrhaben wollen oder nicht - in Gänze so, wie es jetzt im Gesetzgebungsverfahren steht, gegenfinanziert, im Jahre 1999 sogar mit einer leichten Überdeckung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht!)

**(Minister Claus Möller)**

Da wird es noch Veränderungen geben, aber Sie können sicher sein, daß der Bundesrat darauf achten wird, daß es für 1999 in etwa bei der Kostenneutralität bleibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: In etwa oder tatsächlich? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann er doch gar nicht mehr!)

- Herr Kayenburg, hören Sie doch bitte einmal genau zu. Die von Ihnen genannten 87 Millionen DM Kosten für das **Kindergeld** sind die Gesamtkosten des ersten Vorläufergesetzes; sie sind gegenfinanziert. Das ist nicht zu verwechseln mit dem Rechtsanspruch der Länder, zusätzlich 55 Millionen DM vom Bund einzufordern. Aber diese zusätzlichen Einnahmen habe ich auch nicht im Haushalt eingesetzt. Ich denke, das ist das eine.

(Unruhe - Holger Astrup [SPD]: Das hat er doch alles schon im Finanzausschuß erklärt! - Martin Kayenburg [CDU]: Hat er nicht! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich hat er das! - Weitere Zurufe)

- Ja, ich habe im Finanzausschuß ausführlich dargelegt, daß wir diese Einnahmen - weil ich Zweifel hatte, ob wir uns vollständig durchsetzen - nicht eingesetzt haben.

Was das **620-DM-Gesetz** angeht, können Sie sicher sein: Wir werden auf eine solide Gegenfinanzierung achten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Beim Wohngeld auch?)

Natürlich kann ein Finanzminister nicht völlig die Haushaltsrisiken ausschließen. Das resultiert aus der konjunkturellen Entwicklung, und es resultiert aus der Situation des Tarifabschlusses. Aber immerhin: Dadurch, daß wir im nächsten Jahr noch einen Nachschlag von etwa 35 Millionen DM aus dem Flughafenverkauf erwarten, ist ein wenig Vorsorge für diesen Fall getroffen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, das größte Haushaltsrisiko ist allerdings beseitigt, und zwar durch das Steuerentlastungspaket der Bundesregierung in Höhe von 40 Milliarden DM im kommenden Jahr.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite große Haushaltsrisiko 1999 ist dadurch beseitigt, daß der „Bundeshaushalt Waigel“ vom Tisch ist. Der „Bundeshaushalt Waigel“ hatte den ersatzlo-

sen Fortfall der Bundesergänzungszuweisung für politische Führung vorgesehen. Das wären 145 Millionen DM für das Land Schleswig-Holstein gewesen. Das ist vom Tisch. Der Bund wird die Sonderleistung für das Saarland und Bremen aus dem Bundeshaushalt übernehmen.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben Sie doch nicht im Ernst!)

Das sind die wahren Haushaltsrisiken.

Ich denke, daß natürlich die recht haben, die sagen, daß wir mit unserer Haushaltssituation nicht über dem Berg sind, daß wir nach wie vor - nicht zuletzt aufgrund der hohen Neuverschuldung - eine sehr angespannte Haushaltssituation haben und haben werden. Ich denke aber, daß die Schwerpunkte richtig gesetzt sind: Bildung, Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, mehr Investitionen im Hochschulbereich, zusätzliche Investitionen aus unserem Sonderinvestitionsprogramm oder auch zusätzlich die höchsten Investitionen im Bereich der inneren Sicherheit.

Natürlich sind wir auch in einigen Punkten unterschiedlicher Auffassung. Wir setzen in der Arbeitsmarktpolitik und im Bündnis für Arbeit nicht vorrangig auf Arbeitszeitverlängerung, sondern auf Altersteilzeit, auf Teilzeit und Altersteilzeit für Beamte und für Angestellte. Ich glaube, es ist zukunftssträchtiger, jungen Leuten eine Chance zu geben, als der Arbeitszeitverlängerung das Wort zu reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENBÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie auch einmal die Finanzierung darlegen!)

- Ja, darüber können wir gern ausführlich diskutieren.

Zur Solidität einiger Vorschläge der Opposition hat Herr Neugebauer etwas gesagt. Ich will das nicht wiederholen. Ich denke aber, daß es unredlich ist, wenn Sie, Herr Kubicki, selbst bei zweckgebundenen Einnahmen Kürzungen durchführen, und es ist unsolid, wenn die CDU bei den 6er-Titeln - etwa bei den Gerichtskosten - pauschal 10 % kürzen will. Das ist unsolid.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie doch in Ihrem Haushaltsbegleitgesetz auch! So ein Quatsch!)

Ich komme zu der **Liegenschaftsübertragung**. Die Töne sind ja auch schon etwas leiser geworden. Die CDU hat den Haushaltsansatz mit den 340 Mil-

(Minister Claus Möller)

tionen DM erst einmal belassen, und auch Herr Kubicki hat vorhin in seinem ersten Beitrag immerhin gesagt, das habe sich ja schon teilweise gelohnt.

Wir haben mit den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts bis auf weiteres zu leben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Klage hat sich gelohnt!)

Aber ich gebe Ihnen recht. Selbst wenn das Bundesverfassungsgericht bei seiner Auffassung bleibt - was ich nicht hoffe -, ist das eine vernünftige Angelegenheit, weil wir die Einnahmen zur Reduzierung der Neuverschuldung und zur Finanzierung von Investitionen nutzen können und hier wirklich den Einstieg in eine weitere Dimension der **Verwaltungsmodernisierung** durchführen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich denke, wir haben die **Wirtschaftlichkeit** auch in der aktuellen Nachbetrachtung belegt. Dabei sind solche Faktoren wie Haftungskapital oder Grunderwerbsteuer noch gar nicht eingegangen, weil der eine Faktor auch nicht sicher ist.

Herr Kubicki, ich kann Sie als Opposition natürlich verstehen, wenn Sie versuchen wollen, uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Eigentlich müßte aber das, was wir hier vorhaben, Ihrem Ansatz von Beschränkung des modernen Staates auf Kernaufgaben und ihrem Ansatz, daß es nicht vorrangige Aufgabe der öffentlichen Hand ist, Liegenschaften zu besitzen, entsprechen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie auch andere Aufgaben abgeben!)

Über Ihre Prognose, was die GMSH angeht, will ich keine Wetten abschließen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lassen Sie uns wetten!)

Aber schauen wir mal! Wir werden zum 1. Juli zu Rande kommen, und es mag sein, daß wir gegenüber dem Bund in einem Fall kompromißbereit sein müssen. Das ändert aber nichts daran, daß wir die GMSH gründen können. Ich hoffe auch, daß Ihr Einfluß als Oppositionspartei auf den Bund nicht mehr so stark ist, wie er es vielleicht in der Vergangenheit war.

Erlauben Sie mir, den Antrag der CDU-Fraktion zur **Standardabsenkung** zum Anlaß zu nehmen, Sie über die tatsächlichen Fakten und Verfahrensstände zum Thema Deregulierung und Standardabsenkung zu informieren. Zunächst einmal ist es erfreulich, daß sich Regierung und Opposition hinsichtlich der Bereiche, in denen Regulierung und Standard abgebaut werden

sollen, weitgehend einig sind. Die im Antrag der CDU-Fraktion aufgelisteten 14 Punkte stammen nämlich bis auf zwei Ausnahmen aus der Feder der Landesregierung und sind bereits Gegenstand des Kabinettsbeschlusses vom 29. Oktober.

(Ursula Kähler [SPD]: Und Gegenstand der Verhandlungen!)

Entgegen den Annahmen der CDU-Fraktion haben das Land und die kommunalen Landesverbände nicht nur durch gemeinsame Vorschläge die Überprüfung der Regulierung und Standards begonnen, sondern sie haben auch ein gemeinsames Prüfverfahren vereinbart,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, ganz ruhig! - in dem die Vorschläge beider Seiten durch die Projektorganisation Funktionalreform sachlich auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden. Von uns sind 31 Vorschläge in der Pipeline, und Gemeindegtag und Städteverband haben 72 weitere Vorschläge unterbreitet, die ebenfalls in Arbeitsgruppen beraten werden. Wir gehen davon aus, daß wir bereits Ende Januar zu gemeinsamen Voten kommen. Hier braucht man uns wirklich nicht zum Jagen zu tragen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn man nicht schießen kann, muß man auch nicht hingetragen werden!)

Ohne Frage ist der Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** eine politische Entscheidung von einiger Dimension. Gerade aber in der Koppelung mit dem Angebot, zu mehr Deregulierung zu kommen und Standardabsenkungen durchzusetzen, wollen wir den Eingriff um jährlich 50 Millionen DM reduzieren. Ich denke, es ist auch richtig, daß das Land - und das ist eine Verpflichtung sowohl für den Gesetzgeber als auch für die Landesregierung - sich hier mit 15 Millionen DM Kosteneinsparung eine relativ hohe Meßlatte gesetzt hat.

Der Finanzminister wäre der letzte, der nicht dafür wäre, wenn es uns gelingen würde, mehr als 15 Millionen DM zu schaffen. Sie meinen ja, 50 Millionen DM sind zu schaffen. Da wäre ich sicherlich der letzte, der da nicht mitmachte.

Frau Simonis und auch die Koalitionsvertreter haben dargelegt, daß es in der Abwägung der Finanzsituation des Landes, der Verschuldungssituation der Kommunen, der zusätzlichen Steuerprognose für die Kommunen und auch der Gesamtleistung des Landes für die Kommunen vertretbar ist, diesen beschränkten und deutlich reduzierten Eingriff hinzunehmen. Ich

**(Minister Claus Möller)**

hoffe sehr, daß wir dafür letztlich bei den Kommunen etwas Verständnis finden werden.

Ich komme zum **Haushaltsabschluß 1998**. Wie anläßlich der November-Steuerschätzung im Finanzausschuß ausführlich dargelegt, haben wir am 15. Dezember 272 Millionen DM in die Bundes-Solidargemeinschaft eingezahlt: Rückzahlung der Umsatzsteuer, KFA und BEZ. Dennoch gehen wir davon aus, daß wir 1998 einen zumindest ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Sie sagen nun: „Ja, das ist der eine Glücksfall von 175 Millionen DM“.

Wir haben über 400 Millionen DM - bedauerlicherweise auch durch zwei Gerichtsverfahren sowohl über die Liegenschaften als auch über die Abfallabgabe - und dazu noch überplanmäßige Sachen im laufenden Haushalt über zwei Nachtragshaushalte finanziert.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister, Ihre Redezeit ist beendet!

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, ich komme sofort zum Schluß.

Wir werden dennoch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Die globalen Minderausgaben werden erwirtschaftet, und erfreulicherweise werden sie zum großen Teil auch durch Einsparungen im Personalbereich erwirtschaftet, und nicht - wie vermutet wurde - nur bei den Investitionen.

Herr Kubicki hat von Weihnachtsmärchen gesprochen, die in dieser Haushaltsdebatte erzählt werden,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war nur eine freundliche Umschreibung!)

Herr Kayenburg davon, daß wir vom Osterhasen noch Neues zum Haushalt erfahren werden. Ich warne vor dem Osterhasen; er hat manchmal auch faule Eier bei sich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das werden wir am 19. März hören!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch erst einmal in Ruhe abwarten, welche neue Botschaft uns die Heiligen Drei Könige bringen werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Dann werden die vorläufigen Zahlen des Haushaltsabschlusses 1998 vorliegen, und die werden anders aussehen, als es uns Herr Stritzl in seiner vorweihnachtlichen Gruselgeschichte glauben machen wollte.

Kayenburg, Kubicki und Stritzl haben sich wie Hänsel und Gretel im dunklen Wald zwischen dem Gestrüpp und den Dornen des Haushalts verhakt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können doch nicht einmal bis drei zählen!)

Sie sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht.

(Thorsten Geißler [CDU]: Wechseln Sie einmal den Redenschreiber!)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß Sie rechtzeitig vor Beginn des Landtagswahlkampfes zumindest eine Lichtung zur Neuorientierung finden werden. Der Finanzminister alias Santa Claus wünscht eine gesegnete Weihnacht!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Kähler [SPD]: Wer von beiden ist denn Gretel, Herr Minister?)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile nun Das Wort Herrn Abgeordneten Neugebauer zu einem Kurzbeitrag.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den vorweihnachtlichen Frieden noch einmal stören muß, aber mich treibt das um, was hier von CDU und F.D.P. an Beteuerungen zu strukturellen Verbesserungen im Landeshaushalt gesagt worden ist. Immer dann, wenn es konkret wird, fallen sie um. Was letztes Jahr die Reiterstaffel gewesen ist, Kollege Geißler, ist dieses Jahr das **Amtsgericht von Bad Bramstedt**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Um es klar zu sagen: Wir haben großes Verständnis für die Haltung der Kommunalpolitiker in Bad Bramstedt; die sind gewählt worden, um die Belange ihrer Stadt zu vertreten.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Das darf ihnen niemand zum Vorwurf machen. Nur, ich habe hier kein Verständnis für die Haltung von CDU und F.D.P. in diesem Hohen Hause.

Wo war denn Ihr Widerstand - ich spreche beide Fraktionen an -, als seit 1970 30 Amtsgerichte in Ihrer Regierungszeit -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Ich habe doch nur drei Minuten Zeit, Herr Präsident, und möchte deswegen keine Zwischenfrage zulassen. - in Schleswig-Holstein geschlossen worden sind?

(Lothar Hay [SPD]: Alles schon vergessen!)

Das war doch, als wir finanzpolitisch paradiesische Zeiten in Schleswig-Holstein hatten, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU)

Nein, die Bürger in Bad Bramstedt brauchen keine Angst zu haben, die Bürgernähe bleibt gewahrt, teilweise werden die Wege sogar kürzer,

(Lachen bei der CDU)

und wir sagen ja zur Behördenstrukturreform auch deshalb, weil wir den Landeshaushalt entlasten müssen.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wie Fontane es beschreibt: „Am Mute hängt der Erfolg“, oder, Herr Kollege Hay, wie Konfuzius sagte: „Wer nicht über den Bergkamm steigt, gelangt nicht in die Ebene“,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gutes Zitat! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So hat er es nicht gesagt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihr seid doch schon im freien Fall!)

gilt es auch für den **kommunalen Finanzausgleich**. Das, was Sie hier betreiben, ist doch Panikmache, wenn Sie über die finanzielle Ausstattung der Kommunen reden. Die Kürzung um 50 Millionen DM betrifft exakt 2,6 %, und 1999 werden die Zuweisungen um 75 Millionen DM oder um 3,3 % steigen.

Es weiß doch jeder im Land, der seriös argumentiert, daß nicht ohne Grund die Kommunen in Schleswig-Holstein die zweitniedrigste Verschuldung im Vergleich zu den Kommunen in allen anderen Bundesländern haben.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

Das ist natürlich zum einen das Ergebnis der guten Politik in den Kommunen, aber das hängt zum anderen auch damit zusammen, Kollege Kayenburg, daß die Leistungen der Landesregierung für die Kommunen seit 1988 stetig verbessert worden sind.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Lachen bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Schleswig-Holstein hat von allen Bundesländern in Deutschland mit 26,5 % bei den Nettoausgaben den höchsten Anteil an den Zuweisungen für die Kommunen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Lothar Hay [SPD]: Von 22 % angestiegen!)

Meine Damen und Herren, Sie können doch solange reden, wie Sie wollen, das, was wir schweren Herzens machen, ist vertretbar, ist verfassungsgemäß

(Glocke des Präsidenten)

und wird die Kommunen in der Wahrnehmung ihrer kommunalpolitischen Aufgaben nicht beschneiden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Böttcher zu einem weiteren Kurzbeitrag.

**Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich noch einmal kurz zum Thema **Amtsgericht in Bad Bramstedt** äußern. Es ist ja nicht so, daß dieses Thema ganz neu wäre, und die Vertreter der Stadt Bad Bramstedt haben natürlich auch eine äußerst intensive Lobbyistenarbeit gemacht.

(Holger Astrup [SPD]: Gut gemacht!)

Wir haben uns auch mit Herrn Gandecke zusammengesetzt - nicht nur die Abgeordnete, die vor Ort zuständig ist, sondern auch ich als derjenige, der für diesen Gesamtbereich in der Gesamtfraktion zuständig ist - und wir haben uns dazu entschlossen, das Amtsgericht in Bad Bramstedt nicht weiter zu behalten, weil uns überzeugende Konzepte nicht angeboten werden konnten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

**Matthias Böttcher** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, das ist in drei Minuten immer sehr schwierig.

Wenn man in der Geschichte zurückgeht, weiß man folgendes: Erstens. Das Amtsgericht Bad Bramstedt ist kein vollständiges Amtsgericht, wie hier vielleicht der Eindruck entsteht, sondern zu ihm gehören nur Teile; das heißt zum Beispiel, daß Bad Bramstedter Bürgerinnen und Bürger, die in Familienangelegenheiten zum Gericht müssen, nicht in Bad Bramstedt zum Gericht gehen können, sondern sie müssen nach der jetzigen Situation nach Bad Segeberg fahren mit schlechter ÖPNV-Anbindung, und sie müssen eine Strecke von zirka 40 km bewältigen. Nach der neuen Lösung ist nur noch ein einziges Amtsgericht für sie zuständig, und sie können nach Neumünster fahren mit ÖPNV-Anbindung - 15 km entfernt.

Ich habe schon anlässlich der ersten Diskussion hier gesagt, daß ich es gut verstehen kann, daß die Bad Bramstedter Klarheit erwarten, und sie können auch Klarheit erwarten, weil schon zu CDU-Zeiten beschlossen wurde, dieses Amtsgericht zu schließen.

(Roswitha Strauß [CDU]: Das war eine völlig andere Situation!)

Dieser Beschluß wurde zweimal wieder zurückgezogen. Es ist für mich auch nicht nachvollziehbar, warum bis vor kurzem die Bad Bramstedter davon ausgegangen sind, daß in dem bestehenden Gebäude keinerlei Perspektive für die Weiterarbeit dieses Gerichts bestehe, es jetzt aber unter Erhalt des Satus quo weitergehen können soll.

Ich glaube, dies ist der falsche Weg. Wir sollten endlich Nägel mit Köpfen machen und sagen, wir sind daran interessiert, daß für die Gesamtbevölkerung in dieser Region zu vertretbaren Kosten eine bürgernahe Justiz vorhanden ist, und das nicht nur in dem Bereich, in dem das Amtsgericht zugegebenermaßen hervorragend arbeitet. Aber das kann nicht allein ausschlaggebend sein.

Es verwundert mich auch sehr, daß sozusagen nur dieser regionale Aspekt hervorgehoben wird. Ich weiß, solche Probleme wird man immer haben, wenn man Strukturveränderungen vornehmen will; dann wird es regional immer Konflikte, Auseinandersetzungen geben. Hier ist die Gesamtverantwortung der Fraktionen gefragt, und es darf nicht immer nur der einzelne Abgeordnete in der Region der dafür verantwortlich gemacht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ganz zum Schluß - meine Redezeit ist abgelaufen - kurz noch ein Wort dazu, daß die 8.000 Unterschriften ein Argument seien. Ich frage mich, warum sie damals, als die CDU an der Regierung war, Hunderttausende Unterschriften und Hunderttausende Demonstranten ignoriert haben, die gegen die Nutzung der Atomkraft und gegen die Nachrüstung demonstriert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Gero Storjohann [CDU]: Doch!)

- Ich bitte, sich in Zukunft rechtzeitig zu melden. - Herr Abgeordneter Storjohann hat das Wort zu einem Drei-Minuten-Beitrag.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war doch rechtzeitig!)

**Gero Storjohann** [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die „Märchenstunde“ des Kollegen Neugebauer eingehen, der hier behauptet hat, daß die Wege für die Bad Bramstedter bei dem Amtsgericht, das da neu einzurichten wäre, kürzer würden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann haben Sie gerade nicht zugehört! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das kann es überhaupt nicht sein. Ich möchte hier ein Beispiel nennen, und zwar das **Amtsgericht** in Ahrensburg. Der Direktor des dortigen Amtsgerichts hat sich gerade dazu geäußert, wie die Bearbeitungszeiten in letzter Zeit sind, und er schreibt einem Hilfebedürftigen, daß es leider acht Monate dauere, Eintragungen im Grundbuch vorzunehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich! - Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Acht Monate! Das - im Verhältnis gesehen zu den kurzen Bearbeitungszeiten, die wir jetzt in Bad Bramstedt haben - zeigt schon, daß hier die Justiz gefordert ist, im ganzen Land gleichmäßig gute Bedingungen zu schaffen

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**(Gero Storjohann)**

und nicht die Ämter einzustellen, die sehr gut arbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von dem Kollegen Böttcher haben wir gehört, daß er sich mit seiner Partei neuerdings liebend gern für die Zentralisierung einsetzt. Es sind immer die Grünen gewesen, die die kleinen Einheiten bevorzugten und die uns stets mit Bürgerbegehren und Bürgeranfragen in dieser Richtung das Leben bereichert haben. Jetzt wird das abgebügelt. 8.000 Unterschriften - das zählt nicht! Die Grünen scheinen hier einen bestimmten Weg zu beschreiten, sie scheinen sich vom Saulus zum Paulus zu wandeln. Es ist schon erstaunlich, was sie uns hier alles vorführen.

(Beifall CDU und F.D.P.)

Wir als CDU plädieren - auch vor dem Hintergrund der engen Finanzen - für den Status quo. Bitte, geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Abstimmungsprozedere.

Ich stelle zunächst - und ich bitte, jetzt doch sehr aufmerksam zu sein - den Tagesordnungspunkt 5, Deregulierung und Standardabsenkung - Keine Kürzung der FAG-Mittel, zur Abstimmung. Hierzu liegen ein Änderungsantrag des SSW und ein Antrag der Fraktion der CDU vor.

In umgekehrter Reihenfolge lasse ich alternativ darüber abstimmen. Dagegen gibt es keinen Widerspruch?

(Günter Neugebauer [SPD]: Einzelnen, Herr Präsident!)

Ich lasse über diese beiden Änderungsanträge alternativ abstimmen.

(Widerspruch - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, Widerspruch!)

- Das wird nicht gewünscht? Es wird widersprochen?

Dann rufe ich zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe: Alle!)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Jetzt rufe ich den Änderungsantrag des SSW auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Widerspruch - Meinhard Füllner [CDU]: Das ist doch ein Änderungsantrag!)

- Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ein Änderungsantrag zu unserem Antrag!)

- Gibt es Unklarheiten? Dann muß ein Geschäftsordnungsantrag gestellt werden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wenn der Hauptantrag weg ist, ist ein Änderungsantrag nicht mehr existent! So einfach ist das!)

Herr Abgeordneter Kayenburg!

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Da es sich bei diesem Antrag um einen Änderungsantrag zu unserem Antrag handelt und unser Antrag abgelehnt worden ist, kann über diesen Antrag nicht mehr abgestimmt werden.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das wäre eben der Sinn der alternativen Abstimmung gewesen. Aber, okay, ich akzeptiere das. Wird dem widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Punkt erledigt.

Dann stelle ich den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, Drucksache 14/1643, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung insgesamt zur Abstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von - -

(Widerspruch - Anke Spoorendonk [SSW]: Nein, nein, ich habe dagegen gestimmt! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Frau Spoorendonk hat mit nein gestimmt!)

- Dann ist der Gesetzentwurf also gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über den Haushalt 1999.

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1858, betrifft den Haushalt 1999. Ich lasse - da kein Antrag auf Einzelabstimmung gestellt worden ist - über diesen Antrag insgesamt abstimmen. Wer dem Antrag, Drucksache 14/1858, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 01 des Haushaltsentwurfs auf und lasse zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Die erste Abstimmung betrifft die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 14/1852, die Mehrausgaben für den eingesetzten „Pallas“-Untersuchungsausschuß zum Gegenstand haben. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zu den Änderungsanträgen der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1853, sind Einzelabstimmungen beantragt worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles zusammen!)

- Alle zusammen? - Das betrifft in diesem Antrag die Positionen 0101-412 02, 0101-422 01, 0101-425 01 sowie die Kapitel 0103 und 0104. Wer diesen Anträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge der Drucksache 14/1853 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU in der Drucksache 14/1860 insgesamt. Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 01 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen abstimmen. Wer dem Einzelplan 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 01 einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe den Einzelplan 02 auf.

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor. Ich lasse über den Einzelplan 02 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Einzelplan gegen vier Stimmen aus der CDU-Fraktion

(Widerspruch)

mit der Zustimmung aller anderen Abgeordneten - -

(Widerspruch - Zuruf: Das war so nicht gemeint!)

Es war nicht so gemeint.

(Heiterkeit)

Ich wiederhole: Wer dem Einzelplan 02 in der vorgelegten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Widerspruch! Nein, neulich wurde die Abstimmung auch nicht wiederholt! Da habe ich dreimal darum gebeten! - Heiterkeit - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich mache jetzt eine geschäftsleitende Bemerkung: Die Abstimmung wird wiederholt. Wer dem Einzelplan 02 in der vorgelegten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung ist der Einzelplan 02 damit angenommen worden.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 03 auf und lasse wiederum zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst ist eine Einzelabstimmung über einen Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. in der Drucksache 14/1853 beantragt worden; es dreht sich um die Haushaltsstelle 0301-425 01, Vergütungen der Angestellten. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW ist dieser Antrag gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU in der Drucksache 14/1860 insgesamt abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Anträge sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

CDU und F.D.P. sowie der Frau Abgeordneten Franzen abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 03 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem Einzelplan seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 03 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. beschlossen.

Ich rufe den Einzelplan 04 auf.

Ich lasse auch jetzt zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen. Zunächst stelle ich die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. zu Einzelplan 04 in der Drucksache 14/1853 insgesamt zur Abstimmung. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Jetzt wird eine Einzelabstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU in der Drucksache 14/1860 zu Einzelplan 04 herbeigeführt; hier geht es um die Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst - 175 zusätzliche Polizeianwärterstellen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Letztendlich haben wir abzustimmen über alle übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860. Wer diesen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 04 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 04 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 05 auf.

Auch hier haben wir eine Reihe von Änderungsanträgen. Zunächst gibt es eine Einzelabstimmung über Änderungen der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1853; es geht hier um zwei Anträge, und zwar

einmal um die Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Titel 0504-422 01, sowie über die Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie, Titel 0509-531 02. Wer diesen beiden Anträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese beiden Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Es geht nun um Einzelabstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860, und hier um die beiden Titel 0501-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Einsparung eines zweiten Staatssekretärs - und Titel 0505-422 03, Anwärterbezüge. Wer diesen beiden Anträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Einzelplan 05 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 05 angenommen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., und zwar in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung.

Ich rufe Einzelplan 06 auf.

Ich lasse zunächst auch hier über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen. Zunächst Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1851! Hierbei geht es um die Wettbewerbs-hilfen für Werften Titel 0602-892 05. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag einstimmig angenommen.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 14/1860, Haushaltsstelle 0601-134 04, Kapitalrückführung Technologiestiftung Schleswig-Holstein, das heißt hier: Verzicht auf die Kapitalrückführung! Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen letztendlich zur Abstimmung über alle übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860. Wer diesen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 06 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 06 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit der eben beschlossenen Änderung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den **E i n z e l p l a n 0 7** auf.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1853. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Jetzt habe ich über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860 Einzelabstimmung durchzuführen. Soll ich Haushaltsstelle für Haushaltsstelle aufrufen oder soll ich die Haushaltsstellen insgesamt benennen?

(Zurufe)

Dann benenne ich die Haushaltsstellen kurz: 0710-535 20, Programm „Schulen ans Netz“, 0710-883 02, Investitionszuschüsse an Kommunen zur Sanierung von Schulgebäuden und Sportstätten, 0711-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - 300 neue Lehrerplanstellen -, 0711-425 01, Vergütung der Angestellten - Einsparung wegen Beendigung der Entbeamtungspolitik - und 0720-891 64, Investitions-sonderprogramm im Hochschulbereich. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über alle übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860. Wer ihnen die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind auch diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 07 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den **E i n z e l p l a n 0 8** auf.

Ich lasse zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen und rufe die Drucksache 14/1853 auf, Anträge der Fraktion der F.D.P., hier wiederum die Haushaltsstelle 0802-683 08, neuer Titel: Für Untersuchungen und Impfungen der Rinderbestände und für die Beratung der Züchter. Wer diesem Titel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ebenfalls Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860, Haushaltsstelle 0802-685 61, Tourismusmarketing und touristische Konzepte! Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 08 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 08 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe **E i n z e l p l a n 0 9** auf.

Abstimmung zunächst über die Änderungsanträge! Zunächst über zwei Änderungsanträge, Drucksache 14/1853, Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., und zwar 0902-722 88, Neubau Amtsgericht Bad Bramstedt, und 0903-681 05, neuer Titel: Schuldnerberatung in den JVA. Wer diesen beiden Änderungs-

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

anträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese beiden Anträgen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860 insgesamt. Wer ihnen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über den Einzelplan 09 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 09 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 10 auf.

Zunächst eine Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1853, Haushaltsstelle 1004, Kürzung bei der Maßnahmengruppe 07! Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860, insgesamt abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Einzelplan 10 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 10 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 11 auf.

Ich lasse zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen, zunächst über zwei Änderungs-

träge der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1853, und zwar zu den Haushaltsstellen 1102 - Erhöhung der Mittel des Kommunalen Schulbafonds - und 1111-123 05 - Einnahmen aus dem Spiel 77. Wer diesen Anträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese beiden Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860, und zwar zu den Haushaltsstellen 1102-613 06, Schlüsselzuweisungen - (keine Kürzung der Finanzausgleichsmasse) -, und 1111-133 02, Einnahmen aus der Veräußerung NordwestLotto Schleswig-Holstein. Wer diesen beiden Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese beiden Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Ich komme nun zur Abstimmung über alle übrigen Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Anträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über Einzelplan 11 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 11 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 12 auf.

Ich lasse zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen. Zunächst gibt es eine Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 14/1852. Hierbei handelt es sich um die Haushaltsstelle 1201-712 03, Deckungsvorschlag der Ausgaben für den „Pallas“-Untersuchungsausschuß. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Dann lasse ich über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860, abstimmen. Wer

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über Einzelplan 12 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 12 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe Einzelplan 13 auf.

Ich lasse auch hier zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen. Dabei geht es um die Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1853, zu folgenden Haushaltsstellen: 1301-531 03, Landschaftsrahmenpläne, 1301 Maßnahmengruppe 02, Aufklärung der Ursachen von Leukämieerkrankungen in Norddeutschland, 1302-657 01, Zuweisungen an den Landesverband der Wasser- und Bodenverbände, 1302-893 41, An Stiftungen und sonstige für Grundstücksankäufe, 1302-893 46, An die Stiftung Naturschutz in Schleswig-Holstein, 1302-685 13, An den Landesnaturschutzverband, 1302-685 12, Institutionelle Förderung großer Natur- und Umweltschutzverbände, 1302-893 51, An die Stiftung Naturschutz für Grundstücksankäufe, 1302-893 55, An sonstige für abfallwirtschaftliche Maßnahmen, und 1302-681 10, Entschädigung für Nutzungsbeschränkungen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes.

Wer den Anträgen aus dem Antragspaket aus Drucksache 14/1853 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Einzelanträge der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860, insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse nun über Einzelplan 13 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 13 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen

von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt Einzelplan 16 auf.

Ich lasse auch hier zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1860, insgesamt abstimmen. Wer diesen Änderungsanträgen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über Einzelplan 16 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist Einzelplan 16 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt das Haushaltsbegleitgesetz 1999 auf.

Ich habe auch hier zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen zu lassen. Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, Drucksache 14/1859. Von der CDU ist Einzelabstimmung über Nummer 1 dieses Änderungsantrages beantragt worden, nämlich die Streichung von Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit ist Nummer 1 dieses CDU-Antrages mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1859, insgesamt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Haushaltsbegleitgesetz abstimmen und weise darauf hin, daß durch die Annahme von Änderungsanträgen in § 1 die Verpflichtungsermächtigungen 1.976.797.000 DM betragen. - Wer dem Haushaltsbegleitgesetz in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Haushaltsbe-

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

gleitgesetz 1999 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Wir kommen nun zur **S c h l u ß a b s t i m m u n g**.

Wer dem Haushaltsbegleitgesetz 1999, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuß empfohlenen Fassung mit den beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Haushaltsbegleitgesetz, der Gesamtplan und die Einzelpläne in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den beschlossenen Änderungen sind mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen worden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit ist der Haushalt 1999 angenommen.

Wir sind noch nicht am Ende der Abstimmungen. Es ist noch über zwei **E n t s c h l i e ß u n g s a n t r ä g e** abzustimmen; das sind die Anlagen 17 und 18 der Beschlußempfehlung.

Ich lasse zunächst über die Anlage 17 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist diese EntschlieÙung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich lasse über die Anlage 18 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Anlage 18 angenommen.

Herr Abgeordneter Neugebauer, zur Geschäftsordnung!

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident, ich glaube, bei der Abstimmung über die Anlage 17 gab es eine irrtümliche Abstimmung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei euch!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Können Sie bitte ans Mikro gehen? Dann können wir alle das verstehen!

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident! Ich bitte Sie, die Abstimmung über die Anlage 17 zu wiederholen. Es gab wohl Mißverständnisse beim Abstimmungsverhalten.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Konditionsschwierigkeiten sind bei einem solchen Abstimmungsmarathon möglich. Damit ein deutlicheres Meinungsbild herbeigeführt wird, lasse ich auf Antrag über die Anlage 17 noch einmal abstimmen.

Ich sage jetzt laut und deutlich: Wer der Anlage 17 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Anlage 17 angenommen. Wir sind am Schluß der Haushaltsberatungen angekommen.

Ich habe noch Punkt 7 der Tagesordnung aufzurufen:

**Beendigung der Schießübungen im „Nationalpark Wattenmeer“**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 14/1817

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1841

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann kann ich gleich die Aussprache eröffnen.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider geht es meiner Stimme nicht so gut. Ich versuche trotzdem, meinen Redebeitrag zu diesem Tagesordnung zu leisten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die nächste Sitzung des Bundesverteidigungsausschusses findet Anfang des nächsten Jahres statt. Darum ist es aus unserer Sicht ganz wichtig, daß dieser Punkt - -

(Thorsten Geißler [CDU]: Es wird erst im März berichtet!)

- Dann habe ich falsche Informationen erhalten!

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann können wir Schluß machen!)

Trotzdem möchte ich, daß wir uns mit diesem Thema befassen, das schon auf der Tagesordnung der letzten Plenartagung stand.

Das Thema „Schießübungen im Nationalpark Wattenmeer“ ist für den Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht neu. Schon mehrfach kam es zu entsprechenden Anträgen, zum Beispiel 1988 und 1990.

(Anke Spoorendonk)

Auch damals vertrat der SSW die Meinung, daß Schluß damit sein muß. Das ist weiterhin unsere Meinung. Wir fordern also die Landesregierung auf, sich bei der neuen Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die Schießübungen baldigst beendet werden.

Wenn wir die Waffenerprobung jetzt auch noch unter dem Aspekt der „Pallas“-Havarie betrachten, müssen wir uns doch fragen, inwieweit wir die Natur im Wattenmeer noch weiter belasten wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! -  
Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Unfall oder jede Störung an sich betrachtet ist vielleicht noch reparabel, aber irgendwann ist das Maß voll. Für Hunderttausende von rastenden Zugvögeln stellen die Schießübungen eine gravierende Störung dar. Aus diesem Grund fordert der **SSW** die baldige **Beendigung der Schießübungen** im Wattenmeer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Das **Wattenmeer** ist einer der sensibelsten Lebensräume Nordeuropas und in seiner Ausprägung weltweit einzigartig. Aus diesem Grund wurde es in der Bundesrepublik als **Nationalpark** und von der UNESCO sogar als **Biosphärenreservat** ausgezeichnet. Der **SSW** ist immer dafür eingetreten, daß die traditionellen Nutzungen im Nationalpark auf eine verträgliche Weise fortgeführt werden sollen. Wir haben damit nie gemeint, daß Schießübungen als „traditionelle Nutzung“ aufgefaßt werden können. Oder - um es klar und deutlich zu formulieren -: Schießübungen sind überhaupt nicht mit den Zielen und Grundgedanken eines Nationalparks und eines Biosphärenreservats zu vereinbaren.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mich würde sehr wundern, wenn in anderen Nationalparks oder Biosphärenreservaten Vergleichbares durchgeführt würde.

Wir erwarten von den Besuchern des Nationalparks, daß sie sich im Sinne des sanften Tourismus verhalten. Aber die Bundeswehr lebt hier ein Verhalten vor, das sich auf keinen Fall mit den Zielen des sanften Tourismus vereinbaren läßt. Obwohl wir anerkennen, daß die Bundeswehr ihre Schießübungen in den letzten Jahren deutlich reduziert hat, fordern wir, daß sie so schnell wie möglich auf null heruntergefahren werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die können vor der dänischen Küste schießen!)

Es ist nicht nachvollziehbar, daß in diesem Zusammenhang auf einen **Vertrag** verwiesen wird, der es

erlaubt, hier **Waffenerprobungen** durchzuführen. Dieser Vertrag wurde meines Wissens in den Jahren 1966/68 abgeschlossen, das heißt in einer Hochphase des Kalten Krieges. Diese Zeit ist glücklicherweise vorbei. Eine Beendigung der Waffentests würde die Wehrhaftigkeit der Bundesrepublik überhaupt nicht beeinträchtigen. Es muß doch möglich sein, diesen Vertrag aufzulösen, der - wie ich vorhin schon sagte - meines Wissens zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik abgeschlossen wurde.

Wir fordern also, daß ein verbindlicher Zeitplan über die Abwicklung der Waffenerprobungen mit der Bundesregierung vereinbart wird. Die bis zur endgültigen Beendigung der Waffenerprobungen noch unvermeidlichen Schießübungen sollten dabei weiter reduziert werden.

Der **SSW** begrüßt ausdrücklich die Forderung des Umweltministers in seinem Schreiben vom 27. November an den Bundesverteidigungsminister, die militärische Nutzung im Nationalpark Wattenmeer einzustellen. Vor dem Hintergrund, daß sich die SPD-Bundestagsfraktion jahrelang erfolglos für eine Beendigung der Waffenerprobung eingesetzt hat, ist es schon bemerkenswert, daß der Bonner Verteidigungsausschuß in seiner letzten Sitzung in dieser Sache nicht einmal ein Moratorium bis zur nächsten Zusammenkunft verkündet hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist unglaublich!)

Wir hoffen seitens des **SSW**, daß sich die Bonner Regierung spätestens bis zur nächsten Sitzung des Verteidigungsausschusses an ihre alten Forderungen erinnert und dementsprechend handelt.

Sobald dies geschehen ist und

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluß! - die Bundeswehr aus diesem Bereich abgezogen wurde, müssen diese Flächen für den Naturschutz gesichert werden. Aus diesem Grund werden wir auch dem Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Von der Landesregierung erhoffen wir uns, daß sie in ihren Bemühungen, die Interessen des Landes in dieser Sache zu vertreten, Durchhaltevermögen beweist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt kommt der Kämpfer gegen Schaaarping!)

**Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Vorbereitung meiner Rede zu diesem Tagesordnungspunkt habe ich mir meine alte Presseinformation zu den sogenannten Schießübungen noch einmal durchgelesen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Nachdem ich mich vor Ort selbst habe informieren können, muß ich sagen: So unbekümmert wie damals würde ich sie heute wohl nicht mehr abfassen.

Eines ist richtig: In wahrscheinlich keinem Bestandteil in Küstennähe ohne speziellen Schutzstatus wird so viel für den **Naturschutz** geleistet wie im südlichen Speicherkoog.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Man schießt trotzdem nicht mit Raketen auf Eiderenten!)

Hierfür sei von dieser Stelle aus allen, die dafür Sorge tragen, ausdrücklich gedankt. Diese Arbeit darf nicht vergebens sein und muß auch künftig unabhängig von der militärischen Nutzung des Kooges erhalten bleiben.

Dieses Beispiel mag verdeutlichen, daß das Thema Sorgfalt und Abwägung erfordert. Bei aller Problematik bleibt letztlich doch - insofern kann ich nichts zurücknehmen - bei aller Anerkennung der Arbeit für die Natur im Speicherkoog: Die **Waffenerprobung** im Nationalpark - nur darum geht es - ist im Endeffekt nicht mit dem Grundgedanken, mit dem Prinzip eines solchen Nationalparks in Einklang zu bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier muß die Natur ungestört bleiben. Dieser Raum muß in unserer eigenen Wirklichkeit tabu, wenn nicht gar sakrosankt sein. Dies sage ich wohl wissend, daß bereits jetzt viele Kompromisse eingegangen worden sind. Ein endgültiger und dauerhafter Kompromiß in der Frage der Waffenerprobung erscheint mir allerdings nicht möglich. So bleibt es bei der Wiederholung der in diesem Hause bereits vielfach ausgesprochenen Willensbekundung: Die Waffenerprobung im Wattenmeer muß letztlich und in einem absehbaren Zeitraum eingestellt werden.

Dieses Thema ist keineswegs neu, sondern steht regelmäßig auf der Tagesordnung des Landtages. So hat

sich dieses Haus 1988 und 1990 für eine Beendigung der Waffenerprobung im Nationalpark ausgesprochen, und auch danach ist es immer wieder zu kleinen Anfragen und weiteren Versuchen gekommen, eine Beendigung durchzusetzen.

Es soll aber ebenfalls nicht verkannt werden, daß es hinsichtlich der Waffenerprobung im Wattenmeer **rechtliche Bindungen** und Verpflichtungen gibt. Verkannt werden darf auch nicht der Aspekt der **Arbeitsplätze**, die damit verbunden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was? Im Wattenmeer?)

Hierauf weist die örtliche Abgeordnete aus Eckernförde - leider ist sie jetzt nicht im Hause - mit aller Deutlichkeit und zu Recht hin.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sitzt auf der Regierungsbank!)

- So kann sich das ändern. - Aus diesem Grunde nehmen der Antrag und vor allem der Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die rechtlichen Bedenken auf und sprechen sich für ein **Moratorium** zur Prüfung und möglichen Lösungen der mit einer Einstellung verbundenen Probleme aus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Moratorium ist doch bereits gesetzliche Vorgabe!)

Damit wir auch hier die Aspekte sauberlich trennen: Es geht nicht um Schießübungen im Speicherkoog, wie fälschlich immer wieder gesagt wird, sondern um die Beendigung der Waffenerprobung im Bereich Nationalpark „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer“. Deswegen geht es auch nicht um die Beendigung der entsprechenden Aktivitäten im Bereich des Speicherkoogs selbst. Dies muß getrennt werden. Aber wir können nicht beurteilen, ob nach Beendigung der Eingriffe in den Nationalpark die Aufrechterhaltung des weiteren Betriebs im Speicherkoog für die dort probenden Firmen interessant bleibt.

Wie auch immer: Gerade unter dem Aspekt der rechtlichen Bindung, aber auch möglicher Arbeitsplatzsicherung ist die Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Walter Kolbow, ernsthaft aufzugreifen, wonach die Möglichkeit, die Übung anderswo abzuhalten, zu prüfen ist. Das ist kein Vorgehen nach dem Sankt-Florian-Prinzip

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber hallo! Was denn sonst?)

**(Dr. Ulf von Hielmcrone)**

nach dem Motto: Ganz egal wo, nur nicht bei uns. Das Wattenmeer vor unserer Westküste ist nun einmal weltweit einmalig und einzigartig. Es erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit und unseren Schutz. Wie empfindlich es ist, hat sich ja im Zusammenhang mit der „Pallas“ gezeigt.

Wir können übrigens nicht Verständnis für das Wattenmeer an der Westküste einfordern, wenn das Schutzprinzip bis zur Unkenntlichkeit durchlöchert wird. Aus diesem Grunde bleibt es bei der Forderung nach der endgültigen Einstellung der Waffenerprobung im Wattenmeer. Es soll zunächst ein Herunterfahren auf das rechtlich mögliche Mindestmaß und ein Moratorium erfolgen. Das ändert jedoch nichts an dem schließlichen und endgültigen Ziel der Einstellung jeglicher Beeinträchtigung unseres Nationalparks.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Meinhard Füllner [CDU]: Die rechtliche Regelung war schon vor dem Regierungswechsel da!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geißler.

**Thorsten Geißler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird die Anträge von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Was zu erwarten war!)

Ich begrüße dennoch die heutige Debatte, weil sie geeignet sein kann, hier im Hause einen Teil der Verwirrungen zu beseitigen, die die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Frau Beer, vor wenigen Wochen gestiftet hat, als sie behauptete, daß das Verteidigungsministerium die **Waffenerprobungen im Nationalpark** „Wattenmeer“ vorläufig ausgesetzt habe. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Herr Kolbow, hat daraufhin Frau Beer vorgeworfen, sie habe ihn falsch interpretiert, und er hat klargestellt: Diese Waffentests werden vorläufig gerade nicht ausgesetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Es finden einige Überprüfungen statt, und im März soll im Verteidigungsausschuß des Bundestages ein Bericht abgegeben werden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Den warten wir einmal ab!)

Zur Sache selbst! Der Erprobungsplatz Meldorfer Bucht wird seit annähernd 30 Jahren von der Bundes-

wehr genutzt. Dabei dient das Wattenmeer vor dem Bundeswehrkoog als Auftreffgebiet für Untersuchungen an experimentellen Funktionsmustern von Artilleriegeschossen und Flugkörpern. Selten und dann zeitlich begrenzt, werden im Wattenmeer Feuerstellungen für Schießversuche eingerichtet. Dabei beschränkt die **Bundeswehr** ihre Tätigkeit im Watt seit geraumer Zeit ausschließlich auf das **Winterhalbjahr**, das heißt auf die Monate von November bis Februar. Bei dringendem Bedarf und mit Einschränkung werden der Oktober und der März hinzugenommen. Die durchschnittliche Nutzung des Watts lag im Mittel der Jahre 1991 bis 1996 bei unter 15 Tagen per anno.

Ausdrücklich stimme ich daher der Einschätzung der Landesregierung zu, die diese in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Kollegin Spoorendonk vom 15. Juli 1997 gegeben hat. Ich zitiere:

„Soweit die Bundeswehr ihre in den letzten Jahren insgesamt erheblich reduzierten see-seitigen Erprobungsaktivitäten zunehmend innerhalb der Wintermonate durchgeführt hat, sind wesentliche oder nachhaltige Beeinträchtigungen von Flora und Fauna nicht festzustellen.“

Das kann man unterstreichen, und das zeigt: So sehr sich auch vom Ansatz her Waffenerprobung und Nationalpark beißen mögen, so ist doch durch die Kooperationsbereitschaft eines Partners, nämlich der Bundeswehr, im Konkreten ein Nebeneinander möglich.

Die **Bundeswehr** hat ja auch eine Reihe freiwilliger **Beschränkungen** vorgenommen. So stellt sie die Naturverträglichkeit ihrer Arbeit im Watt durch Planung und Geländebeobachtung vor und durch den schonenden Umgang mit dem Gelände bei den Versuchen sicher. Sprengfähige, also scharfe Munition, findet keine Verwendung. Es gibt keinen Übungsbetrieb, keine militärische Ausbildung in der Brut- und Mauerzeit. Es finden grundsätzlich keine außenwirksamen Erprobungen statt. In den Vogelzugmonaten März und Oktober werden, soweit überhaupt Erprobungen erforderlich sind, unbewohnte Gebiete des Wattenmeeres hierfür ausgewählt.

Bereits heute führt die Bundeswehr Erprobungen im Wattenmeer nur dann durch, wenn diese andernorts nicht vorgenommen werden können.

(Lothar Hay [SPD]: Was heißt das?)

Einer Forderung nach vollständiger **Einstellung der Waffenerprobungen** werden wir uns als CDU nicht

(Thorsten Geißler)

anschließen. Auch hierfür hat uns die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Spoorendonk Argumente geliefert. Sie verweist nämlich darauf, daß die anderen Erprobungsgebiete der Bundeswehr und der US-Armee in Deutschland für Flugkörpererprobungen keine entsprechend großen Sicherheitsbereiche bieten und auch keine ausreichende Möglichkeit des Wiederauffindens und Bergens von Projektilen. Demgegenüber sind die Versuchsbedingungen im Wattenmeer einmalig in Europa in bezug auf das Wiederauffinden und auf die Bergung weitgehend unbeschädigter Testgeschosse zwecks Auswertung der Versuchsergebnisse und der Einrichtung weiterer Sicherheitsbereiche über dem unbefahrenen Meer für Versuche mit experimentellen Projektilen.

Eine **Verlagerung** der wehrtechnischen Erprobungen ins Ausland wäre mit schwerwiegenden Nachteilen behaftet. Sie würde erheblich höhere Kosten als die Nutzung eigener inländischer Erprobungseinrichtungen verursachen. Zudem liefe ein damit verbundener Verlust an technischem Know-how den nationalen wirtschaftlichen Interessen zuwider.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wollen wir ja nicht! Wir wollen nach Lübeck!)

Konkret: Es könnte nicht sichergestellt werden, daß das Industriegeheimnis gewahrt bliebe. Die deutsche Rüstungs-Hochtechnologieindustrie würde **Wettbewerbsnachteile** erleiden. Wir würden im technischen Know-how-Wettlauf zurückfallen, **Arbeitsplätze** würden gefährdet.

Indirekt geben Sie unserer Argumentation ja recht, wenn Sie als SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ihrem Änderungsantrag wörtlich formulieren:

„In den vergangenen Jahren hat sich auch in dem betroffenen Südtteil des Dithmarscher Speicherkoogs, insbesondere auch aufgrund der extensiven Nutzung und der Ausweisung als Schutzgebiet gemäß Schutzbereichsgesetz, eine reichhaltige Flora und Fauna entwickelt. Die Angehörigen der Bundeswehr haben zum Teil mit großem persönlichem Einsatz zur entsprechenden Naturschutzentwicklung dieser Flächen beigetragen.“

Das ist unzweifelhaft richtig. Ich schließe mich im Namen meiner Fraktion dem Dank hierfür noch einmal ausdrücklich an.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist auch der Grund, weshalb wir die Anträge, die Sie heute vorgelegt haben, als überflüssig einschätzen. Wir werden sie daher ablehnen.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Starke Argumente!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sage einmal etwas dagegen! Ich würde ja den Antrag zurückziehen!)

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach 1988 und 1990 behandelt der Landtag heute zum dritten Mal die Problematik der **Waffenerprobung in der Meldorfer Bucht**. Die Meldorfer Bucht wird seit 1969 von der Bundeswehr wie auch von privaten Unternehmen zur waffentechnischen Erprobung genutzt. Die Genehmigung zur Durchführung von Waffenversuchen gibt es in bis heute unveränderter Form seit den sechziger Jahren mit im wesentlichen zwei **Einschränkungen**: Es soll nicht in den Sommer- und Osterferien geschossen werden. Dies hat etwas mit dem **Tourismus** zu tun. Außerdem muß die Bundeswehr selber dafür sorgen, daß das Schießgebiet und die Schutzzone frei sind. Das hat etwas mit der **Sicherheit** zu tun. Die Genehmigung stellt gleichzeitig eine starke Rechtsposition des Bundesministeriums für Verteidigung dar. Sie ist nur mit dessen Einwilligung zu überwinden. Naturschutzfachliche Aspekte spielten damals keine dokumentierte Rolle.

Durch die Erprobungsaktivitäten wurden immer wieder **Störungen der Vogelwelt** beobachtet. Von Umweltschützern, allen voran dem Deutschen Tierschutzbund, ist insbesondere darauf hingewiesen worden, daß die Vögel in der Mauserzeit sehr empfindlich gegen Störungen seien.

Im Wattenmeer brüten, rasten und überwintern gleichzeitig bis zu 1,3 Millionen Vögel. Bei Hunderttausenden von Brandgänsen handelt es sich gar um 80 % der Weltpopulation. Daher sind die Schießübungen mit dem Schutz des Wattenmeeres und mit den Nationalparkzielsetzungen sowie mit der ökologisch herausragenden Bedeutung dieses Gebietes nicht vereinbar. Nach § 5 des Nationalparkgesetzes sind Eingriffe im Sinne des § 7 Abs. 1 des Landschaftspflegegesetzes, also Sprengungen, Bohrungen sowie die Beunruhigung wildlebender Tiere beispielsweise durch Lärm, nicht zugelassen.

**(Detlef Matthiessen)**

Auch in der Winterzeit ist das Gebiet Rast- und Durchzugsgebiet zehntausender Seevögel und Seehunde.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Dem Nationalparkgesetz kann also, solange die Waffenerprobungen stattfinden, nicht genügt werden. Der Nationalpark ist Vogelschutzgebiet. Militärische Übungen und Waffenerprobungen widersprechen neben der FFH-Richtlinie der EU auch der Konvention über die biologische Vielfalt. Auf der 6. trilateralen Regierungskonferenz 1991 in Esbjerg nannten die Umweltminister unter anderem die schrittweise Aufgabe des Schießplatzes in der Meldorfer Bucht als politisches Ziel.

Die Bundeswehr hat im Laufe der Auseinandersetzungen um den **Zielkonflikt Waffenerprobung - Naturschutz** durch freiwillige Beschränkungen nach Besprechungen unter anderem auch mit dem Nationalparkamt eine Reihe von Leistungen vollzogen, die auch unsere Anerkennung finden. So wird in der Zeit vom 15. März bis zum 15. Oktober nicht geschossen. Es herrscht vollkommene Waffenruhe. Die Zeit vom 15. November bis zum 15. Februar wird voll und ohne Einschränkungen genutzt.

In der Zeit zwischen den beiden Zeiträumen wird nach Beobachtung des Vogelzuges oder von Rastgruppen eingeschränkt geprobt. Am Anfang jedes Jahres wird die Schießplanung mit der Staatskanzlei besprochen. Auch die Schaffung von Biotopen - wie es hier schon von den Kollegen gesagt wurde - in den ihr zur Verfügung stehenden Gebieten verdient Anerkennung. Unter anderem der Einbeziehung dieser Gebiete in die Schutzkonzepte dient der Ergänzungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum vorliegenden Antrag des SSW.

Auflösen können diese Maßnahmen den Zielkonflikt natürlich nicht. Zur ganzen Wahrheit gehört zwar auch, daß dieses Schießgebiet aus Sicht der Waffentechnik eine ganze Reihe von Vorteilen bietet, insbesondere die Seeseite mit riesigen Sicherheitszonen von bis zu 20 mal 40 km findet man in Deutschland sonst schwerlich. Dazu kommt, daß das Watt bekanntlich weich ist, so daß eine Auswertung des relativ unversehrten Datenspeichers im Geschößkopf möglich ist.

Es gibt natürlich auch die erwähnte **Arbeitsplatzproblematik** bei der WTD 71 und den betroffenen wehrtechnischen Firmen DASA, Diehl, Rheinmetall, wobei man bei der WTD feststellen muß - bei den anderen kann ich das quantitativ nicht beurteilen -, daß von den zirka 900 Beschäftigten 15 in Dithmarschen tätig sind.

Die andere Seite der Medaille sind aber die erheblichen Eingriffe in den empfindlichen **Naturraum Wat-**

**tenmeer**. Die Schüsse selber sind schon als Eingriff nicht von Pappe. Das Schußfeld und die Sicherheitszonen müssen natürlich vorher untersucht werden. Nach dem Schuß wird der Flugkörper oder das Geschoß zur Untersuchung geborgen. Das ganze geschieht mit Hubschraubern oder mit Kettenfahrzeugen. Sie können sich vorstellen, was da im Wattenmeer los ist.

1995 erklärten Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums bereits, daß die Wehrfähigkeit der Bundeswehr bei Schließung des Erprobungsplatzes nicht gefährdet wäre. Die politische Lage hat sich fundamental geändert. Wir sind erstmalig von befreundeten Nachbarstaaten umgeben, und das ausschließlich. Das haben in den zurückliegenden Wochen der neue Verteidigungsminister und die verteidigungspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag, Angelika Beer, hervorgehoben.

Für meine Fraktion ist in diesem Zielkonflikt zwischen Naturschutz und Waffenerprobung - das ist hier, so glaube ich, wohl keine Überraschung - für das Militär eben kein Platz.

(Glocke des Präsidenten)

Nationalpark und Waffenerprobung passen nicht zusammen. Sowohl der Landtag Schleswig-Holstein als auch der jetzige Bundesverteidigungsminister haben ihren politischen Willen zur Beendigung der Waffenerprobung im Nationalpark Wattenmeer bekundet. Dann sollte einer Umsetzung dieser Beschlüsse auch nichts mehr im Wege stehen. Wir werden dem Antrag des SSW zustimmen und bitten gleichzeitig um Zustimmung zu unserem Ergänzungsantrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion stimmt den Anträgen zu. Wir sind der Meinung, daß **Waffenerprobungen** im Wattenmeer und ein **Nationalpark** miteinander in ihren Zielen nicht vereinbar sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, daß Kollege Geißler sehr korrekt ausgeführt hat, daß die Bedeutung der Umweltschädigung der Naturnutzung dieser Waffenerprobung im Wattenmeer an 15 Tagen im Jahr eine wirklich kleine ist. Von daher bewerten wir den Antrag als ein weiteres Beispiel für Symbolpolitik.

Es ist mehrfach diskutiert worden. Es ist von vielen Seiten gesagt worden, daß es eingestellt werden soll. Aber wir müssen auch hier in diesem Hause offensichtlich noch einmal darüber reden.

Herr Kollege von Hielmcrone hat mit seinem Beitrag deutlich gemacht, daß die Übernahme von Regierungsverantwortung nun von der SPD in Bonn bedeutet, daß sich die Forderungen im Kieler Landtag auch ein wenig mäßigen, denn man wird für diese Forderungen nachher „verhaftet“ und zur Kasse gebeten, wenn es **Verträge** sind, die gebrochen werden. Ich bedanke mich für Ihren Realismus, Herr von Hielmcrone. Das ist doch immer wieder erfrischend zu sehen.

Wir wollen nicht verhehlen, Waffenerprobungen im Wattenmeer sind ein Stück sozialdemokratischer Kontinuität. Sie wurden begonnen, als Helmut Schmidt Verteidigungsminister war. Heute ist Rudolf Scharping SPD-Verteidigungsminister, und wir müssen feststellen, daß eine sofortige Einstellung der Waffentests im Wattenmeer genau sowenig möglich ist, wie dies unter einem Verteidigungsminister Volker Rühle möglich war.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das ist nun einmal so. Bereits die ehemalige Bundesumweltministerin, Frau Merkel, hat, unterstützt von der umweltpolitischen Sprecherin der F.D.P.-Bundestagsfraktion, die **Einstellung von Waffentests** im Wattenmeer gefordert. Sie ist genauso gescheitert wie jetzt Umweltminister Steenblock gescheitert ist. Es ist eine Frage, inwieweit die Verträge aufzulösen sind, die geschlossen wurden.

Die Bundes-SPD hatte - das will ich gar nicht verhehlen - ihre Forderung zum Wohle des Naturschutzes ganz geschickt eingepaßt. Schließlich sollte die militärische Nutzung des Geländes nicht nur aus ökologischen Gründen eingestellt werden, sondern auch um die Akzeptanz für den **Naturschutz** und die Glaubwürdigkeit des staatlich-behördlichen Naturschutzes zu erhöhen. So nachzulesen in der entsprechenden Bundestagsdrucksache.

Nun ist das mit der Glaubwürdigkeit staatlich-behördlichen Naturschutzes angesichts zum Beispiel der verfehlten Behandlung des Syntheseberichts in

Schleswig-Holstein, angesichts eines mißglückten Landschaftsprogrammes in Schleswig-Holstein so eine Sache. Da gibt es noch mehr Beispiele, anhand derer gezeigt wird, daß behördlicher Naturschutz nicht immer so positiv ist, wie wir uns wünschen. Es ist deutlich, daß mit der Übernahme von Regierungsverantwortung von Rot-Grün die Einstellung von Waffentests eben doch sehr viel langwieriger ist, als dies noch zu der Zeit war, als CDU und F.D.P. regiert haben.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu früh geklatscht!)

Trotzdem wird die F.D.P.-Fraktion die Anträge unterstützen. Ich möchte noch an einen Punkt erinnern. Wir sollten uns davor hüten, den Nationalpark zu zerreden.

(Beifall bei der SPD)

Die Region ist durch das „Pallas“-Unglück bereits gebeutelt genug. In Mecklenburg-Vorpommern ist bereits die erste geschmacklose Werbung für die eigene Umweltqualität mit Hinweis auf die mit „Pallas“-Öl verschmierten Inselstrände aufgetaucht. Bei den Postkarten von Amrum muß man sich fragen, ob dies eine Werbung für die Natur der Insel und den Nationalpark oder eher für Katastrophentourismus ist. Es sollte jetzt nicht auch noch von diesem Hause der falsche Eindruck erweckt werden, daß Erholungsmöglichkeiten durch tieffliegende Raketen zerstört würden.

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, der bereits in der „Dithmarscher Landeszeitung“ nachzulesen war: Die Interessen der Bevölkerung. Für die Bevölkerung stellt die **Bundeswehr** nämlich weniger ein Feindbild dar, als die Worte der Regierungskoalition uns glauben machen wollen. Sie bedeutet im Gegenteil für die Region eine beachtliche **Erwerbsquelle**. Auf diese Interessen wird genauso wie auf die unter dem Schutz der Bundeswehr im Speicherkoog entstandenen einzigartigen Naturraum Rücksicht zu nehmen sein.

(Beifall bei F.D.P., SPD und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat nun Herr Minister Steenblock.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sagen Sie einmal etwas zur Kleinen Anfrage!)

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Erprobung von Waffensystemen und die Schutzziele eines Nationalparks sind nicht miteinander vereinbar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU: Doch! Doch!)

Hier muß ein Schlußstrich gezogen werden. Dies ist meine Auffassung schon seit Jahren. Ich habe das deutlich gemacht, und ich würde Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, empfehlen, nachzulesen, was die ehemalige Umweltministerin des Bundes und Ihre jetzige Generalsekretärin dazu gesagt hat. Das ist gerade in dem Verhältnis zwischen **militärischer Nutzung** und **ökologischen Zielsetzungen** sehr viel differenzierter als das, was Sie heute dargestellt haben. Nehmen Sie sich an Frau Merkel einmal ein Beispiel, wie eine verträgliche Naturschutzpolitik in solchen Fragen auch von Ihrer Seite organisiert werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte auch sehr deutlich sagen, was Herr Geißler schon angesprochen hat. Ich sehe in der Entwicklung gerade der Situation im Speicherkoog viele Vorteile, und ich glaube, daß es in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen auch in der Kooperation gegeben hat. Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich ein herzliches Dankeschön an all die Angehörigen der Bundeswehr, die sich gerade in diesem Bereich für den Naturschutz ausgesprochen stark engagiert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist sehr vernünftig gewesen. Deshalb bin ich dafür, daß wir versuchen, zu einer sachlichen Lösung zu kommen.

Das Problem Waffenerprobung und Nationalpark ist zu lösen. Die Sicherheit der Bundesrepublik wird nicht davon abhängen, daß es in diesem Nationalpark weiterhin Waffenerprobungen gibt. Die Beschränkung der **Erprobungen** auf bestimmte **Jahreszeiten** ist heute schon erwähnt worden. Ich habe das begrüßt. Es wird aber sehr deutlich, daß in dem Zeitraum, in dem Waffenerprobungen stattfinden, das System und gerade auch die Vögel in diesem System sehr anfällig sind und daß die Waffenerprobungen in dieser Zeit das Ökosystem deutlich schädigen. Deshalb sage ich ein deutliches Ja zu den vorliegenden Anträgen.

Ich habe dem jetzigen Bundesverteidigungsminister - genauso wie dem vorherigen Bundesverteidigungsminister - in dieser Frage geschrieben. Ich bin nicht der Meinung wie Frau Happach-Kasan, daß wir mit diesen Initiativen scheitern werden. Ich bin guten Mutes, daß die neue Bundesregierung, die zugesagt hat, daß sie das prüfen wird, die Bedeutung der Frage erkennen wird. Deshalb sollten wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen, hier zu einer einheitlichen Nutzungsbeschränkung zu kommen.

Es ist klar, daß in der Diskussion um den Nationalpark von den Menschen aus der Region zu Recht ein Vorwurf erhoben werden kann, wenn von ihnen gefordert wird, sich an die Nutzungsbeschränkungen zu halten, aber der Bund machen kann was er will. Deshalb ist hier eine Kontinuität in der Begründung und Entscheidung für den Naturschutz notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Lassen Sie uns in der Kontinuität weitermachen, in der dieser Landtag in seiner Mehrheit immer beschlossen hat. Ich glaube, die neue Bundesregierung bietet eine große Chance dafür, daß wir das Problem endgültig lösen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung.

Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1841, abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU angenommen worden.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 14/1817, in der soeben geänderter Fassung abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagung angelangt.

**(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)**

Ich soll Ihnen mitteilen, daß der Untersuchungsausschuß am Montag, dem 11. Januar 1999, um 10:00 Uhr das erste Mal tagen wird.

Die nächste Tagung, die 30. Tagung des Landtages, beginnt am 20. Januar 1999.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit, ein glückliches neues Jahr und eine gute Heimfahrt!

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 17:53 Uhr**